Mittwoch, 19. Juni 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 139 - 25. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Belohnung: Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Wiesenthal, hat Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, die für die Ergreifung Mengeles ausgesetzte Belohnung von rund einer Million Mark an die Opfer des ehemaligen KZ-Arztes auszuzahlen, sollte sich der Tod Mengeles bewahrheiten. (S. 5)

Flick-Ausschuß: Die SPD wird auf die Wiederaufnahme der Zeugenvernehmungen im Flick-Ausschuß dringen, wenn das Oberlandesgericht Köln noch zurückgehaltene 58 Akten freigibt. Nachdem der Generalstaatsanwalt eine Beschwerde gegen die Aktenverweigerung durch das Bonner Landgericht akzeptiert hat, setzt die SPD jetzt auf die Kölner Richter. (S. 8)

US-Botschafter: Präsident Reagan hat den Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium, Richard Burt, als neuen amerikanischen Botschafter für Bonn benannt. Der Senat muß allerdings noch seine Zustimmung geben.

Arbeitszeit: Durchschnittlich 38,6 Stunden haben die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr gearbeitet, teilte das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mit.

Afghanistan: Widerstandskämpfern ist offenbar ein großer Schlag gegen die afghanische Luftwaffe gelungen. Auf dem Stützpunkt Schindad wurden 20 Kampfflugzeuge vom Typ MiG zerstört, verlautete aus Diplomatenkreisen.

Vertrag: Das nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vor sechs Jahren außer Kraft gesetzte Landwirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten wird wieder wirksam.

China: Neun Minister sind gestern in der Volksrepublik abgelöst worden. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit der angestrebten Verjüngung der Regierung.

Türkei: Die Oppositionsparteien laufen Sturm gegen ein neues Gesetz, das der Polizei weitreichende Vollmachten einräumt und die Bürgerrechte entprechend einschränkt. Die in der Mitte angesiedelte „Populistische Partei" will das umstrittene Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten. (S. 5)

Italien: Fünf Tage vor der Wahl des Staatspräsidenten gibt es noch keinen offiziellen Kandidaten für die Nachfolge des fast 89jährigen Sandro Pertini. (S. 8)

ZITAT DES TAGES



» Man muß in Südafrika einem Ansatz zu mehr Demokratie und mehr Mitwirkung eine Chance geben und sollte nicht von vornherein diese Akzente ablehnen. «

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, zur Südafrika-Politik von Bundesaußenminister Genscher. (Siehe auch S. 3)
FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

US-Leistungsbilanz: Im ersten Quartal 1985 hat sich das Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz auf 30 Milliarden Dollar erhöht. Danach wird das Defizit in diesem Jahr, wie befürchtet, 120 Milliarden Dollar übersteigen. (S. 9).

Insolvenzen: Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren ist im April 1985 um 12,9 Prozent auf 1544 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen. Für das erste Drittel des Jahres gab das Statistische Bundesamt eine Gesamtzahl von 6355 an.

Kredite: Um 0,25 auf 6,5 Prozent hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Zinssatz für Normalkredite gesenkt und damit ein weiteres Zeichen zur Unterstützung der Konjunktur in der Bundesrepublik gegeben.

Börse: Lebhafte Auslandskäufe brachten hausseartige Kursgewinne für Deutsche Bank, Autoaktien und Technologiewerte. Der WELT-Aktienindex stellte mit 196,6 (193,6) den in der Vorwoche erreichten Rekordstand ein. Am Rentenmarkt gingen die Zinsen weiter zurück. BHF-Rentenindex 102,900 (102,802). Performance-Index 103,394 (103,267). Dollar-Mittelkurs 3,0445 (3,0680) Mark. Goldpreis je Feinunze 323,75 (318,25) Dollar.

KULTUR

Karikatur: Könige und selbst der Papst wurden von den satirischen Zeichnern in England nicht verschont. Doch die Behandlung von Personen und Themen variierte stark, wie die 200 Blätter verdeutlichen, die unter dem Titel „Englische Karikatur von 1620 bis zur Gegenwart" in London ausgestellt sind. (S. 21)

Ausstellung: Obwohl Verena Vernunft den Architekturbegriff sehr weit faßt, stellen ihre Bilder nur Teilauschnitte dieses Bereiches vor: Tore, Nischen oder mal ein Grabstein. Der Kunstverein in Unna hat den Werken der fast unbekannten Malerin jetzt in einer alten Mühle eine Austtellung gewidmet.

SPORT

Tennis: Boris Becker (Leimen) gehört nicht zu den 18 gesetzten Spielern in Wimbledon. In der ersten Runde trifft Becker in der nächsten Woche auf den Amerikaner Hank Pfister.

Olympia: Die Teilnahme ungarischer Sportler an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul ist so gut wie sicher. Das ist das Resümee einer Tagung des ungarischen NOK's in Budapest.

AUS ALLER WELT

Lotto: Der Jackpot von rund 15 Millionen Mark wurde am Wochenende geknackt. Viermal gab es sechs Richtige. Die Gewinner erhalten jeweils 3,7 Millionen Mark. (S. 18)

Rauschgift: Fahnder aus der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland haben in Zusammenarbeit einen internationalen Rauschgiftring zerschlagen. Insgesamt wurden in den drei Ländern 15 Personen verhaftet, darunter auch drei Zöllner, die den Schmuggel begünstigt haben sollen.

Wetter: Wolkig, aber trocken. 17 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn stellt sich auf neue Propaganda-Runde Moskaus ein

Schäuble: SPD trat als Stichwortgeber auf / Kreml-Attacke gegen die USA

DW. Bonn

In der Bundesregierung kommt man bei der Bewertung der sowjetischen Kritik an der Kanzler-Rede vor den Schlesiern zu dem Schluß, daß Moskau eine „neue Runde" bei den Versuchen eröffnet, die Rechtsgrundlagen der deutschen Situation insgesamt zu verschieben und das Offenhalten der deutschen Frage zu beenden. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble warnte deshalb davor, die politische Bedeutung der negativen Reaktion des Ostens auf die Äußerungen Helmut Kohls zu unterschätzen.

Es gehe längst nicht mehr nur um die Bewertung einzelner Äußerungen des Kanzlers, meinte Schäuble in der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Hinter dieser Einschätzung steht offenbar die Erkenntnis, daß der Auftritt Kohls vor den Schlesiern für die östliche Propaganda nicht das entscheidende Motiv ist. Denn, so Schäuble, was in den Passagen der Regierungserklärung über das Verhältnis zum Osten noch weitgehend positiv beurteilt worden sei, „wird jetzt trotz gleichen Wortlauts kritisiert". Der Kanzler hatte im Bundestag wie jetzt vor den Vertriebenen erklärt, daß für die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Linie zu respektieren sei, zugleich jedoch auf den Friedensvertragsvorbehalt hingewiesen.

Als „besonders schädlich" für die Politik Bonns nannte es Schäuble, daß die SPD mit ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude und jetzt mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel als Stichwortgeber aufgetreten sei. Die SPD gebe nun den Friedensvertragsvorbehalt auf, den sie selbst als Regierungspartei in den Ostverträgen noch aufrechterhalten habe.

Die Sowjets warfen der Bundesrepublik Deutschland und den USA gestern „boshafte Ausfälle" gegen die 1945 bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse vor. Diese Entscheidungen, mit denen nach kommunistischer Lesart die „heutigen politischen Realitäten in Europa", sprich die Grenzen, sanktioniert worden seien, „unterliegen keiner Revision", schrieb die Armee-Zeitung „Roter Stern". Von der amerikanischen Propaganda sei eine „verleumderische Kampagne" entfesselt worden, um die Beschlüsse des Jahres 1945 in Mißkredit zu bringen. Dabei werde vor allem versucht, das „Unbeweisbare" nachzuweisen, und zwar die „angebliche Ungesetzlichkeit des sozialistischen Aufbaus in den Ländern Osteuropas". Die USA hatten mehrfach zu verstehen gegeben, daß Jalta und Potsdam die Unterordnung osteuropäischer Länder unter die Kreml-Politik nicht legitimierten.

Washington wird jetzt beschuldigt, auch „militaristische und revanchistische Stimmungen in der BRD und territoriale Ansprüche Japans an die UdSSR zu aktivieren". Wie bereits im Sommer 1984, auf dem damaligen Höhepunkt der „Revanchismus"-Kampagne, so heißt es auch jetzt, das „Wachstum des Revanchismus wird – wiederum durch das Zutun der USA – von einer Steigerung der militärischen Maschine der BRD begleitet". Die Bundesrepublik Deutschland sei zum Brückenkopf einer möglichen „Aggression gegen den Sozialismus" verwandelt worden.

Menschenrechte bleiben umstritten

Expertentreffen der KSZE-Staaten ohne Abschlußdokument beendet / Gegenseitige Vorwürfe

DW. Ottawa

Das erste Expertentreffen für Menschenrechte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist in Ottawa ohne Konsens und ohne Abschlußdokument zu Ende gegangen. Trotzdem bezeichneten die meisten Delegationen aus den 35 Teilnehmerstaaten das Treffen als „wichtig und nützlich". Der Westen betonte im Konferenzverlauf die individuelle Rede- und Meinungsfreiheit, während die Staaten des Warschauer Paktes dem „Kollektivrecht auf Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit" absoluten Vorrang einräumten.

Keine einzige der 45 Empfehlungen, die der Konferenz offiziell vorgelegt wurden, konnte den zu ihrer Verabschiedung erforderlichen Konsens erlangen. So wird erst die für Herbst 1986 nach Wien einberufene Generalkonferenz zeigen, ob trotzdem Fortschritte auf Gebieten wie Freizügigkeit, Minderheitenrechte, Abschaffung der Folter und Religionsfreiheit erzielt wurden. Ob weitere Menschenrechtstreffen der KSZE einberufen werden, müsse, so der sowjetische Delegationschef Wsewolod Sofinski, in Wien entschieden werden.

Sofinski machte die westlichen Länder für das Nichtzustandekommen eines Schlußdokumentes verantwortlich: Die westlichen Länder seien nicht bereit gewesen, einem Schlußdokument mit Vorschlägen über die Abschaffung von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Rassendiskriminierung sowie Forderungen nach kostenloser medizinischer Versorgung zuzustimmen.

Der US-Chefunterhändler Richard Schifter warf hingegen der Sowjetunion vor, sie gebe nur Lippenbekenntnisse ab, doch würden dort die Menschenrechte weiterhin verletzt. Schifter forderte Moskau auf, den Menschenrechten mehr Bedeutung beizumessen und damit zu einer Verbesserung des internationalen Klimas beizutragen. Wenn die Sowjetunion die Menschenwürde ihrer eigenen Bürger respektiere, werde sie mehr internationalen Respekt ernten. Nach Angaben westlicher Delegierter weigerten sich die sowjetischen Vertreter, Schritten wie der Abschaffung der psychiatrischen Folter von politischen Gefangenen zuzustimmen.

Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland, Ekkehard Eickhoff, legte in seiner abschließenden Erklärung besonderes Gewicht auf das Recht auf Freizügigkeit. Noch immer werde zahllosen Bürgern in Mittel- und Osteuropa, „unter ihnen auch Bürgern deutscher Nationalität und jüdischen Bürgern in der Sowjetunion", das Recht auf Ausreise verweigert. Eickhoff erinnerte die Delegierten daran, daß das Datum des Schlußtages der Konferenz, der 17. Juni, für die Menschenrechte der Deutschen eine besondere Bedeutung habe. Menschenrechte und Frieden gehörten zusammen, sagte er. „Wirklichen Fortschritt zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa kann es nur geben, wenn die Rechte des einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall in Europa geachtet werden."

USA über Geiselverschleppung besorgt

Kriegsschiffe eher aus psychologischen Gründen entsandt / Drei Personen freigelassen

DW./wth, Washington/Beirut

Der Krisenstab im Weißen Haus hat die Verschleppung der vermutlich 42 amerikanischen Geiseln vom Flughafen Beirut in Verstecke der Entführer mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dieser Schachzug hat der ganzen Affäre eine neue Dimension gegeben, die Erinnerungen an die Geiselnahme in Iran vor fünf Jahren weckt. Lediglich drei Geiseln – der griechische Popsänger Demis Roussos, dessen amerikanische Freundin und ein Amerikaner griechischer Abstammung – sind gestern in Beirut freigelassen worden.

In Washington schließt man nicht mehr aus, daß der Kampf um die Freilassung der Geiseln noch Wochen oder Monate dauern könnte. Zwar habe sich die unmittelbare Lebensgefahr für die Geiseln zunächst reduziert, zugleich aber die Gesamtsituation erheblich kompliziert. Sollte jemals ernsthaft eine militärische Geisel-Befreiung geplant gewesen sein, so kann diese Option nun völlig ausgeschlossen werden. Die Anwesenheit des Flugzeugträgers „Nimitz", des Kreuzers „South Carolina" und des Zerstörers „Kidd" vor der libanesischen Küste hat nun eher psychologische als militärische Gründe.

Die Grundeinstellung der Reagan-Administration bleibt jedoch unverändert: „Wir machen keine Konzessionen an die Terroristen und setzen auch keine anderen Regierungen unter Druck, dies zu tun." Zugleich hat jedoch Sicherheitsberater Robert McFarlane in einem Telefongespräch mit dem libanesischen Justizminister und Schiitenführer Berri zu verstehen gegeben, daß die Geiselnahme die von den Entführern geforderte Freilassung von etwa 700 Schiiten durch Israel eher erschwert und verzögert. Ein Sprecher des State Department erklärte, daß „eine völlig neue Situation" entstehen könne, wenn die Entführer diese Forderung fallen ließen, zumal die Israelis schon vor der Entführung die Freilassung der Schiiten geplant hätten.

Nach einem Bericht der israelischen Zeitung „Haaretz" soll bei Verhandlungen mit Berri in Beirut eine Übereinkunft erzielt worden sein, nach der die 700 Schiiten wenige Tage nach einer Freilassung der Geiseln nach Libanon zurückkehren könnten. Israelische Regierungskreise betonten dagegen, in Jerusalem sei nichts von irgendeiner Kompromißformel bekannt. Ministerpräsident Shimon Peres sagte gestern, Israel sei nicht an den Gesprächen mit den Luftpiraten beteiligt. Peres: „Ich glaube, wir können unseren Beitrag zu dieser komplizierten Sache leisten, indem wir nicht unnötig eingreifen."

Edward Koch, der Bürgermeister von New York, warf Israel vor, indirekt für die Flugzeug-Entführung verantwortlich zu sein. Es habe mit dem kürzlichen Austausch von mehr als 1000 arabischen gegen drei israelische Gefangene „Hoffnungen geweckt".

Seite 2: Wie einst in Teheran
Seite 5: Suche nach Strategie

Demonstranten in Moskau verhaftet

dpa, Moskau

Sowjetische Milizionäre haben vor der Bonner Botschaft in Moskau zwei Frauen und einen Mann festgenommen, die dort gestern für ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland demonstrierten. Sie wurden im Polizeigriff abgeführt, als sie Transparente mit der Aufschrift „Wir wollen in die Heimat" entfalteten. Ebenfalls festgenommen wurden fünf deutschstämmige Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Pfingstler, die am Montag in der Nähe der Bonner Botschaft für ihre Ausreise demonstriert hatten. Die Zahl der deutschen Aussiedler aus der UdSSR hat mit einem Monatsdurchschnitt von 38 Personen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen neuen Tiefstand erreicht. 1984 hatte der Durchschnitt in den ersten fünf Monaten noch bei 78 Aussiedlern gelegen. Nach amtlichen sowjetischen Statistiken leben zur Zeit noch etwa 1,9 Millionen Deutschstämmige in der UdSSR.

Agca gesteht falsche Aussagen

DW. Rom

In dem Verfahren um die Hintergründe des Attentats auf Johannes Paul II. hat der türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca gestern erklärt, er habe zuvor teilweise falsche Angaben gemacht. In seinen früheren Aussagen, so Agca, habe es „einige Erfindungen" gegeben. Nun aber sage er die Wahrheit, und er bleibe dabei, daß es einige konkrete Hinweise auf eine Verwicklung Bulgariens in das Attentat gebe.

Bei dem Prozeß in Rom, bei dem der bereits verurteilte Agca in erster Linie Kronzeuge der Anklage gegen vier Türken und drei Bulgaren ist, ging es auch gestern um Einzelheiten des Tatablaufs und der Flucht Agcas und seines mutmaßlichen Mittäters Oral Celik, der seitdem untergetaucht ist. Agca bestritt gestern jegliche Zusammenarbeit mit der neapolitanischen Unterwelt und dem italienischen Geheimdienst. Er sagte, im Gefängnis habe er keine Kontakte zur Untergrundorganisation „Camorra" geknüpft.

Leo 2 gewinnt Wettbewerb

cvb, Brüssel

Zum ersten Mal hat das deutsche Heer seinen neuesten Kampfpanzer, den Leopard 2, bei einem internationalen NATO-Wettbewerb im scharfen Gefechtschießen zur Schau gestellt. Das Resultat: Der Leopard 2 blieb Sieger über alle anderen Panzermodelle.

Dies ist das Ergebnis des NATO-Wettbewerbs um die „Canadian Army Trophy", einem regelmäßig stattfindenden Vergleich der Kampfpanzer und ihrer Besatzungen. Das Wettschießen fand auf dem Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide statt. NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers war bei der Siegesfeier zugegen.

Gewinner war das deutsche Panzerbataillon 244 aus Landshut, das zur Panzerbrigade 24 gehört. Mit 22 037 Punkten lagen die Deutschen indessen nur knapp vor dem US-Panzerbataillon 3/64, das mit dem neuen Kampfpanzer „Abrams" angetreten war und 21 934 Punkte erzielte.

DER KOMMENTAR

Vogels Posaune

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Stirnrunzelnd registriert Kanzleramtsminister Schäuble, daß der politische Osten seine Kampagne verschärft, deren Ziel es ist, den Status quo in Europa zu verändern. Moskau wolle die Rechtsgrundlagen Deutschlands verschieben und das Offenhalten der deutschen Frage abwürgen. Daraus läßt sich folgern, daß Aggressivität in Europa nach Auffassung des Kanzleramts nicht von Bonn ausgeht, sondern von Moskau und Warschau.

Schäubles Diagnose steht im Kontrast zur Agitation Moskaus, die Bundesrepublik Deutschland gefährde den Frieden, weil sie den sowjetischen Besitzstand in Europa als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges nicht anerkennen wolle. Moskau reklamiert ein absolutes Siegerrecht, das allem Völkerrecht vorgehen solle; denn das Völkerrecht steht auf der Seite der Deutschen. Im beharrlichen Bemühen, sich für die Unterwerfung halb Europas Legitimation zu verschaffen, interpretiert Moskau, gefolgt von Warschau, die Ostverträge entgegen deren Text als Anerkennungsverträge.

Mit seiner Rede vor den Schlesiern hat Bundeskanzler Kohl nichts anderes getan, als den völkerrechtlichen Status quo in Europa verteidigt. Was die Auslegung des Warschauer Vertrages betrifft, hätte er drei Sätze aus der Botschaft zitieren können, die sein Vorgänger Brandt am Tage der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages (7. Dezember 1970) aus Warschau an die deutsche Bevölkerung richtete: „Der Vertrag zwischen Polen und uns ... ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und die Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft". Dies ist der Status quo, gegen den der politische Osten anrennt.

Aber auch Oppositionsführer Vogel rennt gegen den Status quo an. Die SPD verschafft der Agitation aus Moskau und Warschau innenpolitische Resonanz, mit der Folge, daß der Osten nur noch lauter trompeten wird. Die SPD beteuert ihre Treue zum westlichen Bündnis und zu Amerika; im gleichen Atemzug streitet sie gegen die Nachrüstung, gegen SDI und zieht damit die Genfer Verhandlungsposition der USA in Mitleidenschaft. Und jetzt reißt sie auch die Deutschlandpolitik in den Strudel der Gegensätze. Für die Innenpolitik ist das ein brisantes Gemisch. Wie will Vogel den Wählern verständlich machen, daß die SPD sich zum Westen bekennt, aber die Posaune des Ostens bläst?

Jaruzelski stellt Forderungen an Kardinal Glemp

DW. Warschau/Köln

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski und Kardinal Glemp, Primas von Polen, sind gestern zu einem Gespräch zusammengetroffen. Dieses seit der Ermordung des polnischen Priester Popieluszko immer wieder aufgeschobene Treffen ist das erste seit Januar 1984. „Die Begegnung soll dazu dienen", erklärte Regierungssprecher Urban, „einige schwebende Probleme zu erhellen". Dies sei ein Beweis dafür, daß der Dialog zwischen Staat und Kirche in Polen weitergehe. Politische Beobachter schließen aus den Bemerkungen Urbans, daß Jaruzelski den Primas gedrängt hat, Schritte gegen oppositionelle Priester zu unternehmen. Auch die Haltung der Kirche bei den Parlamentswahlen vom 13. Oktober dürfte eine Rolle gespielt haben. Der Primas hat wahrscheinlich seine Sorge über die wachsende Repression in Polen zum Ausdruck gebracht sowie die Themen des Rechtsstatus der Kirche angeschnitten.

In Warschau hält sich zur Zeit der Chef der Kontrollkommission der KPdSU, Michail Solomenzew, zu Gesprächen über die Arbeit der innerparteilichen Kontrollorgane in Polen auf. Er wird dort mit seinen polnischen Kollegen Jerzy Urbanski und mit Parteimitgliedern in Krakau und Posen zusammentreffen. Die Kontrollkommissionen sollen die Einhaltung der ideologischen Disziplin der Parteimitglieder überwachen, deren Nachlassen in Polen der sowjetische Parteichef Gorbatschow bei seinem Besuch in Warschau gerügt hatte.

Postminister wehrt sich gegen Vorwürfe

DW. Bonn

Noch in dieser Woche wird das Oberverwaltungsgericht in Berlin über die verfügte Stillegung der Batteriefabrik „Sonnenschein" entscheiden. Das jedenfalls erwartet der ehemalige Geschäftsführer der Firma, der heutige Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU).

Aufgrund eines erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsurteils in Berlin wurde der Betrieb durch Umweltsenator Horst Vetter (FDP) stillgelegt. Betriebsanlagen seien, obgleich genehmigungspflichtig, nicht genehmigt worden; außerdem stoße die Produktion zuviel Blei aus. Beide Vorwürfe bemühte sich Schwarz-Schilling gestern mit entsprechenden Akten zu widerlegen. Das Berliner Unternehmen bezeichnete das Urteil als „politisch motiviert und zynisch" und erhob mehrere Klagen dagegen. Auch der Berliner Senat legte Widerspruchsklage ein.

Für den Fall, daß die Stillegung bestehen bleibe, kündigte Schwarz-Schilling für Ende der Woche eine Massenentlassung der rund 240 Berliner Mitarbeiter an. Die Stillegung der Produktion koste 270 000 Mark pro Tag, da die Löhne weitergezahlt werden müssen. Die Entlassungen seien dann nötig, um das Hauptwerk in Büdingen (960 Arbeitsplätze) nicht zu gefährden. Die hessische Landesregierung bestätigte dem Unternehmen gestern, es arbeite in Büdingen legal und seine Emissionen seien zulässig. Mit einer Aktuellen Stunde im Bundestag wollen die Grünen in dieser Woche den Postminister zum Rücktritt bewegen.

Seite 3: Schwere Bürde

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Altlasten

Von Peter Gillies

Der ehemalige Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebs ist derzeit Mittelpunkt einer öffentlichen Hatz, weil er Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ist. Nun wird man Christian Schwarz-Schilling nicht eben politische Fortüne nachsagen wollen, aber die selbsternannten Saubermänner mögen angelegentlich auch berücksichtigen, daß wir in einem Rechtsstaat leben.

Die Batteriefabrik in Berlin hat von SPD- wie CDU-regierten Senaten über Jahre hinweg bestätigt erhalten, daß sie die Umweltauflagen erfüllt. Noch im Februar diesen Jahres hatte der für Umwelt zuständige Senatsdirektor erklärt, „daß die Firma Sonnenschein sich weder in der Vergangenheit noch jetzt rechtswidrig verhalten" habe. Das Verwaltungsgericht schob dagegen die Praxis der Technischen Anleitung Luft beiseite und erklärte für Unrecht, was bisher allenthalben als Recht galt. Und der Umweltsenator in Berlin verfügte in merkwürdiger Eile die Stillegung des Werkes, obgleich Juristen einen Grund für den Sofortvollzug nicht zu erkennen vermögen.

Fragen schließen sich an. Ein Unternehmen hat sich selbstverständlich in die Umweltgesetzgebung einzuordnen wie in das Steuer- oder Sozialrecht. Sollten erstinstanzliche Gerichte zu einer anderen als der bisher geltenden Rechtsansicht kommen, so hat dies nicht das Unternehmen zu verantworten. Es muß sich im Gegenteil voll auf Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsakte verlassen können. Nur dann wird es investieren sowie Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Anmerkung: Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit benötigen wir neue Unternehmer mit entsprechendem Mut zum Wagnis.

Zweitens zeigt diese Debatte um den Postminister, daß es für Politiker zu einem Risiko werden kann, jemals Unternehmer zu werden oder gewesen zu sein. Der erwünschte Prototyp des Politikers scheint vielmehr der beamtete Lehrer oder Soziologe zu sein. Sie bedrückt keine ökonomische Erbsünde. Auch wenn die zweite Instanz die Entscheidung der ersten korrigiert – an politischen Vorverurteilungen wg. Umweltschutz besteht in einem Rechtsstaat kein Bedarf. Auch ein Minister hat vor Gerichten wie in der öffentlichen Debatte Anspruch auf ein faires Verfahren.

Teilhaber Strauß

Von Manfred Schell

Zwei Nachrichten aus München sind es, die dem hin und wieder aufgekommenen Verdacht widersprechen, dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sei an dem „Unternehmen Bonn" nur noch wenig gelegen, weil er dessen Erfolgsaussichten schwinden sehe. Strauß forderte einen dritten, von der CSU benannten Regierungssprecher, und er kündigte an, er werde häufiger auf Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Wort ergreifen.

Wer Positionen fordert, wer sich engagiert, der will nicht nur etwas in seinem Sinne bewegen, sondern der übernimmt auch einen Teil Verantwortung. In diesem Sinne sollten die jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden verstanden werden, er und die CSU wollten den Erfolg von Helmut Kohl. Ein frühzeitiges Wort von Strauß zu politisch relevanten Fragen könnte helfen, könnte mehr Ordnung in die Entscheidungsprozesse der Koalition bringen. CDU und FDP müßten also einen in Bonn präsenteren Strauß begrüßen.

Andererseits hätten dann die Abgeordneten der CDU, die Kritik an Strauß üben, Gelegenheit zur direkten Diskussion mit ihm. Vorausgesetzt, sie haben den Mut dazu. Jedenfalls wären solche Fraktionssitzungen geeignet, frühzeitig die Weichen in der Sachpolitik zu stellen und „emotionalen Diskussionsbedarf" zu befriedigen. Was den dritten Regierungssprecher betrifft, so wird es ihn wohl alsbald geben. Helmut Kohl steht dieser Forderung der CSU nicht mehr ablehnend gegenüber. Aber natürlich muß dabei auch der Anspruch des neuen Staatssekretärs Friedhelm Ost beachtet werden, das Presseamt nach seinen Vorstellungen zu organisieren.

Ost hat zu erkennen gegeben, daß er Teamwork schätzt. Der dritte Regierungssprecher würde Norbert Schäfer sein, zur Zeit Ministerialdirektor in der Behörde. Er kennt Bonn, die Politiker und die Journalisten. Schäfer hat ein Gefühl für Parteien, für politische Strömungen und Stimmungen. Dabei ist für ihn und die CSU die „Sprecherrolle" als solche weniger wichtig. Der CSU geht es vorrangig um eine stärkere Teilhabe am Informations- und Entscheidungsprozeß.

Und Genscher entspannt

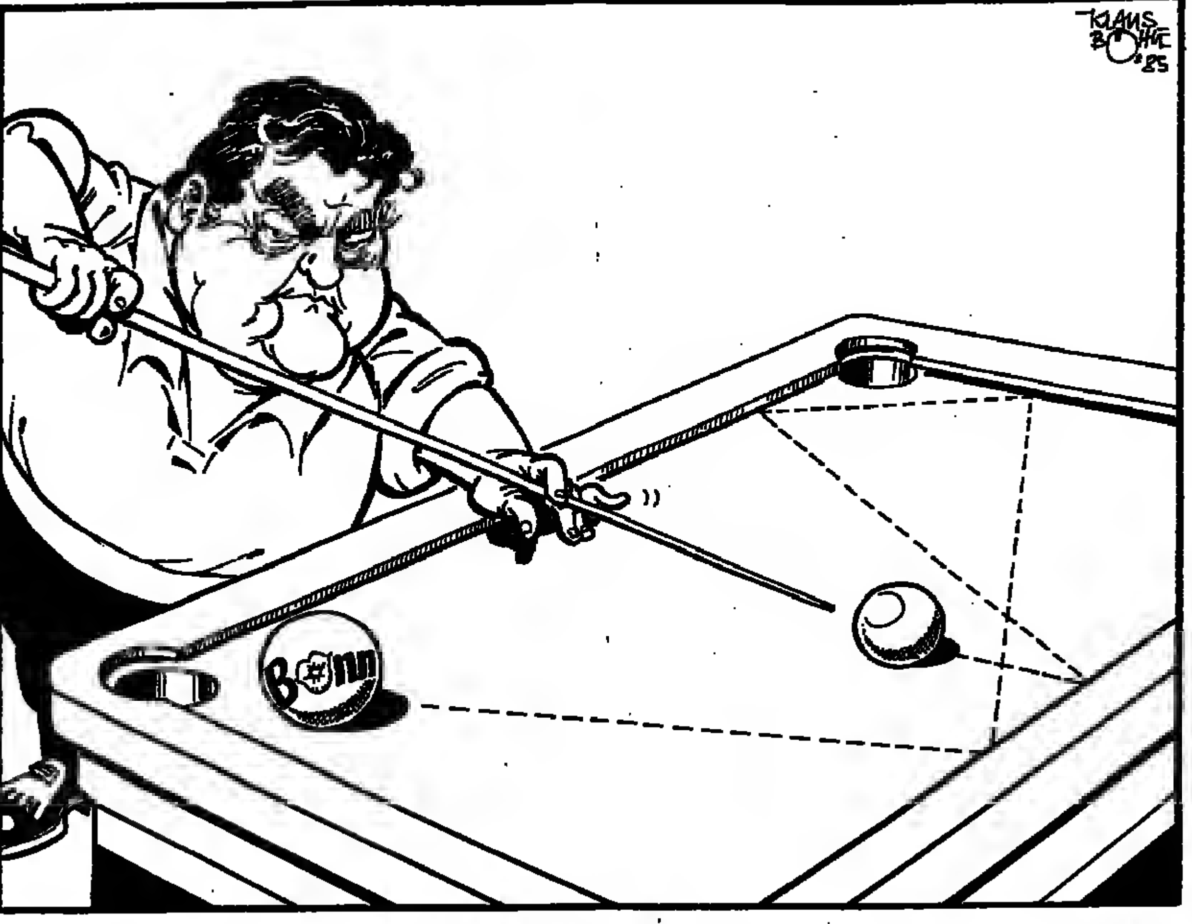
Von Jürgen Liminski

Ohne Schlußdokument ist die Menschenrechtskonferenz in Ottawa beendet worden. Die Sowjets dürften aufatmen. Sie hatten sich den Westen bei dieser für sie so heiklen Thematik gewiß offensiver, entschlossener und vor allem konkreter vorgestellt. Sie fürchteten die Abrechnung durch eine Gesamtschau von Einzelschicksalen. Sie fürchteten eine Darstellung der Handhabung der Menschenrechte im Bereich der Unterzeichnerstaaten und insbesondere im Herrschaftsbereich des Warschauer Pakts.

Der deutsche Delegationsleiter Botschafter Eickhoff konnte nur, faute de mieux, theoretisieren und auf Rechte verweisen statt auf Fälle, in denen das Recht mit Füßen getreten wird. Es war nicht seine Schuld, auch nicht die des Bundestages. Denn die Parlamentarier der Koalition hatten sich redlich bemüht, ein Weißbuch über die menschenrechtliche Lage der Deutschen in Mitteldeutschland und in Osteuropa vom Auswärtigen Amt zu bekommen. Sie wurden hingehalten. Und die Chance von Ottawa, konkret etwas für Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs zu tun, sie wurde so vertan.

Außenminister Genscher müßte sich eigentlich fragen, ob es reicht, auf einem internationalen Forum solchen Kalibers nur die Glaubensfreiheit, die Rechte der Minderheiten etc. „eingefordert" zu haben, wie er sagt. Was heißt einfordern, wenn man die Forderung nicht konkretisiert? Das ist wie auf den zahlreichen Foren der UNO, die er so gern besucht: Man redet.

Nur auf einem Forum will Genscher offenbar nicht reden: vor dem Bundestag. Dort soll im Plenum am 27. Juni über die menschenrechtliche Lage der Deutschen debattiert werden. Das Auswärtige Amt jedoch fühlt im Parlament vor, ob sich diese Debatte nicht verhindern läßt. Es muß Gründe dafür geben. Sie haben möglicherweise mit der „neuen Entspannungspolitik" ,die Genscher betreibt, zu tun. So jedenfalls ließe sich auch das Schweigen der Bundesregierung zu den Urteilen von Danzig deuten, die im übrigen Westen scharf kritisiert wurden, weil sie gegen die in der KSZE-Schlußakte verbrieften Rechte verstoßen.



Über die Banden KLAUS BÖHLE

Wie einst in Teheran

Von Peter M. Ranke

Bewaffnete beherrschen den Kontrollturm des Flughafens Beirut. Ein Mullah mit weißem Turban ist unter ihnen. Natürlich ist das neue Geiseldrama für die Schiiten, die der Zustimmung des greisen Ayatollah Khomeini sicher sein können, nur eine weitere Schlacht in ihrem „heiligen Krieg" gegen Amerika, Israel, den gesamten verteufelten Westen. Doch das zu begreifen fällt noch immer schwer.

Hundertfach hat die amerikanische Regierung geschworen, ihre Bürger oder Soldaten in Nahost besser zu schützen, denn eine Geiselnahme wie 1979 in Teheran sollte sich nicht wiederholen. Man war auf neue und blutige Terrorakte wie in Libanon vorbereitet, aber doch nicht darauf, daß sich der Justizminister einer legalen Regierung wie Nabih Berri nun auf die Seite der Terroristen schlägt und für die Geiselgangster verhandelt. Wieder, wie damals Präsident Carter nach der Geiselnahme in Teheran, muß Amerika in ohnmächtigem Zorn abwarten, ob Verhandlungen zu einem Erfolg führen.

Nabih Berri, der selbst lange in den USA gelebt hat, ist vielleicht ein Garant, daß Entführung und Gefangenschaft für dreißig bis vierzig Amerikaner friedlich enden. Aber Berri, ein Führer der schiitischen Amal-Miliz und Minister in einer kaum noch amtierenden Regierung, wird schon aus Rücksicht auf die radikalen Mullahs nicht zögern, die Geiseln an ihre wahrscheinlichen Mörder wieder auszuliefern, wenn er die in Israel gefangenen Schiiten nicht freibekommt. Schließlich zögerte er auch nicht beim Angriffsbefehl auf die Palästinenser-Lager, und schließlich ließ er die Flugpassagiere aus „Sicherheitsgründen" verschleppen. Ein Vorwand?

Viele andere, unter ihnen auch acht Amerikaner, sind seit ihrer Entführung im moslemischen Beirut seit Monaten nie wieder gesehen worden. Verschleppung, Folter, Geiselmord sind Waffen im „heiligen Krieg" der Schiiten. Für sie herrscht Krieg. Zu ihren religiösen Vorfahren gehören die berüchtigten Assassinen des Mittelalters.

Die für uns unbegreifliche orientalische Kriegsführung mit dem neuen Geiseldrama hat drei Bezugspunkte, die gleichzeitig Schwachstellen unserer Einschätzung der fanatischen Schiiten und ihrer Ziele sind. Wie schon befürchtet wurde, hat sich der Tausch von drei israelischen Soldaten gegen 1150 Gefangene, unter ihnen 67 zu lebenslang verurteilte Mörder, als Fehler herausgestellt, der weitere Erpressungen nach sich zieht. Wollen, ja können die Israelis jetzt die Freigabe der schiitischen Gefangenen verweigern, wenn es nicht mehr um drei israelische Soldaten geht, sondern um das Leben von dreißig bis vierzig Amerikanern?

Das Kriegs- und Krisen-Zentrum ist Beirut. Schiitische Miliz beherrscht den Flugplatz, in den benachbarten Stadtteilen liegen ihre Quartiere und Verstecke. Als kürzlich eine jordanische Maschine in Beirut gestürmt und später gesprengt worden war, konnte das schiitische Kommando in der Nachbarschaft ungefährdet untertauchen. Denn die Schiiten herrschen im moslemischen West-Beirut seit gut einem Jahr, mit den Drusen arbeiten sie bei der Bildung eigener Kantone in der leeren Staatshülle Libanons zusammen.

Zehn Jahre Krieg in jeder Form, vom religiös-politischen Bürgerkrieg bis zur syrischen Besetzung und israelischem Eingreifen, haben die Staatsmacht einschließlich der Armee und Polizei zerstört und ausgehöhlt. Eine Regierung gibt es nur dem Namen nach. Die Unsicherheit im moslemischen Teil Beiruts ist so groß, daß Zehntausende von Ausländern und Libanesen geflüchtet sind. Es herrscht das Faustrecht der Kalaschnikows, der Terror der Auto-Bomben und der Kampf jeder gegen jeden. Oft genug ist das Motiv von Raub und Mord der pure Zwang zum Überleben, denn Wirtschaftsleben und Verdienstmöglichkeiten existieren nur in Rudimenten. Selbst die Syrer zögern, als Ordnungsmacht anzutreten und den Schutthaufen zu übernehmen, in dem lediglich der christliche Landesteil als letzter Hort für Sicherheit und Zuflucht noch besteht.


Ruinen des Terrors und des „heiligen Krieges": Beirut 1985 FOTO: AFP

In diesem Klima gedeihen Terror und Verbrechen. Sie nisten in den Grauzonen eines Staates ohne Strukturen. Daher sind auch die Flugzeugentführer ebensowenig zu fassen wie schiitische Selbstmord-Kommandos vom „islamischen heiligen Krieg", die sich auf den nächsten Einsatz vorbereiten oder von Mullahs animiert werden. Wo sollen da amerikanische Anti-Terror-Kommandos eingreifen? Wie können sie zuschlagen?

Typisch für das heutige Beirut ist, daß bisher nicht einmal die genaue Zahl der am Freitag entführten und verschleppten Geiseln bekannt geworden ist. Der mittätige Justizminister Nabih Berri schweigt, er weiß es wahrscheinlich selbst nicht.

Was bleibt? Eine Befreiungsaktion ist kaum mehr möglich, also weitere Verhandlungen um das Leben der Geiseln. Aber dazu gehört endlich auch die Erkenntnis, daß sich ein großer Teil der Schiiten in Iran und Nahost im Kriegszustand befindet, im „heiligen Krieg" gegen alles, was den Mullahs im Westen mißfällt. Die Ermordung eines amerikanischen Passagiers, nur weil er Amerikaner und angeblich Soldat war, beweist, daß diese Schiiten mit den schwarzen Stirnbinden ausführen, was sie androhen. Die notwendige Konsequenz könnte lauten: weitestgehende Isolierung dieser gläubigen und fanatischen Streitmacht im politischen und wirtschaftlichen Sinne.

IM GESPRÄCH Klaus Wedemeier

Etablierter Juso

Von Winfried Wessendorf


Bremer Bürgermeister-Kandidat: Wedemeier FOTO: DIE WELT

Klaus Wedemeier (41) fühlt sich durch die Nominierung Koschnicks zum Kandidaten für den Bremer Bürgermeister-Posten geehrt. „Es zeigt, daß die geleistete Arbeit anerkannt wird." Doch einen Kontrahenten gilt es noch aus dem Rennen zu werfen: Sozialsenator Henning Scherf. Wedemeier kann allerdings auf einen stärkeren Rückhalt im Senat, in Fraktion und Landesvorstand hoffen.

In den achtzehn Monaten, die ihm vom September an, wenn Koschnick aufhört, bis zur nächsten Bürgerschaftswahl bleiben, könne er allerdings die achtzehn Jahre Erfahrung und die Popularität des jetzigen Bürgermeisters nicht aufholen, meint er. Doch der Pragmatiker, als Juso- und Unterbezirksvorsitzender wie als Chef der Fraktion in der Bürgerschaft durch eine harte Schule gegangen, glaubt trotzdem: „Wir werden die absolute Mehrheit nicht abgeben." Er hofft, falls er Bürgermeister wird, auf die Hilfe seines Vorgängers. Wedemeier wird von den Grünen als „Mann ohne Prinzipien" charakterisiert, und die CDU hofft, gegen ihn die absolute SPD-Mehrheit brechen zu können.

Der schlanke, hochgewachsene Hobby-Fußballer, 1944 in Hof geboren, ist verheiratet und hat einen zwölfjährigen Sohn, der auf eine Stufenschule, die Bremer Spielart der Gesamtschule, geht. Sie haben ein Eigenheim im Grünen. Seit 1964 ist er Parteimitglied. Nach der Berufsausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann war er Manager einer Lebensmittelkette. Er ist Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Der einstige Juso-Vorsitzende, den die Opposition als rotes Tuch ansieht, gilt in den eigenen Reihen als etabliert und für den Unterbezirk Ost als nicht links genug. Wedemeier über seine Juso-Zeit: „Natürlich habe ich mich engagiert, war aktiv im Anti-Vietnamkrieg-Komitee und habe mich 1969 bei der Demonstration gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife auf die Schienen gesetzt."

In der SPD-Sprachregelung gehört der Fraktionschef noch immer zu den Linken. Doch ist er eher ein Mann des Ausgleichs. So ist ihm das Kunststück gelungen, die Rechten und die Linken in der Fraktion zu einen, so wurde er das letzte Mal einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er läßt sich selten zu polemischen Äußerungen hinreißen. Die Sache müsse im Vordergrund stehen, sie würde auch von den Wählern so besser verstanden und akzeptiert, sagt Wedemeier. Der Pragmatiker hat sich eigentlich immer in der Gewalt. Damit bietet er weniger Angriffsflächen als Scherf. So fürchtet er die Auseinandersetzung um den Bürgermeisterschaftsposten nicht – deshalb sagt er dazu: „Wir haben einen langen gemeinsamen Weg hinter uns und werden die Entscheidung der Parteigremien gemeinsam tragen."

Wedemeier zweifelt nicht daran, am 18. September das Ruder in Bremen zu übernehmen. Zu seiner Aufgabe danach sagt er: „Die Erhaltung des Sozialsicherungssystems und die Bekämpfung der Armut sind neben der Haushaltskonsolidierung meine erklärten Ziele." Die Umwelt steht ebenfalls oben auf seiner Prioritätenliste. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei hält er Einsparungen im Personaletat für dringend notwendig. Als Fraktionsvorsitzender hat er alle Sparmaßnahmen des Koschnick-Senats mitgetragen. Der Stadt predigt er: „Neben unseren berechtigten Forderungen an den Bund in Sachen Ergänzungszuweisung oder im Bereich EG-Mittel müssen wir eigene Anstrengungen unternehmen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie stellt eine Übereinstimmung zwischen Kohl und Leber fest:

Wenn zwei prominente Politiker aus gegensätzlichen Lagern bei einer Zustandsbeschreibung der deutschen Frage unabhängig voneinander übereinstimmen, spricht manches für die Richtigkeit ihrer Analyse. Der Sozialdemokrat Georg Leber faßte sie in einer würdigen Feierstunde des Bundestages zum 17. Juni in der Feststellung zusammen: Die deutsche Frage ist nach wie vor offen; gleichwohl wird keine deutsche Regierung Gewalt anwenden oder auch nur in Erwägung ziehen, um sie zu überwinden. Auf dem Schlesiertreffen sagte Helmut Kohl mit anderen Worten das gleiche wie Leber.

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zu Koschnicks Abgang:

In der miserablen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation des kleinsten Bundeslandes sehen das viele Hanseaten – Sozialdemokraten oder auch Liberale – fast als einen Akt der Desertion an. „Wenn einer wie Koschnick hinschmeißt, dann muß es sehr düster aussehen", läßt Bremens CDU verlauten. Richtig ist, daß die Probleme des schwer angeschlagenen kleinsten Bundeslandes durch Koschnicks Rücktritt nicht leichter werden; sein Nachfolger Wedemeier tritt ein schweres Erbe an. Doch auch die politische Zukunft Koschnicks beschäftigt die Öffentlichkeit. Willy Brandt führte Koschnick vor kurzem in Moskau bei Gorbatschow ein. Das war sicherlich kein protokollarischer Zufall.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung schreibt zur Flugzeugentführung:

Als guter Cowboy hat Reagan mit Drohungen begonnen. Aber seit Sonntagnachmittag zieht er es vor, nicht in Erscheinung zu treten. Er hat ohne Zweifel in der Zwischenzeit das Maß der Herausforderung, die sich ihm gestellt hat, und zugleich die Schwäche der ihm verfügbaren Mittel ermessen können. Der Schatten der früheren amerikanischen Geiseln, jener von Teheran, und Carters Ruin belasten heute erneut das Weiße Haus.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung bedankt sich für die Klarheit der SPD:

Dieter Spoeri nutzte die Gunst der Stunde. Er nannte auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD in Waiblingen die Dinge beim Namen. Bildhaft gesprochen: er band der Katze die Schelle um. Einem aufmerksamen Delegiertenvolk sagte Spoeri, die angestrebte sozial- und umweltverträgliche Steuerung des technischen Fortschritts in unserer Industriegesellschaft habe eine neue Wirtschaftsordnung mit einer neuen Qualität zum Ziel. . Konkret geht es um nichts anderes, „als daß wir die industrielle Produktion unter ökologischen Gesichtspunkten vergesellschaften".

Wachsende Ansprüche der Bundeswehr an die Gesellschaft

Zum neuen Verteidigungs-Weißbuch / Von Rüdiger Moniac

Mit dem Titel „Freiheit in Frieden" setzt das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr das Ziel. Auf so einfache Einsichten läßt sich die Moral staatlichen Handelns reduzieren. Komplizierter wird es, daraus die richtige Politik zu entwickeln. Zum Beispiel für die Streitkräfte.

Ob die Bundeswehr ihre Aufgabe in den kommenden Jahren, die bestimmt sind von kleiner werdenden Wehrpflichtigen-Jahrgängen und einer mit gesteigertem Ingrimm geführten Debatte um den richtigen Weg der Friedenssicherung, wird erfüllen können – dies ist die Frage, an der sich das neue Weißbuch wird messen müssen.

Bei unvermindert hoher Arbeitslosigkeit und anderen Belastungen der öffentlichen Haushalte zur Erhaltung eines sozial ausbalancierten Klimas gerät die militärische Verteidigung schnell in Gefahr, personell wie finanziell beschnitten zu werden. Zumal es einflußreiche Gruppierungen und Parteien – von der evangelischen Kirche über große Teile der Gewerkschaften bis zu den Grünen und der SPD – gibt, die eine Schwächung der Bundeswehr für sinnvoll halten und in diesem Sinne Einfluß auf die Öffentlichkeit ausüben.

Denn ihre Frage lautet: Wozu ein so großer Verteidigungshaushalt, wozu eine so starke Bundeswehr, wo doch die östliche Militärmacht und ihre Absichten vom Westen aus propagandistischen Gründen überzeichnet werden? Auch wenn diese Botschaft falsch ist – von vielen im Lande wird sie geglaubt.

Das spürt auch die Regierung, die im neuen Weißbuch schöne Worte gebraucht: „Die Verteidigung des Staates beginnt mit dem bewußten Eintreten für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Bewußtsein zu verstärken, daß die Verteidigung des Staates gegen Bedrohung von außen auch die Aufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger und nicht nur der Soldaten ist, hat die Bundesregierung zum wichtigen Ziel ihrer Politik gemacht."

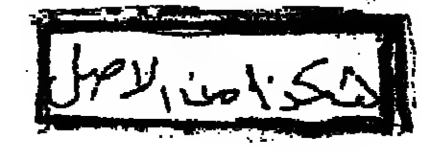
Auf einem wichtigen Felde wird sich zeigen müssen, wie weit diese Absicht Erfolg hat. Es geht um die Milderung des Personalmangels, in den kommenden Jahren verursacht durch den Pillenknick in den sechziger Jahren. Seinetwegen wird der Staat künftig Wehrpflichtigen und Reservisten viel mehr abfordern als früher. Ihnen steht ein auf eineinhalb Jahre verlängerter Grundwehrdienst bevor, darüber hinaus werden von ihnen viel häufiger Wehrübungen verlangt.

Dies indes ist nur die eine Seite der Medaille: die verstärkte Belastung für das Individuum. Die andere ist, welche Belastungen die Gesellschaft als Ganzes für die Bundeswehr tragen muß – abgesehen vom Verteidigungsetat. Mehr Wehrübungen heißt für die Wirtschaft häufigere Abwesenheit von Arbeitnehmern zum Reservedienst. Die Arbeitgeber sind gefordert, dies zu dulden. Das ist vor allem hart für Mittelstand und Handwerk.

Das setzt aber ein Umdenken bei der Bundeswehr voraus. Mit welch geringem Interesse am pfleglichen Umgang mit Reservisten heute manchmal in den Truppenverbänden verfahren wird, ist skandalös! Viele Wehrübungen sind wenig ideenreich organisiert, da wird viel Zeit vertrödelt; da fällt es manchem in der Bundeswehr schwer, sich in die Lage eines Reservisten hineinzudenken, der weiß, wie dringend er am Arbeitsplatz gebraucht wird, und merkt, wie sorglos beim Bund mit seiner Zeit umgegangen wird. Dank und Anerkennung für den Einsatzwillen dieser Soldaten werden auch nicht immer in gebührender Weise abgestattet. Die große Aufgabe „Reservistennutzung" wird im neuen Weißbuch aber nur am Rande gestreift. Dieser Mangel wiegt schwer. Denn die Zeit, alle gesellschaftlichen Kräfte mit den neuen Belastungen zur Deckung des Personalbedarfs der Bundeswehr vertraut zu machen und sie dafür zu gewinnen, verrinnt unaufhörlich.

Ein Vorteil für die Bundeswehr mag die hohe Arbeitslosigkeit sein, die auf der Suche nach qualifizierten Berufs- und Zeitsoldaten den Wert einer Beschäftigung in Uniform attraktiver werden läßt. Aber wenn die Zahl derer, die Arbeit suchen, kleiner wird, wächst wieder die Konkurrenz zwischen der Wirtschaft und der Bundeswehr.

Den Zeit- und Berufssoldaten muß die Bundeswehr finanziell attraktive Angebote machen können, wenn sie sich gegen die Wirtschaft behaupten will – und ihre teuren Maschinen und Geräte den Besseren eines Jahrgangs anvertrauen will.





Das Blei wird zu einer schweren Bürde

Negative Schlagzeilen ist der Postminister gewohnt. Und Rücktrittsforderungen gehören für Minister Schwarz-Schilling schon zum Alltag. Auch nach der Schließung der Familien-Firma „Sonnenschein" in Berlin kommen diese Forderungen wieder; diesmal allerdings auch aus der Koalition.

Von PETER JENTSCH

Väterlich ermahnte ihn unlängst Bundeskanzler Helmut Kohl, er möge sich doch, bitteschön, um ein besseres Image seiner Bundespost kümmern. Das freilich ist Christian Schwarz-Schilling bislang nur unzureichend gelungen: Die Post ist aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus, und auch er selbst ist jetzt (wieder einmal) hineingeraten.

Anlaß: Der Berliner Akkumulatorenfabrik „Sonnenschein", die der Familie des Bundespostministers gehört, wurde „wegen kontinuierlich schädlicher Umwelteinwirkungen" ein Produktionsstopp auferlegt. Berlins Umweltsenator Horst Vetter hat die Schließung des Werkes, das rund 250 Mitarbeiter beschäftigt, anordnen müssen, nachdem das Berliner Verwaltungsgericht die sofortige Durchsetzung der vom Gericht beschlossenen Schließungsanordnung verlangt hatte.

In dieser Fabrik wurden jährlich gut 18 000 Tonnen Blei verarbeitet, ohne daß – so der Vorwurf des Gerichts – das Unternehmen oder die zuständige Senatsverwaltung die erforderlichen Genehmigungen für den Betrieb der Bleischmelzöfen und der Bleipastiererei vorlegen konnte. In der Umgebung der Fabrik wurden denn auch entsprechend hohe Emmissionswerte gemessen, was schließlich zur Klage von Anwohnern führte.

Das Pikante an der Sache: Von 1957 (nach dem Tode seines Schwiegervaters) bis 1982, bis zu seiner Ernennung als Bundespostminister, führte Christian Schwarz-Schilling die Geschäfte des Unternehmens mit Hauptsitz in Büdingen/Hessen. Und schon in dieser Zeit stritt man sich in Berlin über Auflagen und Folgerungen für den Betrieb aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob es sich um „Altanlagen" handele, die nicht genehmigungsbedürftig sind.

Der 53jährige Postminister ist also aufgrund seiner früheren Tätigkeit als „Sonnenschein"-Geschäftsführer betroffen. Und prompt fordern Politiker der SPD und der Grünen seinen Rücktritt. Dieser Forderung schloß sich auch der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Walter Döring an: „Der Minister muß aus diesem Umweltskandal entweder selbst die Konsequenzen ziehen und zurücktreten – andernfalls sollte Kanzler Kohl ihn entlassen."

Das Kanzleramt sieht bisher aber keinen Grund, diesen Schritt zu vollziehen. Dort betrachtet man – in vorsichtiger Distanzierung – den „Fall" als eine private Angelegenheit Schwarz-Schillings, wobei dem Minister gegenüber aber deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, er möge jetzt mit Fakten die Angelegenheit aus der Welt bringen und die Öffentlichkeit offensiv informieren.

In diesem Sinne hat Schwarz-Schilling, der wie kaum ein anderer Politiker der Regierung schon oft schmerzhaft erfuhr, daß gerade in Bonn der gutgemeinte Weg bis zum Ziel mit Fallen gepflastert ist, gestern gehandelt. Nach seiner Auffassung lassen sich die Vorwürfe gegen die Firma „Sonnenschein" und gegen ihn als Ex-Geschäftsführer auf die Frage reduzieren, inwieweit Betriebsanlagen des Unternehmens nach dem 1974 in Kraft getretenen Bundesimmissionsschutzgesetz in den siebziger Jahren genehmigungsbedürftig waren. Nach „alter" Rechtsauffassung, so der Minister, „waren sie das nicht": das Gericht habe jetzt erstmals eine gegenteilige Auffassung zum Ausdruck gebracht. Dies könne weder „der Firma Sonnenschein noch mir zum Vorwurf gemacht werden".

Im Gegensatz zu den Klägern und der „überraschenden Auslegung des Gesetzes durch das Gericht" seien das Unternehmen und der Senat davon ausgegangen, daß es sich bei der Pastenmischerei des Unternehmens nicht um eine genehmigungsbedürftige Anlage handele. Für die übrigen Betriebsteile seien die Genehmigungsunterlagen vorgelegt worden.

Diesen Rechtsstandpunkt hat auch der Berliner Senat noch am 15. 4. 1985 in einem Schreiben an das Verwaltungsgericht begründet. Darin heißt es: „Die mit Bescheid vom 16. 9. 1977 genehmigte Altbleischmelze wird zur Zeit nicht betrieben. Sie ist auch demontiert. Die übrigen Betriebsbereiche stellen keine Anlagen nach Paragraph 4 des Bundesimmissionsschutzgesetzes dar. Dies gilt auch für den Teil der Pastiererei."

Auch in einem weiteren Punkt fühlt sich Schwarz-Schilling zu Unrecht beschuldigt. Nach seinen Angaben haben Blutuntersuchungen des Berliner Gesundheitsamtes an 132 in der Nähe der Batteriefabrik lebenden Personen „keine Anzeichen für eine Gesundheitsgefährdung" ergeben. „Die Blutbleiwerte der Nachbarn von Sonnenschein lagen deutlich unter den EG-Richtwerten." Die Werte lägen im übrigen auch unterhalb der jetzt diskutierten neuen Grenzwerte. Trotz dieser Feststellung habe das Gericht den Senat am Wochenende verpflichtet, die in Frage stehenden Betriebsteile sofort stillzulegen.

Diese Auslegung des Gerichts widerspreche, so betonte Schwarz-Schilling, „auch der Praxis aller Genehmigungsbehörden in der Bundesrepublik". Das bestätigte auch Umweltsenator Vetter: Seine Verwaltung sei „in ihrer langjährigen Rechtsauffassung, die sie mit den Genehmigungsbehörden im übrigen Bundesgebiet teile, korrigiert worden". Das Bundesinnenministerium hat unterdes Konsequenzen angekündigt: Es will sofort prüfen lassen, welche Folgen das Urteil für die Auslegung und Anwendung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft im Bundesgebiet haben könnte.

„Wenn eine neue Rechtsauffassung dieser Art heute formuliert wird", so machte Schwarz-Schilling deutlich, „kann das nicht der Firma Sonnenschein zum Vorwurf gemacht werden." Das Unternehmen habe daher gegen die Entscheidung des Gerichts Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Darüber hinaus habe die Firma auch vorsorglich Klage erhoben gegen die Schließungsverfügung des Senats.

Die Aufforderung zum Rücktritt wies der Minister nachdrücklich zurück. In seiner Zeit als Geschäftsführer des Unternehmens habe er wegen der Folgerungen aus dem Inkrafttreten des Bundesimmissionsschutzgesetzes wiederholt mit den zuständigen Berliner Behörden und dem damaligen Senator für Gesundheit umd Umweltschutz, Pätzold (SPD), verhandelt. Der Senat habe nach „eingehender Prüfung und Besichtigung des Betriebs im Spätherbst 1978 und im Februar 1979" erklärt, daß es sich bei „der Pastenmischerei des Unternehmens nicht um eine genehmigungsbedürftige Anlage" handele. Für die übrigen Betriebsteile seien Genehmigungen vorgelegt worden. Schwarz-Schilling: „Auf diese klaren Aussagen der Behörden mußte und konnte ich mich verlassen."

Ob er sich indes weiterhin auf die in seinem Amt notwendige „Fortune" verlassen kann, bleibt abzuwarten. Zu sensibel erscheint der Mann mit der musischen Begabung, zu oft ist er angeeckt, weil er das, was er durchsetzen will, nur schwer verständlich machen kann. Das freilich liegt nicht allein an ihm, sondern an seinem komplexen Geschäft. Stichwort: Verkabelung der Republik. Dieses Vorhaben hat technische, wirtschaftliche, arbeitsmarkt- und rundfunkpolitische und schließlich kulturkritische (manche meinen moralische) Seiten. Um auf diesem Feld seinen Kritikern antworten und seine Pläne verständlich machen zu können, braucht er einen freien Rücken.



Immer wieder im Rampenlicht: Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling. FOTO: PAUL GLASER

Bei „Sonnenschein" in Berlin gehen (vorerst) die Lichter aus FOTO: KLAUS MEHNER

Kein Jubel, sondern Hoffnung begleitet Namibias Regierung

Der 17. Juni 1985, an dem in Windhuk eine „Übergangsregierung der nationalen Einheit" gebildet wurde, war kein Jubeltag. Zu groß sind die Skepsis und die Probleme der einstigen Swapo-Führer. Shipanga, heute Minister, sprach aus, was viele denken: „Wir sind zum Erfolg verurteilt. Ein Fehlschlag bedeutet politischen Tod."

Von BERNT CONRAD

David Bezuidenhout, der neue Ministerpräsident von Namibia, ist ein schüchterner Mann. Als er, eingerahmt von vier strammen Offizieren, mit einem Filzhut auf dem Kopf, fast zögernd die im Athletik-Stadion von Windhuk angetretene Ehrenkompanie abschreitet, spürt jeder die Last, die der farbige Führer der Labour Party trägt. Er blickt starr vor sich hin. Aber er zuckt nicht mit der Wimper.

Dann geht der unscheinbare Mann, der sich sein heutiges Amt noch vor ein paar Monaten kaum erträumt hätte, mit kurzen Schritten auf das Rednerpodium. Und nun erleben die Zwanzigtausend, die schon seit sechs Stunden Fußball, Fallschirmabsprünge, Volkstänze und Kunstflugvorführungen an sich vorbeirauschen ließen, plötzlich einen Redner, der weiß, was er will. Seine Ziele: Frieden, nationale Versöhnung, politische Stabilität, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt.

Bezuidenhout formuliert diese einfachen Wahrheiten in erstaunlich eindrucksvoller Weise: „Das Volk von Namibia ist des über ihn verhängten bewaffneten Kampfes müde. Es hat genug davon, daß Kinder nach Angola entführt werden, es hat genug von Tod und Zerstörung durch Landminen, Bomben und Granaten. Es hat kein Interesse an ausländischen Ideologien mit imperialistischer Zielsetzung und den Auseinandersetzungen, die ihm von Mächten im südlichen Afrika aufgezwungen wurden. Unser Volk hat sich besonnen und sagt: Laßt uns allein. Laßt uns unsere Zukunft selbst bestimmen."

Damit hat der untersetzte Farbige, den im Ausland kaum jemand kennt, genau das ausgesprochen, was hinter der neuen Übergangsregierung steht: der Wille, sich von der Außenwelt, sprich UNO, nicht länger vertrösten zu lassen, sondern die Dinge in Namibia selbst in die Hand zu nehmen. Im Athletik-Stadion allerdings löst die Ankündigung einer neuen Phase für die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika keineswegs einen Begeisterungstaumel aus. Die aus dem ganzen Land angereisten Männer, Frauen und Jugendlichen hören ruhig zu. Ihre Skepsis ist unübersehbar. Sie haben zu viele Enttäuschungen erlebt, als daß man von ihnen Enthusiasmus erwarten könnte.

Hatte ihnen nicht die UNO schon vor mehr als einem Jahrzehnt die Unabhängigkeit versprochen? Waren nach der allgemeinen Annahme des westlichen Lösungsplans auf Grund der UNO-Resolution 435 nicht neue, vergebliche Hoffnungen entflammt? Hatten sich auf der anderen Seite mit der ersten namibischen Regierung der demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) unter Dirk Mudge nicht hochgespannte Erwartungen verknüpft, denen die Südafrikaner dann durch Absetzung des Ministerrates kurzerhand den Garaus machten?

Nach alledem kann der von Südafrika gebilligte neue Anlauf zur Selbstregierung im Lande selbst kaum mit Vorschußlorbeeren rechnen. Er muß durch Erfolge überzeugen. Darum verläuft der Feiertag der Regierungsbildung in Windhuk ohne den bei „revolutionären" Regimen üblichen Massenjubel.

Es geht alles recht gemäßigt vor sich, auch bei der Militärparade auf der Kaiserstraße am Vormittag. Man klatscht freundlich oder sieht schweigend zu. Von der protestierenden Swapo ist in der Innenstadt nichts zu sehen. Eine nach 90 Minuten von der Polizei zwangsweise aufgelöste, nicht angemeldete Demonstration am Stadtrand bleibt bescheiden. Ähnlich emotionslos ist es bei der großen Schau im Stadion: Die rasanten Kunstflüge der südafrikanischen „Silberfalken" oder das abschließende Feuerwerk erregten wesentlich mehr Anteilnahme als die gelungene Rede des neuen Ministerpräsidenten.

Dabei mag die Tatsache mitspielen, daß David Bezuidenhout den Schreibtisch des Regierungschefs ohnehin schon nach drei Monaten wieder räumen muß. Denn auf diese kurzatmige Rotation haben sich die Regierungspartner der Vielparteienkonferenz als Kompromiß geeinigt, nachdem die Sache eigentlich ganz anders hatte laufen sollen.

Lange Zeit sah es nämlich so aus, als ob der attraktive und redegewandte farbige Swapo-Chef Moses Katjiuonga als erster dem Kabinett vorstehen und nach einem Jahr abgelöst werden sollte. Doch im letzten Augenblick legte DTA-Vorsitzender Mudge ein Veto ein, und so kam – was manche als eine Art Witz betrachten – ein dreimonatlicher Wachwechsel nach dem Alphabet der Minister zustande.

Dies gehört ebenso zu den Handicaps der neuen Regierung wie die allgemeine internationale Ablehnung. Daß neben UNO und Sowjets auch die Swapo trotz Einladung zur Mitarbeit nein sagen würde, war von vornherein klar. Sie baut auf Einschüchterung durch Gewalt und die Unterstützung durch die UNO-Mehrheit. Enttäuschend aber wirkte auf die Parteien in Windhuk die schroffe Ablehnung der Westmächte, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland.

Die Übergangsregierung sei „null und nichtig", verkündete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Bonn. Aus Washington, London und Paris hörte man das gleiche. Um so verblüffender war die demonstrative Teilnahme von Politikern der Regierungsparteien aus eben jenen Hauptstädten an der von Südafrikas Staatspräsident P. W. Botha persönlich vorgenommenen Regierungseinsetzung in Namibia. Die Gäste forderten, in dieser Frage bewußt gegen die eigenen Regierungen Front zu machen: „Gebt den Politikern in Windhuk eine faire Chance."

Natürlich sahen auch sie den „Schönheitsfehler" einer nicht gewählten Exekutive und Legislative. Aber der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, formulierte, was sie dachten: „Wie kann irgend jemand diese Leute, die Versöhnung anstreben, und die verfeindeten Namibier wieder zusammenbringen wollen, unfreundlich behandeln?"

Noch klarer stellte CSU-Chef Franz Josef Strauß in einem Grußwort, das Klein mitgebracht hatte, die Dinge dar: „Dieser erneute Versuch, die Lösung der Namibia-Frage auf dem einzig erfolgversprechenden Weg, nämlich durch die politischen Kräfte des Landes selbst voranzubringen, muß ernstgenommen werden und verdient die volle Unterstützung der freien Welt, besonders der Bundesrepublik Deutschland, die eine besondere Verantwortung für Namibia trägt." Da klatschten auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Rumpf, Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel (CDU) und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler (SPD).

Ihr Votum wird der Bundesregierung zu denken geben, und die neue Führungsmannschaft in Windhuk freute sich: „Wir fühlen uns ermutigt. Es ist gut, Freunde zu haben", sagt David Bezuidenhout.

Sein Ministerkollege Katjiuonga stellte am Abend dieses ereignisreichen Tages bei einem Drink etwas erschöpft aber mit leuchtenden Augen fest: „Unser Signal an die Welt lautet: In Zukunft wird eine Regelung der namibischen Probleme nur noch zu unseren Bedingungen möglich sein."

Das klang euphorisch. Eines aber ist trotz aller Risiken und Unwägbarkeiten richtig: Südwestafrika und damit die Grundlagen der Namibia-Politik haben sich durch diesen 17. Juni 1985 verändert.



Ministerpräsident für drei Monate: David Bezuidenhout FOTO: POLY PRESS

Senator Scholz und eine Absurdität an der deutsch-deutschen Grenze

Autobahn durchquert „DDR"-Grenzgebiet / Verhandlungen über einen Korridor angestrebt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Eine Korridorlösung müßte erreichbar sein, die Sache wird bei nächster Gelegenheit wieder vorgebracht." Der Korridor, den der Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, der Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, schnellstens erreichen will, betrifft eine spezielle Absurdität an der deutsch-deutschen Grenze.

Scholz ist am 17. Juni an den Grenzkontrollpunkt Herleshausen gefahren, um sich die Sache aus der Luft und vom Boden aus anzusehen. Zwischen den Ortschaften Wommen und Obersuhl kann die Autobahn Bad-Hersfeld–Eisenach nicht benutzt werden, weil sie hier durch einen unbewohnten Waldzipfel der „DDR" verläuft, der wie ein Finger in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hineinragt.

Hermann Casel, Polizeidirektor und Kommandeur der Grenzschutzabteilung Mitte 2: „Es handelt sich um die einzige fertige Autobahntrasse, die ausschließlich als Rennbahn für die DDR-Grenzhunde gebraucht wird." Was Casel besonders ergrimmt, ist die Tatsache, daß die kurvenreiche Not-Verbindungsstrecke zwischen den beiden Autobahnteilen auf dem Gebiet der Bundesrepublik neuerdings zur „Landstraße B 400" ernannt wurde, was seiner Ansicht nach ein unhaltbares Provisorium verfestigt.

Dabei, so Scholz, sei in Herleshausen seit der Fertigstellung der Autobahn bis Eisenach im Dezember 1984 (Kostenbeteiligung des Bundes: 268 Millionen Mark) und seit Bau einer Großbrücke über die Werra auf „DDR"-Gebiet durch westdeutsche Firmen eine „kontinuierliche Aufwärtsentwicklung" zu registrieren. Durch die neuen Grenzabfertigungsanlagen von Herleshausen und von Wartha auf „DDR"-Seite rollen an Spitzentagen bis zu 1300 Lastzüge.

Allein im Berlin-Verkehr ist im Vergleich der Monate Mai 1984 und Mai 1985 eine Zunahme von 30 Prozent bei der Ein- und 40 Prozent bei der Ausreise zu registrieren, das bedeutet, daß von den rund 1,1 Millionen Personen, die von Januar bis Mai 1985 diese Grenzstation passierten, 25 Prozent auf den Berlin-Verkehr entfallen. Unter Hinweis auf die laufenden Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über die dringend notwendige Grunderneuerung von Teilabschnitten der Autobahn Berlin–Hof meint Rupert Scholz, es könne insgesamt die Rekordzahl von fast 22 Millionen Transitreisenden pro Jahr erreicht werden. Die volle Leistungsfähigkeit von Herleshausen ist aber erst dann gegeben, wenn die komplizierte Umgehung Wommen–Obersuhl beseitigt ist.

Seit die Verhandlungen mit der „DDR" über Verlauf und Gestalt der grenzüberschreitenden Autobahn bei Herleshausen abgeschlossen sind, ist jetzt die alte Straße A 4, über die bis Ende vorigen Jahres der Gesamtverkehr rollte, nicht nur geschlossen, sondern es wurden auch auf der „DDR"-Seite alle ehemaligen Kontrollgebäude am Bahnhof Wartha abgerissen. Auf der Seite der Bundesrepublik ist die A 4 neu geteert worden, wobei der letzte Zipfel vor den Barrikaden spitz zuläuft, weil die tatsächliche Grenze aus unerfindlichen Gründen diagonal den Weg schneidet.

Die gleiche penible Grenzkennzeichnung konnte Senator Scholz auch auf der Autobahn im parallel zur A 4 verlaufenden Gelände besichtigen. Hier wäre an sich mitten auf der Fahrbahn der „Grenzstein 15" zu setzen gewesen, der nun aber, weil es nicht anders ging, durch einen Messingbolzen ersetzt ist. Außerdem verläuft über die Fahrbahn ein weißer reflektierender Strich – nicht gerade, sondern im stumpfen Winkel, damit das Hoheitsrecht der anderen Seite auch wirklich geographisch richtig wiedergegeben wird. Scholz zeigte sich beeindruckt: „Ein leistungsfähiger moderner Grenzübergang, der aber auch in beklemmender Weise verdeutlicht, was innerdeutsche Grenze heißt."

Angesicht der fortschreitenden „Modernisierung" der Grenze auf „DDR"-Gebiet, wo die unüberwindlichen Hindernisse weit ins Hinterland verlegt werden, appelliert Scholz „an alle Politiker, über die Parteigrenzen hinaus eine Deutschlandpolitik zu betreiben, die sich nicht an spektakulären Ergebnissen orientiert, sondern nur das Wohl der Menschen in Ost und West" im Auge habe.

Den Schlüssel aus der Heimat mitgenommen

D. SALZMANN, Bonn

Einen ungewöhnlichen Weg in der Darstellung von Flucht und Vertreibung beschritt die Projektgruppe Ostdeutsches Kulturgut der Volkshochschule in Münster. Mit der Ausstellung „40 Jahre danach – Flucht und Vertreibung in den Jahren 1944/45" unternahm sie den Versuch, durch Fallbeispiele die Vertreibung Millionen Deutscher zu zeigen und dadurch Geschichte besser begreifbar zu machen. Dazu hat die Projektgruppe fünf Familien herausgegriffen, deren Wege *aus ihrer Heimat* in die westlichen Besatzungszonen verfolgt wurden. Das Schicksal der Vertreibung wird eher transparent, wenn man die Strecke, den ein einzelner oder eine Familie zurücklegen mußte, auf der Landkarte verfolgen kann. Die Routen waren von Zufälligkeiten bestimmt. Fuhr noch ein Zug oder mußte man zu Fuß gehen?

Was Flucht bedeutet, wird dem Besucher verständlich, wenn er die Tagebucheintragungen einer jungen Frau betrachtet, die mit der Zeit immer kürzer und unleserlicher werden. Zunächst fuhr sie noch in einem Güterwaggon, dann mit einem Pferdewagen, und schließlich mußte sie den Weg in den Westen zu Fuß suchen.

Nur das Wichtigste, oder was die Davongejagten dafür hielten, konnte mitgenommen werden. Es ist interessant zu sehen, was in der Eile alles eingepackt wurde. Häufig mußten die Familien ihr Haus innerhalb einer halben Stunde verlassen haben. In der Ausstellung finden sich Erinnerungsstücke, Fotos, ein Kartenspiel, ebenso wie amtliche Dokumente, Versicherungspolicen und Gesangbücher, Silberbesteck und sogar eine Axt.

Die Projektgruppe will mit ihrer Ausstellung, die noch bis zum 23. Juni im Oberschlesischen Landesmuseum in Hösel bei Düsseldorf gezeigt wird, weder anklagen noch verteidigen, sondern die Zwangsumsiedlung als einen Teil der deutschen Geschichte beschreiben. Allerdings kommt bei der Ausstellung, die vornehmlich für den Besuch von Schulklassen ausgerichtet ist, das unsägliche Leid, das über die Flüchtlinge und Vertriebenen hereingebrochen war, zu kurz.

Streit um Sitze im Rundfunkrat

PETER PHILIPPS, Bonn

Die schärfer gewordenen Auseinandersetzungen zwischen SPD und Union auf ost- und deutschlandpolitischem Feld zeigen auch im öffentlich-rechtlichen Medien-Bereich Folgen: Für die anstehende Wahl der Bundestags-Vertreter in den Rundfunkrat des Deutschlandfunks kündigt Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel „verfassungsrechtliche Prüfungen" an, die bis zum Gang nach Karlsruhe gehen könnten. Weder die CDU/CSU noch die SPD wollen ihren Einfluß im Aufsichtsgremium des Senders geschmälert sehen. Die SPD unterstreicht ihr Interesse auch damit, daß sie neben den Abgeordneten Nöbel und Verheugen ihren Fraktionschef Vogel erstmals in den Rundfunkrat des Deutschlandfunks entsenden will.

Im Zentrum des parteipolitischen *Streites steht* die *Absicht* der *Union*, für die Proporz-Aufteilung der sechs Rundfunkrats-Sitze, die vom Bundestag zu besetzen sind, ein anderes mathematisches Verhältnis-Zählsystem anzuwenden als das, über das sich der Bundestag zu Beginn der Legislaturperiode für die Aufteilung aller Ausschußsitze des Parlaments geeinigt hat, „für Sonderausschüsse und Untersuchungsausschüsse sowie für Wahlen, die der Bundestag vorzunehmen hat". Nach diesem „St. Lague/-Schepers-System" stünden im Rundfunkrat des Senders der CDU/CSU ebenso wie der SPD jeweils drei Sitze zu. Die Union will hingegen das „Hare/Niemeyer-System" anwenden, das ihr ihre drei bisherigen Sitze weiter sicherte, die SPD bliebe bei zweien, die FDP hielte einen. Vogel erinnerte jedoch daran, daß der jetzige Rundfunkratsvorsitzende Wolfgang Mischnick nur auf dem „Ticket" der SPD, auf einem eigentlich ihr zustehenden Sitz in das Gremium gelangt sei. Der Union bleibe es unbenommen, mit ihrem Koalitionspartner ebenso zu verfahren. Er sieht in dem Koalitionsvorhaben „finstere Pläne", weil „plötzlich das Verfahren geändert werden soll, wenn einem das Ergebnis nicht paßt", und will notfalls heute über eine Geschäftsordnungsdebatte zu verhindern suchen, daß die Wahl auf die Tagesordnung gesetzt wird.

In einer gemeinsamen Erklärung haben CDU/CSU und FDP gestern ihre Marschrichtung bekräftigt: „Die Koalition wird an der bisherigen Besetzung festhalten", also 3:2:1 Sitze.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Immer mehr Abiturienten suchen in Betrieben Alternative zum Studium

Fachtagung in Bonn: Wirtschaft will Nachwuchs mit Aufstiegs-Perspektiven halten

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft erwartet in der nächsten Zukunft einen noch erheblich gesteigerten Ansturm der Abiturienten auf den beruflichen Ausbildungssektor. Während einer vom Bundesbildungsministerium veranstalteten Fachtagung „Abiturienten in der Berufsbildung" in Bonn beleuchteten Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft die möglichen „Alternativen zum Hochschulstudium" und kamen unisono zu der *Prognose, daß sich in den kommenden*, für Jung-Akademiker mageren Jahren der Andrang der Abiturienten im dualen Bereich noch um bis zu 50 Prozent steigern werde. Die Hochschulberechtigten würden damit in der beruflichen Ausbildung einen Anteil von 20 Prozent und mehr erreichen.

Was angesichts des derzeit ohnehin überfüllten Lehrstellen-Marktes wie ein Damoklesschwert wirkt, ist mittelfristig von der Bundesregierung – ausweislich der Kohl-Regierungserklärung von 1983 und des Berufsbildungsberichts – politisch durchaus gewollt und wird von der Wirtschaft als Chance verstanden. Denn aufgrund der demographischen Entwicklung werden die Haupt- und Realschul-Absolventen schon sehr bald den Nachwuchs-Bedarf nicht mehr decken können.

Modellversuch

Die Großunternehmen haben sich mit ihrem Angebot bereits darauf eingestellt und werden ihre Bereitschaft zur Ausbildung von Abiturienten noch steigern. Und auch das Handwerk, mit einer Abiturienten-Quote von fünf Prozent bisher ein Mauerblümchen, nimmt sich jetzt in einem Modellversuch erstmals systematisch des Problems der angemessenen Abiturienten-Ausbildung in den verschiedenen Handwerkssparten an.

Das Grundproblem zeigt sich in dem fast ungebrochenen Hang der jungen Leute, nach der Berufsausbildung wegen der zu geringen Aufstiegschancen doch noch in die Universitäten zu gehen. Die großen Unternehmen versuchen dem mit einer gezielten „Assistenten-Ausbildung" zu begegnen, die auch dem Handwerk als Modell vorschwebt. Entscheidend ist, auch darüber war man sich einig, *daß den Abiturienten mit* einer entsprechenden Ausbildung sowie gezielter Fortbildung die Perspektive eröffnet werden muß, auch ohne Studium bis in die mittlere Führungsebene aufsteigen zu können.

Jürgen Zabeck, Erziehungswissenschaftler an der Universität Mannheim, wies darauf hin, *daß* man heute ohnehin nicht mehr „generell von den Abiturienten" sprechen könne, da u. a. durch die reformierten Oberstufen die Leistungs-Maßstäbe und der Wissenskanon viel zu unterschiedlich seien. Es gebe eine große Anzahl an Abiturienten, die studierfähig seien, aber vergleichsweise genauso viele, die dies trotz Abiturs nicht seien und auch von ihrer Interessens- und Begabungslage her für das duale System besser geeignet seien. Vor allem um diese gehe es jetzt. Allerdings, so war auch in der Expertenrunde zu hören, ist der Trend nicht auszuschließen, daß sich nach einer gewissen Zwischenphase die Wirtschaft dann die besten Abiturienten für ihre betriebliche Ausbildung heraussucht, und die übrigen vor allem in die Hochschulen gehen.

Immer wieder geisterte die baden-württembergische Berufsakademie als Ideal einer beruflichen Ausbildungsstätte für Abiturienten durch die Diskussion. Doch – schon allein aufgrund der hohen Kosten – wird sie wohl in anderen Ländern keine Nachfolger finden. Deshalb gibt es vor allem in der Wirtschaft einen starken Druck auf die Kultuspolitiker, die Fachhochschulen in Richtung „stärker praxisorientierter Studiengänge" zu verändern, wie Staatssekretär Paul Harro Piazolo formulierte.

Durchbruch nicht in Sicht

Doch da sich die zuständigen Länderminister zugleich als Interessenvertreter der *sich vor allem an den* wissenschaftlichen Hochschulen orientierenden Fachhochschul-Lehrer verstehen, ist ein Durchbruch nicht zu sehen. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter sprach deshalb auch die Möglichkeit von „preiswerteren" Formen der Berufsakademie an und der stärkeren Einbeziehung der Wirtschafts- und Verwaltungsakademien.

Zwei Sonderbeispiele zeigten während der Tagung weitere Aspekte der Vielschichtigkeit der betrieblichen Abiturienten-Ausbildung auf.

Harald Richter berichtete, daß wegen der aktuell schlechten Ausbildungs- und Berufsaussichten bei der Bayer AG inzwischen die Abiturienten nicht mehr nur als Laboranten ausgebildet würden, sondern sich auch mit dem Weg zum Chemiefacharbeiter zufrieden gäben.

Für den großen Einzelhandel hingegen hat sich in den letzten Jahren eine ganz andere Schwierigkeit ergeben. Am Beispiel seines Unternehmens, der Kaufhof AG, erläuterte Walter Roevenich, daß sich für die inzwischen vor allem auf Abiturienten zugeschnittene Substituten-Ausbildung fast nur Mädchen bewerben und die Betriebe händeringend auch nach männlichen Bewerbern Ausschau halten.

Ein klares Bekenntnis zum Computer

Bildungsministerin Wilms: Schüler auf den verantwortungsbewußten Gebrauch vorbereiten

PETER SCHMALZ, München

Die moderne Schule, darin sind sich Bildungspolitiker, Pädagogen und Medienwissenschaftler einig, kann auf den Gebrauch der neuen Medien und der Computer nicht verzichten. „Für unsere Kinder ist der Computer ebenso selbstverständlich geworden wie für uns der Fernsehapparat. *Es ist deshalb erforderlich*, den Computer in den Bildungsalltag einzuführen", forderte Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern in München zur Eröffnung des Kongresses „Medien – Kultur – Bildung", den das von den Ländern finanzierte Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) veranstaltet.

Seiner Bonner Kollegin assistierte Bayerns Kultusminister Professor Hans Maier mit der Anmerkung, die Schule dürfe kein Freiraum in der Gesellschaft sein: „Die Schule kann nicht so tun, als wenn ihre Schüler nicht längst mehr oder weniger daran gewöhnt wären, Erkenntnisse und Wissen, aber auch Gefühle, Einstellungen und Verhaltensweisen auch und gerade aus Medien zu beziehen."

Helfer in der Schule

Maier sprach dabei von dem inzwischen empirisch abgesicherten Nutzen des Computers für die Schule durch seine vielfältigen Funktionen: als Übungsgerät, Werkzeug und Anschauungsgegenstand im Informatikunterricht, als Demonstrationsinstrument für die Anwendungsmöglichkeiten in Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft, als ein der Eigenprogrammierung bedürftiges Hilfsmittel in vielen Fächern und schließlich als willkommener Helfer in der Schulverwaltung.

Sinn des schulischen Computereinsatzes sei nicht die Ausbildung aller Kinder zu Informatikern, betonte Frau Minister Wilms, vielmehr müßten Kinder und Jugendliche in erster Linie lernen, „den Computer sinnvoll einzusetzen". Zum Vergleich zog sie die Verkehrserziehung heran: „Zentraler Gegenstand des Unterrichts muß die Verantwortung gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern sein. Dies bedeutet aber nicht, daß es Aufgabe des staatlichen Bildungswesens ist, den Führerschein zu vermitteln oder gar alle Kinder zu Kfz-Mechanikern auszubilden."

Vielmehr werde in einer Zeit der sich aufdrängenden Flut von Informationen die Fähigkeit immer wichtiger, den Überblick zu behalten, zuordnen zu können und Zusammenhänge zu erkennen. Frau Wilms: „Nur die Fähigkeit des Wählens und Wertens bewahrt künftig vor der Gefahr, sich in Abhängigkeiten zu verstrikken und in Details zu verlieren."

Noch ließen sich die Formen der Anwendbarkeit der Neuen *Medien* nicht übersehen, wichtig aber sei schon heute, so Dorothee Wilms, die jungen Menschen auf einen verantwortungsbewußten Gebrauch der neuen technischen Hilfsmittel vorzubereiten. Sie müßten begreifen, daß Technik nicht alles ist, daß „nicht das Steuerpult oder die neue Verstärkeranlage die Musik macht, sondern daß Menschen musizieren". Deshalb seien als Gegengewicht zum Medienkonsum attraktive Angebote der musisch-kulturellen Bildung zu fördern, um das eigene Tun und das aktive Gestalten nachhaltig anzuregen.

Orientierungshilfe nötig

Als weitere flankierende Maßnahmen regte die Bildungsministerin an, Eltern und Pädagogen verstärkt über Ursachen und Folgen von unmäßigem und wahllosem Fernsehkonsum zu informieren und Orientierungshilfen zu entwickeln, die es dem Benutzer von Medien erlauben, bei den unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten Stärken und Schwächen zu erkennen und somit bewußter die Auswahl treffen zu können.

Die „nicht alltägliche Einmütigkeit", mit der die Bund-Länder-Kommission im vergangenen Dezember ein „Rahmenkonzept für die informationstechnische Bildung in Schulen und Ausbildung" verabschiedet hat, wertete der bayerische Kultusminister als ein Zeichen dafür, daß der Einsatz der neuen *Informations*- und Kommunikationstechniken heute allenthalben befürwortet wird. „Hier ziehen die Länder im wesentlichen am gleichen Strang", meinte Professor Maier.

„Heidemann ist nur der Sündenbock"

Verteidiger-Plädoyer im „Stern-Prozeß" / Anwalt sieht Mitverantwortung des Verlages

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit massiven Vorwürfen an die Adresse der Staatsanwaltschaft haben die Verteidiger des früheren „Stern"-Reporters Gerd Heidemann gestern ihr zweitägiges Plädoyer im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher vor dem Hamburger Landgericht eingeleitet. Die beiden Anwälte Reinhard Daum und Holger K. Schröder hielten der Anklagevertretung schwere Mängel in der Sorgfalt und Objektivität ihrer *Ermittlungen vor.*

Vorwürfe gegen Ankläger

Die Staatsanwaltschaft habe sich überdies durch Indiskretionen und Teilinformationen an einer „ungeheuren öffentlichen Vorverurteilungskampagne" gegen Heidemann beteiligt, die im Interesse bestimmter Leute liege: „Der Suche nach dem Schuldigen soll nun die Verurteilung eines Unschuldigen folgen." Durch einseitige und simple „Schuldzuweisungen" solle dem angeklagten Journalisten offenbar „unbeschadet der 90 Tage, die wir hier mittlerweile verhandeln, ein kurzer Prozeß gemacht werden".

Daum kreidete der Staatsanwaltschaft, besonders dem Staatsanwalt Dietrich Klein, eine während der gesamten Hauptverhandlung und besonders im Plädoyer zutage getretene Diktion an, in der „Elemente eines Schauprozesses" enthalten gewesen *seien.*

Die Anklagevertreter hätten ein der Sache nach *unverständliches* persönliches Engagement „mit dem Ziel einer Abrechnung" gezeigt und dabei ihre Pflicht zur Ermittlung sowohl der belastenden wie der entlastenden Sachverhalte jedenfalls im Hinblick auf Heidemann gröblich mißachtet. Als Ergebnis dieses Verhaltens und der „gigantischen Vorverurteilungskampagne" habe Heidemann seit *Mai* 1983 nur „Häme und Unfairneß erfahren". Man habe offenbar „einen Geschädigten mit weißer Weste" – das *Verlagshaus Gruner* + Jahr – und „einen Angeklagten mit hoher krimineller Energie" – nämlich Gerd Heidemann – benötigt, um den Reporter als Alleinschuldigen am Tagebuch-Skandal hinstellen zu können.

Daum verwies in diesem Zusammenhang auf die Aussagen des früheren „Stern"-Chefredakteurs Peter Koch, aus denen ein „Verantwortungsvakuum" deutlich geworden sei: „Da muß natürlich jemand her, der dieses Verantwortungsvakuum ausfüllt, nämlich der Angeklagte Heidemann", der dem Gericht nun als Sündenbock präsentiert werde.

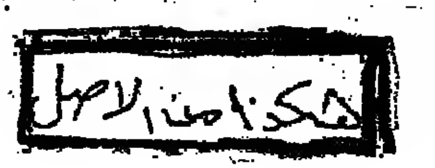
Schröder erklärte, die Verteidigung Heidemanns habe ihre frühere Skepsis hinsichtlich der Unbefangenheit des Gerichts „auch jetzt nicht überwinden können". Der Anwalt warf die Frage auf, ob die Strafkammer und auch die Staatsanwaltschaft selbst zum Opfer der „öffentlichen Vorverurteilungskampagne" oder gar zum „Werkzeug fremder Interessen" geworden seien.

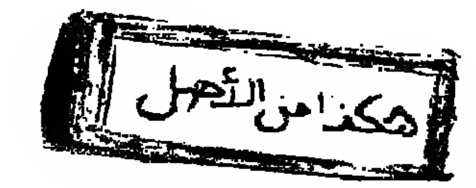
Mit sichtlichem Sarkasmus hielt der Verteidiger der Staatsanwaltschaft einen Aktenvermerk aus dem Jahr 1983 vor, in dem die Anklagevertretung festgestellt hatte: „Das Geständnis des Beschuldigten Kujau ist glaubhaft." Diesen Vermerk habe die Staatsanwaltschaft ohne Rücksicht auf inzwischen aufgetretene Widersprüche und ganz andere *Ermittlungsergebnisse* zur Grundlage für ihre Forderung gemacht, Heidemann weiter in Untersuchungshaft zu halten.

Zwei Jahre U-Haft

Dem Gericht attestierte Schröder einen „Mangel an prozessualer Fürsorge", als es sich damit abgefunden habe, daß ein von der Kammer gefaßter Beschluß auf Haftverschonung vom Oberlandesgericht aufgehoben wurde. Heidemann befindet sich seit zwei Jahren in Untersuchungshaft.

Ähnlich wie zuvor schon Kujaus Verteidiger Kurt Groenewold warfen auch Daum und Schröder dem Verlagshaus Gruner + Jahr eine „hemmungslose Vermarktung der angekauften Tagebücher ohne jedes publizistische Verantwortungsgefühl" vor. Im April 1983 sei der „Stern" „sehenden Auges in das Desaster hineinmarschiert". Die Chefredakteure hätten das Projekt zwei volle Jahre mitgetragen, ohne irgend etwas zu unternehmen; in der Redaktion *habe es* „unglaubliche Vertrauensprobleme" gegeben.





Marokko arbeitet mit Tschad enger zusammen

Ein Jahr nach Union mit Libyen / Khadhafi schweigt

ROLF GÖRTZ, Madrid

König Hassan II. von Marokko ist immer eine Überraschung wert. Nach der Staatenunion mit Libyen vom August 1984 kam es jetzt in Rabat zu einem Kooperationsabkommen mit Tschad. Diesmal unterzeichneten Hassan und Hissene Habre, der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, der Gegner Khadhafis. Dieser protestierte nicht einmal. Hieß es vor einem Jahr nicht, daß Hassan dem Libyer freie Hand in Tschad lassen wolle, damit dieser die Polisario-Front, die Gegner Hassans in der Westsahara, fallen lasse – was dann auch geschah?

Ganz offensichtlich war Khadhafi, dessen Gelüste auf Tschad notorisch sind, mit dem marokkanischen Treffen einverstanden.

Nach in Rabat umlaufenden Gerüchten hielt sich auch Goukouni Weddeye, der Expräsident Tschads und erbitterte Feind Habres, dort auf. Und er ist immer noch Khadhafis Mann in Tschad. Ob ein Treffen der beiden Tschad-Politiker in Marokko stattgefunden hat, weiß niemand genau, wenn es auch logisch erscheint.

Wie auch immer die Dinge sich in Tschad entwickeln – König Hassan beschämte mit seiner weit über den Maghreb hinausreichenden Friedensinitiative jene Skeptiker, die noch vor einem Jahr die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, als er sich ausgerechnet mit Khadhafi verbündete. Tatsächlich reichte das Bündnis, um die marokkanische Position in der Westsahara zu festigen.

Inzwischen errichteten Hassans Truppen dort den fünften Sicherungswall, mit dem die marokkanische Armee die früher von Libyen mit sowjetischen Waffen versorgten Polisario-Trupps immer weiter nach Süden abdrängt und ihnen so die Möglichkeit nimmt, mit Überfällen den Wüstenkrieg der wirtschaftlichen Zermürbung zu führen.

Mit der Befriedung der Westsahara trägt Marokkos König entscheidend zur Stabilisierung einer Zone bei, deren strategische Bedeutung für die Atlantische Gemeinschaft kaum überschätzt werden kann. Vor der westafrikanischen Küste münden die Schiffahrtslinien von Afrika und vom Persischen Golf nach Europa in jenes strategische Dreieck, das den Eingang zum Mittelmeer sichert.

Diplomaten der NATO-Partner in Madrid haben deshalb mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Marokko und Spanien übereingekommen sind, ihre gemeinsamen Manöver zu Wasser, zu Lande und in der Luft auszudehnen. Sie bekräftigen somit die geostrategische Einheit zwischen der Iberischen Halbinsel mit ihren vorgelagerten Inseln und Nordwestafrika.

Allem Anschein nach nutzen die USA die Gelegenheit, um sich dem von der neuen Staatenunion „eingekreisten" Algerien zu nähern. Algerien unterstützt nach wie vor die Polisario-Front, bemüht sich aber seit Jahrzehnten intensiv um amerikanisches Know-how zur Weiterentwicklung seiner Energieausbeute.

Nach wie vor bleibt Algerien ein sozialistischer Staat – ohne deshalb jedoch zu einem Satelliten der Sowjetunion sinken zu wollen. Etwas ganz Ähnliches dürfte auch für Libyen gelten. Sonst wäre der Vertrag Hassan-Khadhafi nämlich gar nicht zustande gekommen. (SAD)

„Kein Gipfel im Herbst"

Ankündigung des US-Industriellen Hammer in Moskau

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Daß KPdSU-Chef Michail Gorbatschow auch die Fähigkeit beherrscht, sich – falls nötig – der politischen Kräfte zu bedienen, die er sonst ideologisch Tag für Tag hart attakkiert, beweist das jüngste Beispiel: der Besuch des amerikanischen Großindustriellen Armand Hammer. Der 87jährige Präsident der Occidental Petroleum Corporation, der schon mit Lenin verkehrte und der im Kreml seit rund 60 Jahren aus- und eingeht, hielt sich in Moskau auf. In allen Nachrichtensendungen wurde sein Besuch an erster Stelle erwähnt. Auf dem Titelblatt der Parteizeitung „Prawda" wurde das Treffen zwischen Gorbatschow und Hammer groß vermerkt. „Gorbatschow empfing prominenten Vertreter der Geschäftskreise der USA", hieß es.

Armand Hammer blieb es auf einer internatioanlen Pressekonferenz vorbehalten, nachdrücklich für eine „Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR" zu plädieren. Seine Klage: „Die jetzigen wirtschafltichen Verbindungen zwischen den beiden Weltmächten befinden sich auf einem äußerst niedrigen Niveau." Und dies, so folgerte er, spiegele den Zustand der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wider.

Mit Hilfe seines Ölkonzerns will Hammer versuchen, „eine weitere Ausdehnung von Lieferungen im Rahmen bereits bestehender Vereinbarungen zu erreichen". Welches Ausmaß ein neues Lizenzabkommen zum Transport verflüssigter Kohle mit der Sowjetunion umfaßt, das dieser rührige Geschäftsmann für sein Unternehmen unter Dach und Fach gebracht hat, darüber schwieg er sich allerdings aus. Dafür bescheinigte Hammer Gorbatschow, daß er seiner Meinung nach „ein Garant der Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR" sei.

Nicht nur für geschäftliche Belange zeigte sich der Amerikaner kompetent, er versicherte auch, daß das Erreichen der Vereinbarungen zwischen den NATO-Ländern und den Staaten des Warschauer Paktes über den „Nicht-Ersteinsatz von Kernwaffen oder gewöhnlichen Waffen nachhaltig zur Beseitigung der Kriegsgefahr" beitrage. Hammer war es auch, der sagte, „daß das Gespräch zwischen Präsident Reagan und Michail Gorbatschow im Herbst in New York anläßlich einer UNO-Vollversammlug nicht stattfinden würde. Es müsse erst eine Tagesordnung geben, um etwas zu erreichen.

Aus seinem persönlichen Besitz schenkte Hammer der Sowjetunion ein Dokument Lenins aus dem Jahre 1921, „für das Michail Gorbatschow auf das allerherzlichste dankte", wie alle Medien vermeldeten.

Starke Kritik in der Türkei am Polizeigesetz

E. ANTONAROS, Athen

Die türkischen Oppositionsparteien laufen Sturm gegen ein neues Gesetz, das der Polizei weitreichende Vollmachten einräumt und die Bürgerrechte entprechend einschränkt. Die in der Mitte angesiedelte „Populistische Partei" hat bereits angekündigt, daß sie das umstrittene Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten will. Parteichef Calp: „Wir werden alles tun, um das Gesetz außer Kraft zu setzen."

Auch der Vorsitzende der in der Nationalversammlung nicht vertretenen sozialdemokratischen Partei SODEP, Erdal Inönü, sagte, er werde mit allen Kräften gegen dieses Gesetz kämpfen. Inönü: „Die Regierung muß endlich begreifen, daß wir keine Demokratie zweiter Klasse brauchen." Die Türkei brauche keinen Polizei-, sondern einen Rechtsstaat, sagte der Physik-Professor, dessen Partei wegen eines Vetos der Generäle an den Parlamentswahlen im November nicht teilnehmen konnte.

Ministerpräsident Turgut Özal gab die ausdrückliche Zusicherung, daß seine Regierung keineswegs die Etablierung eines Polizeistaates plane. Ihm gehe es lediglich darum, die Demokratie besser zu beschützen.

Das heftig kritisierte Gesetz war während einer fünftägigen Parlamentsdebatte mit Wortgefechten und Faustkämpfen erheblich abgemildert worden: Anders als zunächst vorgesehen darf die Polizei nunmehr nur aufgrund einer vorherigen richterlichen Entscheidung Briefe öffnen und Telefone anzapfen. Aber auch in der letztendlich mit den Stimmen der regierenden „Mutterlandspartei" verabschiedeten Endfassung sind Bestimmungen enthalten, die nacb Ansicht von westlichen Beobachtern in Ankara „gewisse Grauzonen" entstehen lassen und daher Übergriffe der Polizei ermöglichen könnten. Dabei geht es vor allem um die Inhaftierung von Personen, die verdächtigt werden, Straftaten begangen zu haben.

Oppositionspolitiker und Diplomaten in Ankara können den Verdacht nicht loswerden, daß das kritisierte Gesetz im Auftrag des Militärs erstellt wurde. Es soll nämlich der Polizei weitgehend die Befugnisse übertragen, die die Armee durch die geplante Aufhebung des Ausnahmezustandes in absehbarer Zeit wird abgeben müssen. (SAD)

EKD-Telegramm stößt auf Kritik

idea, Frankfurt

Die Aufforderung des Präsidenten im Kirchenamt der EKD, Heinz Joachim Held, an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Wolfgang Zeidler, seine private Reise nach Namibia zur Teilnahme an der Amtseinführung der Regierung zu überdenken, hat in Kreisen der EKD Unverständnis und Kritik ausgelöst. Held hatte Zeidler geschrieben, angesichts seiner hohen Funktion müsse ein privater Besuch als offizielle Unterstützung eines politischen Weges in Namibia verstanden werden, „der im Widerspruch zu den einschlägigen UNO-Beschlüssen steht, die von unserer Regierung und auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland bejaht worden sind".

Washington sucht nach einer aktiven Strategie gegen den Terrorismus

FRITZ WIRTH, Washington

„Ich war immer dafür, dem Terrorismus mit Härte zu begegnen, niemals klein beizugeben. Heute denke ich anders darüber. Wenn ich abwägen soll, oh Menschenleben gerettet oder den Terroristen eine Lektion erteilt werden soll, dann bin ich dafür, den Terroristenforderungen nachzugeben und Menschenleben zu retten."

Die Terrorismus-Konvertitin, die dies sagte, war 24 Stunden zuvor noch in den Händen libanesischer Gewalttäter in der TWA, Flugnummer 847, gewesen. Die hautnahe Begegnung mit der Wirklichkeit der Gewalt ändert Perspektiven. Nicht nur bei diesem Opfer. Die jüngste Demonstration der Terroristen-Gewalt geht vielen Amerikanern unter die Haut. Das Fernsehen unterbrach in den letzten zwei Tagen mit stündlichen Sonderberichten sein Programm, und die Wirkung ist unverkennbar. Ein Gefühl der Hilflosigkeit und der Ohnmacht breitet sich aus. Es mündet in Zorn und Frustration. Man fordert Aktion und hält zugleich betroffen inne, wenn die Opfer der Gewalt für Nachgeben plädieren.

Der Konflikt ist nicht neu. Spätestens seit der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Iran vor knapp fünf Jahren quält er diese Nation. Das Bedrückende: Eine klare Antwort ist bis heute nicht gefunden. Im Gegenteil. Das Problem ist eher noch dringender und akuter geworden. Allein im letzten Jahr richteten sich über 50 Prozent aller Terroranschläge in der Welt gegen amerikanische Bürger oder amerikanische Institutionen. Das hat nicht nur etwas mit dem wachsenden Antiamerikanismus zu tun, sondern mit der Tatsache, daß Anschläge gegen diese Nation und ihre Bürger ein Höchstmaß an Publicity verursachen und in der Regel das Interesse der gesamten Weltöffentlichkeit finden. Und das ist häufig das wichtigste Ziel der Terroristen.

In den letzten viereinhalb Jahren hat die Regierung Reagan weltweit passive Antiterroristenmaßnahmen erlassen. Zahlreiche besonders gefährdete Botschaften im Nahen Osten, in Latein- und Mittelamerika und in Europa sind nahezu terroristensicher. Schwachpunkte bleiben da, wo diese passiven Antiterrorismusmaßnahmen internationale Dimensionen haben. Denn sie sind gerade so stark wie das schwächste Glied in dieser Kette,siehe Athen.

Was jedoch der Reagan-Administration bis auf den heutigen Tag fehlt, ist eine aktive Antiterrorstrategie. Eine derartige Strategie besteht aus drei Komponenten: 1. der Terrorverhinderung, 2. vorbeugenden Maßnahmen und 3. Vergeltung (wenn Vorbeugung und Verhinderung versagt haben). Hauptverfechter solch einer Strategie ist seit langer Zeit Außenminister Shultz („Wir können es uns nicht mehr länger erlauben, der ‚Hamlet' unter den Nationen zu sein, der endlos darüber grübelt, ob und wie er reagieren soll").

Diese Rolle wird vorläufig auf dem Spielplan bleiben, denn die Schwierigkeiten, in dieser Antiterrorstrategie einen Konsens innerhalb der Administration, mit dem Kongreß und der Mehrheit der Bürger herzustellen, erscheinen trotz der Emotionen, die die jüngste Flugzeugentführung auslöste, immer noch unüberwindlich. Dieser Konsens scheitert an den Risiken, die vorbeugende und vergeltende Antiterrormaßnahmen mit sich bringen. Vizepräsident Bush beispielsweise lehnt dieses Risiko ab, und Verteidigungsminister Weinberger und seine maßgeblichen Militärs sind ebenfalls kaum enthusiastisch über den Einsatz von Spezialeinheiten zu vorbeugenden Schlägen.

Das zweite Hindernis auf dem Wege zu einer Antiterrorstrategie: Vorbeugende und vergeltende Maßnahmen sind effektiv nur möglich, wenn die Täter präzise identifiziert sind. Das aber setzt eine erstklassige Geheimdienstarbeit in oft feindseliger Umgebung voraus. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist nicht möglich ohne eine internationale Kooperation der Geheimdienste.

Zahlreiche ausländische Geheimdienste aber haben hier Vorbehalte. Nicht, weil sie kein Vertrauen haben zur CIA, sondern weil ihnen das offene amerikanische Regierungssystem zu riskant erscheint, um eigene Informanten zu schützen.

Abgesehen davon befürchten einige amerikanische Terrorexperten, daß sich der Schauplatz dieses „Krieges im Schatten" sehr schnell auch innerhalb der eigenen Grenzen verlagern kann. Die Sicherheitsmaßnahmen, mit denen heute das Weiße Haus, das Pentagon, das State Department und der Kongreß geschützt werden, deuten an, daß man diese Gefahr erkannt hat.

Wie real solche Befürchtungen um einen Terror vor der eigenen Haustür sind, wurde vor 14 Tagen offenbar. Das FBI fand in einer Terroristenwohnung in Baltimore Pläne zur Bombardierung von zwölf Regierungsgebäuden, darunter das „Old Executive Building" in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses, in dem unter anderem auch Vizepräsident Bush sein Büro hat.

Athen, Partner der radikalen Araber

Griechenlands Hauptstadt entwickelt sich zur Drehscheibe des Terrorismus

E. ANTONAROS, Athen

In kaum einem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft bewegen sich die Araber so frei wie in Griechenland. Nur in Ausnahmefällen wird einem Araber das Einreisevisum verweigert. Oft wird der Sichtvermerk sogar am Grenzübergang erteilt, die Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen sind lasch. Die Folge: Athen ist auf dem besten Weg, Beirut als Drehscheibe des arabischen Polit-Terrorismus abzulösen.

Die Kaperung der TWA-Linienmaschine am vergangenen Freitag durch zwei in Athen zugestiegene schiitische Moslems ist der hisher letzte Akt einer regen Terroraktivität. In den letzten vier Jahren ist Athen zum Schauplatz des innerarabischen Terrorkriegs geworden: Bombenanschläge und Mordversuche gehören fast zur Tagesordnung der Vier-Millionen-Hauptstadt. Rivalisierende Arabergruppen aller Nationalitäten – Libyer, Palästinenser und Syrer in erster Linie – hringen sich gegenseitig um.

Schon vor Papandreou

In letzter Zeit haben sich sogar die Anschläge gegen jordanische Diplomaten gehäuft. Dahinter vermuten die griechischen Behörden PLO-Radikale, die die gemäßigte Haltung des jordanischen Königs Hussein ablehnen.

Griechenlands Araberfreundlichkeit gibt es nicht erst seit Papandreous Wahlsieg 1981. Traditionell haben alle griechischen Parteien im Nahostkonflikt die Araber unterstützt. Zu einer vollwertigen diplomatischen Anerkennung Israels ist es sogar unter Papandreous konservativen Vorgängern nicht gekommen. Doch während die Konservativen um gleich gute Beziehungen zu den gemäßigten und den radikalen arabischen Regierungen bemüht waren, ist Papandreou einseitig vorgegangen.

Kaum hatte er die Parlamentswahl gewonnen, gewährte er der PLO die hisher den Israelis verweigerte volle diplomatische Anerkennung und lud Yassir Arafat als Staatsgast nach Athen ein. Während seiner Jahre in der Opposition pflegte der griechische Spitzensozialist besonders enge Beziehungen zu den „sozialistischen Bruderparteien" in Syrien und in Irak und hielt außerdem Kontakte zu Khadhafi.

Während Papandreous Kontaktpflege zu den Radikalen andere arabische Länder – Saudi-Arahien, Ägypten und Kuwait – skeptisch stimmte, machte sich die Verbrüderung mit Syrern, Irakern und Libyern kaum bezahlt: Als der Golfkrieg ausbrach, geriet Papandreou zwischen die Fronten. Seine Entscheidung fiel erstaunlicherweise zugunsten der Iraner und ihrer syrischen Verbündeten und gegen die Iraker aus. Gleichzeitig verärgerte er Algerien, wo ein Auftrag für den Bau von 10 000 Wohnungen ins Stocken geriet.

Papandreous Kooperationsbereitschaft mit den radikalen Arabern reichte sogar so weit, daß Athen ein Abkommen zur Lieferung von griechischen Rüstungsgütern im Wert von 500 Millionen Dollar mit Libyen abschloß.

Deutsche Waffen für Iran?

Westliche Diplomaten bestätigten gegenüber der WELT in Athen, daß hochmoderne griechische Geschütze, die weitgehend mit aus der Bundesrepublik importierter Technologie bergestellt werden, Regierungsvertretern aus Syrien, Iran und Libyen bereits vorgeführt worden sind.

Dieser gezielte Annäherungsversuch, der die meisten westlichen Verbündeten Griechenlands verunsichert, hat sich weder finanziell – die meisten Araber schulden den Griechen Geld – noch politisch bezahlt gemacht: Papandreous Zickzack-Kurs hat ihn auf dem diplomatischen Parkett viele Sympathien gekostet. Länder wie Saudi-Arabien, Kuwait und Ägypten, die bis vor einigen Jahren zu Griechenlands engsten Freunden im arabischen Raum zählten, haben die Fronten gewechselt und hofieren nunmehr Athens vermeintliche Erzfeinde, die Türken, die sie mit Millionenaufträgen überhäufen. (SAD)

Viele Beweise für Mengeles Identität

W. THOMAS, São Paulo

In Brasilien verliert der Fall Mengele an Medieninteresse. Nur noch ein spannungsgeladener Moment bleibt: das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchungen. Wurde am 6. Juni auf dem Friedhof der kleinen Provinzgemeinde Embu tatsächlich die Leiche des Auschwitz-Arztes ausgegraben oder nicht?

In São Paulo zweifeln nur wenige daran, daß Mengele in dieser Stadt und ihrer Umgebung gelebt hat, mindestens 18 Jahre. Amerikanische Graphologen konnten die bei dem Ehepaar Bossert sichergestellten Briefe, Gedichte und Aufzeichnungen einwandfrei als Mengele-Dokumente identifizieren. „Verblüffend, wie wenig sich seine Schrift seit den dreißiger Jahren veränderte", sagte Gideon Epstein, einer der US-Experten. Ein Beamter des Bundeskriminalamtes lieferte an Hand der ebenfalls im Besitz der Bosserts befindlichen Fotos einen weiteren Identitätsnachweis.

„Wir waren alle auf der falschen Fährte", gestand Gerald Posner fassungslos. Wir trafen den New Yorker Anwalt in dem letzten Wohnhaus Mengeles an der Estrada de Alvarenga. Posner arbeitete in den letzten vier Jahren an einer Biographie des Nazi-Verbrechers und konzentrierte seine Fahndungen auf Paraguay, wie die meisten Mengele-Jäger. „Ich will jetzt das letzte Kapitel schreiben", sagte er.

Der Rabbiner Henry Sobel, ein Sprecher der jüdischen Gemeinde São Paulo, äußerte sich ähnlich: „Icb habe meine Skepsis verloren. Die Beweise sind erdrückend."

Die hisherigen Ermittlungen haben nicht die Vermutungen bestätigt, daß Mengele von einer Nazi-Organisation versteckt und bewacbt worden war. São Paulos Polizeichef Romeu Tuma nennt immer die gleichen Namen, wenn er nach dem inneren Freundeskreis gefragt wird: „Der Gerhard, die Stammers, die Bosserts." Alles Hitler-Verehrer, aber kleine Leute. Dieser Kreis kristallisierte sich aus dem regen Briefwechsel zwischen Günzburg und São Paulo, die Schriftstükke wurden bei den Bosserts gefunden. (SAD)

Personalien

BUCHVORSTELLUNG

„Mut zu überleben – die Herausforderung unserer Kultur", dieses im Droste Verlag erschienene Werk von **Dr. J. D. de Beus** wurde in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn vorgestellt. Es ist „ein Buch gegen die Lethargie, die Resignation, gegen das weinerliche Selbstmitleid, gegen all diese Krankheitskeime, die die Demokratie von innen heraus schwächen und zerstören" – schreibt der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** in seinem Vorwort zu der deutschen Ausgabe. De Beus, ehemals Botschafter der Niederlande in Moskau, Bonn und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie stellvertretender Generalsekretär der Weltorganisation, will mit seinem herausfordernden Buch wachrütteln. Seine Analyse des Untergangs historischer Kulturen und des Zustandes unserer Welt heute führt zu der Erkenntnis, daß die von innen und außen bedrohte Demokratie in der Besinnung auf die Kraft und die Allianz Europas mit den Vereinigten Staaten zu überleben vermag. So ist also der Untergang des Abendlandes keineswegs unvermeidlich und nah, wie **Oswald Spengler** vor etwa 70 Jahren vorhersagte. „Ein Buch, das Mut macht", konstatierte der frühere Botschafter **Sigismund Freiherr von Braun** in seinen einführenden Worten, „denn unsere Kultur wird bedroht, wie niemals zuvor eine Kultur bedroht worden ist": bedroht durch das Streben des Kommunismus zur Weltherrschaft, die islamische Revolution und den nuklearen Holocaust.

AUSZEICHNUNGEN

Erstmals hat die Katholisch-Theologische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum drei verdienten Wissenschaftlern die Ehrendoktorwürde verliehen: Bischof Professor Dr. **Marian Jaworski** aus Krakau, Rektor der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, Professor Dr. **Paul Mikat** aus Bochum und Professor Dr. **Heinz Schürmann**, Neutestamentler am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt in Thüringen.

*

Michael Hampe wurde für seine zehnjährige Tätigkeit als Intendant der Oper der Stadt Köln sowie als Professor an der Musikhochschule Köln von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Die Verleihung nahm in der Oper der Stadt Köln Regierungspräsident **Antwerpes** vor.

*

Unter der Schirmherrschaft des Berliner Wirtschaftssenators **Elmar Pieroth** wurde im Wettbewerb des Deutschen Kupfer-Institutes „Produkt und Messing" die Firma Turk + Bolte aus Iserlohn in Bad Nauheim geehrt. Der Geschäftsführer und Juniorchef der Firma Turk + Bolte, **Mitsdörffer**, nahm die 1985 erstmals vergebene Auszeichnung entgegen.

VERÄNDERUNG

Albrecht Martin, bisher Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz in Mainz, wurde von Ministerpräsident **Bernhard Vogel** in Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers, Minister **Johann Wilhelm Gaddum**, als neuer Bevollmächtigter in der Bonner Landesvertretung vorgestellt. Gaddum wird Präsident der Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz. Zu den Gästen der Übergabe-Feier gehörten zahlreiche Diplomaten und Bundestagespräsident **Philipp Jenninger**. Mit dem Satz: „Rheinland-Pfalz ist selbstbewußer geworden", wies Vogel in seiner Laudatio für Gaddum, der früher ein „glänzender Finanzminister" gewesen sei, auf die Mainzer Erfolge im Lande hin, das „eine Mittlerrolle zwischen Nord- und Südlichtern" innehabe. Albrecht Martin wurde 1927 in Bad Kreuznach geboren, ist seit 1967 in der Landespolitik und war früher nach einem Studium der Theologie, Geschichte und Germanistik Schul- und Hochschullehrer. Er ist Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche.

ERNENNUNG

Dr. **Erwin Möller**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Preussag-AG, Hannover, ist zum Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg für Niedersachsen ernannt worden.

WAHL

Diplom-Volkswirt **Fritz-Joachim Steinmeyer** (59), Direktor der Hauptabteilung Sozial- und Jugendhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ist in Stuttgart vom Diakonischen Rat einstimmig zum Vize-Präsidenten des Diakonischen Werkes gewählt worden. Steinmeyer übte dieses Amt bisher nur befristet aus. Präsident des Diakonischen Werkes ist seit vergangenem Jahr **Karl Heinz Neukamm**.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Peter Thier**, Direktor des Instituts für Lebensmittelchemie der Universität Münster, wurde auf Vorschlag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit von der Bundesregierung für vier Jahre zum Mitglied des Bundesgesundheitsrates berufen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Veto als Konsequenz

„Notbremse"; WELT vom 13. Juni

In *seinem Kommentar* „Notbremse" sagt Wilhelm Hadler, die Bundesregierung sei mit dem Veto von Bundesminister Kiechle in einer schwierigen Lage, weil sie bisher Anhänger des supranationalen Prinzips gewesen sei. Kiechles Veto sei ein Ausrutscher, der nur mit Angst vor den nächsten Wahlen und vor der Bauern-Lobby erklärt werden könne.

Diese Argumentation übersieht den europäischen Zusammenhang des agrarpolitischen Vetos. Zwar hat es in den letzten Jahren kein förmliches Veto anderer Staaten der EG, wohl aber dessen Androhung gegeben, das dann von den anderen jeweils mit finanziellen Zugeständnissen abgewendet werden mußte. Diese die EG-Politik lähmende Praxis will die Bundesregierung durch die Rückkehr zur qualifizierten Mehrheitsabstimmung gemäß den Bestimmungen der Römischen Verträge überwinden.

Solange einige Partner jedoch nicht bereit sind, diese Politik zu unterstützen, ist es nur konsequent, wenn die Bundesregierung durch ihr Veto zeigt, daß es kein Privileg anderer Regierungen ist, durch Berufung auf nationale Interessen Mehrheitsentscheidungen zu unterlaufen.

Die europäischen Partner haben es beim EG-Gipfel in Mailand in der Hand, durch übereinstimmende Beschlüsse über die Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung dafür zu sorgen, daß künftig kein Veto einzelner Staaten mehr den Entscheidungsgang der EG aufhalten kann. Sollte man sich dazu durchringen, wird sich auch die Bundesregierung damit abfinden müssen, daß im einen oder anderen Fall gegen unsere speziellen Interessen entschieden wird, weil es allen anderen Partnerstaaten ebenso ergehen wird.

Das Veto Kiechles kann daher durchaus bewirken, daß diejenigen Partner, die bisher nicht bereit sind, auf das Veto zu verzichten, umdenken. Dann wäre es sogar ein guter Beitrag zur fortschreitenden Verwirklichung der europäischen Einigung gewesen.

Claus Jäger, MdB, CDU

Streit um die Vignette

„Solche Ausländer brauchen wir nicht"; WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird berichtet, daß Autos mit einem D-Schild am Heck in der Schweiz mit Steinen beworfen und von der Polizei *bevorzugt* mit Strafmandaten bedacht werden. Vor allem dann, wenn sie keine Autobahn-Vignette haben. Am erhöhten Verkehrsaufkommen auf Landstraßen und den damit für die Anwohner verbundenen Nachteilen sind – wie könnte es auch anders sein – die deutschen Vignetten-Verweigerer schuld.

Bei unseren Schweizer Nachbarn sind ja die bösen Deutschen grundsätzlich an allem schuld. Das ist nichts Neues. Leider versäumt auch die deutsch-schweizerische Presse kaum eine Gelegenheit, um diese antideutsche Stimmung wachzuhalten.

Es muß daran erinnert werden, daß die Autobahn-Vignette keine deutsche, sondern eine Schweizer Erfindung ist. Man hätte wohl damit rechnen müssen, daß es Ferienreisende geben würde, die für einen derartigen Anachronismus wenig Verständnis und schon gar keine 30 Fr. aufbringen. Unsere lieben Schweizer Nachbarn dürfen auf dem ungleich weiträumigeren bundesdeutschen Autobahnnetz weiterhin Vignetten- und Gebühren-frei fahren. Man sollte eben nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln.

Vielleicht wäre es ganz gut, das Verhältnis von Schweizern und Deutschen zueinander einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner der Schweiz. Die Bundesdeutschen stellen das größte Kontingent im schweizerischen Fremdenverkehr dar. Das hat zur Folge, daß nicht zu unterschätzende Milliarden D-Mark aus der Bundesrepublik Deutschland in die Schweiz fließen. Daran ist bisher nichts auszusetzen gewesen. Unsere lieben Nachbarn sollten doch gelegentlich einmal darüber nachdenken, ob es wirklich so besonders sinnvoll ist, in den Deutschen nur die Buhmänner zu sehen.

Schließlich könnte, bei den bisher bemerkenswert toleranten Bundesbürgern, auch einmal eine antischweizerische Stimmung aufkommen, etwa unter dem Motto: „Solche Schweizer mögen wir nicht!" Auf die schweizerisch-deutsche Handelsbilanz würde sich dergleichen natürlich höchst fatal auswirken.

Mit freundlichem Gruß
W. Deussen,
Eltville am Rhein

DGB und Demokratie

„Bonn ‚entsetzt' über Äußerungen der IG Metall"; WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss hat sich mit seiner Kritik an der Bundesregierung selbst ins demokratische Abseits gestellt.

Wer nämlich – wie Hans Preiss – demokratische Spielregeln im Rahmen der Betriebsverfassung ablehnt, weil dies zu einer Fraktionierung und zur „Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft" führen würde, muß sich daran erinnern lassen, daß es eine „Einheitliche Interessenvertretung" nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis bereits gegeben hat und im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands durch den sogenannten FDGB – mit dem der DGB auf höchster Ebene Kontakt pflegt – derzeit noch gibt.

Seit die sozialliberale Koalition 1972 das ohnehin schon DGB-freundliche Betriebsverfassungsgesetz quasi in ein DGB-Betriebsermächtigungsgesetz umwandelte, ist eine Entwicklung in diese Richtung auch in der Bundesrepublik Deutschland unverkennbar.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben die nachweisbare Tendenz, sich zu Zwangsorganisationen zu entwickeln, die allen anderen Arbeitnehmer-Koalitionen das Recht absprechen, „Gewerkschaften" zu sein und entsprechend für ihre Mitglieder – zum Beispiel im Rahmen von Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Tarif- und Arbeitsrecht – tätig zu werden.

Wer Demokratie sagt und ehrlich meint, kann kein Interesse an dieser Entwicklung haben.

Im Gegenteil: jeder wirkliche Demokrat muß, wo immer er auch parteipolitisch stehen mag, mit ganzer Kraft dafür eintreten, diese verhängnisvolle Entwicklung für die deutsche Arbeitnehmerschaft, wie für unsere freiheitlich demokratische Ordnung, zu stoppen.

An dieser Frage scheiden sich die Geister. IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss hat sich mit seiner Einlassung bereits entschieden!

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Holler,
DAV-Bundesvorsitzender, Marl

*

Sehr geehrte Herren,

wegen der schrillen Töne ist das eigentliche Motiv des Kollegen Preiss völlig überhört worden: Die Ur-Angst des Funktionärs um seine Kasse.

Bereits August Bebel wußte davon, und auch wir wissen: Solidarität, Kampfgeist, Engagement – alles schöne Worte. Auch für die IG Metall gilt: Ohne Moos nix los.

Mit freundlichen Grüßen
H. Krichel,
Biblis 1

Schlußverkauf

„Zu viele Einzelfälle"; WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verfasser des Artikels „Zu viele Einzelfälle" hat wohl kaum die Veränderung der Verkaufssituation im Textileinzelhandel in den letzten 30 Jahren ganz mitbekommen. Sonst könnte er nicht die Vermutung äußern, daß heute noch – wie vor 20 bis 30 Jahren – eigens für den Schlußverkauf beschaffte Ware für den Handel von großem Interesse ist. Und dieses Interesse sollte nach Meinung des Autors ausgerechnet noch bei den finanzkräftigen Mitgliedern der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vorhanden sein?

Jeder mittelständische Einzelhändler, der auf 30 oder mehr Geschäftsjahre zurückblicken kann, weiß, daß die Zeiten längst vorbei sind, in denen man mit extra für den Schlußverkauf angefertigter und angeschaffter Ware große, lukrative Geschäfte machen konnte.

Dies war sicher einmal für fast alle oder zumindest für sehr viele und nicht nur für „finanzkräftige" Mitglieder der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels ein interessantes Geschäft.

Gerade wir, als mittelständische Einzelhändler, begrüßen das Bemühen der Handelsverbände, alle Händler, ob groß oder klein, für die Einhaltung der Gesetze (Wettbewerbsgesetz – hier Sonderveranstaltung) zu verpflichten.

Das heißt aber absolut nicht, daß niemand vor Beginn des Schlußverkaufs seine Preise reduzieren dürfte. Es heißt aber – eben zum Schutz der kleinen und mittleren Geschäftsinhaber –, daß nicht das ganze Jahr hindurch Schlußverkäufe stattfinden. Der Wegfall der vom Autor kritisierten „Einrichtung" hätte demnach dieses chaotische Ergebnis zur Folge. Und dies wäre zuerst beim mittelständischen Einzelhändler festzustellen.

Ein Ausweiten der Sonderveranstaltungsmöglichkeit „Schlußverkauf" auf das ganze Jahr, wie der Autor es faktisch empfiehlt, bedeutet aber sicher ein Abrücken von dem sozialen Teil unserer „sozialen freien Marktwirtschaft".

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Nirschl,
Degendorf

Wort des Tages

„Die Alliancen, so nur der Zufall oder augenblickliches Interesse herbeiführt, bewirken kein Vertrauen. Wenn aber die Mächte gemeinsam einsehen und einmal überzeugt sind, daß von der Erhaltung Deutschlands die Ruhe Europas ganz allein abhänge, alsdann kann man sagen, daß ein gemeinsames Interesse einem Staatenbunde zum Grunde liege."

Prinz Eugen von Savoyen, Brief an John Churchill, Herzog von Marlborough, 22. Mai 1719

Merkwürdig

„Wohin drängt Genscher?"; WELT vom 2. Juni

Sehr geehrte Herren,

der Artikel von Herrn Dr. Kremp nennt mit erfreulicher Deutlichkeit und Klarheit die Merkwürdigkeiten beim Namen, durch die sich die Politik unseres Außenministers in den letzten Jahren auszeichnet. Man könnte die Frage auch noch etwas erweitern und „was will Genscher?" formulieren.

Leider findet Dr. Kremp auf diese Frage nun doch keine rechte Antwort. Ich kann es mir ersparen, hier zu wiederholen, was Ihr Artikel alles an richtigen und zutreffenden Beobachtungen enthält, aber wenn die Antwort auf die Frage des Artikels dann lautet: Genscher betreibe seine ganze merkwürdige Politik, um „eine neue Phase der Entspannungspolitik einzuleiten", so muß man doch fragen, ob Herr Genscher damit nicht schlichtweg unterschätzt wird, denn daß die Sowjets keine wirkliche Entspannungspolitik betreiben wollen, sondern nach Vorherrschaft streben, weiß doch Herr Genscher auch, und er wird keineswegs so verblendet sein zu glauben, er könne die Sowjets auf den Tugendpfad einer echten Entspannungspolitik bringen.

Aber Herr Dr. Kremp hat die Frage „cui bono" nicht gestellt, dabei ist sie doch die einzige, die bei der Auflösung solcher politischer Verwirrspiele immer wieder einmal weiterführt.

Wem also könnte Herrn Genschers Politik nützen? Den USA? Der NATO? Herrn Gorbatschow? Und selbst wenn unser Außenminister „nur" ein Abkoppler ist – was feine Leute natürlich nie so sagen würden –, wie lautet die Antwort auf cui bono dann? Oder glauben Sie wirklich, Herr Genscher kehre aus Dummheit zu „verbrauchten und widerlegten Formeln zurück"?

Mit freundlichen Grüßen
K. Ackermann,
Sinzheim

*

„SPD lobt Genscher . . ."; WELT vom 11. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

das Lob der SPD für Genschers „Kontinuität" ist die treffendste Bestätigung der besorgten Leserbriefe über Genschers Linie. Da greift die CDU ständig die CSU an und ist blind gegenüber der wirklichen Gefahr.

Mit freundlichen Grüßen
W. Hochbaum,
Hamburg 20

Pflichtlektüre

„Schwarz auf weiß"; WELT vom 5. Juni

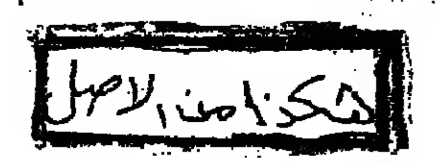
Sehr geehrte Damen und Herren,

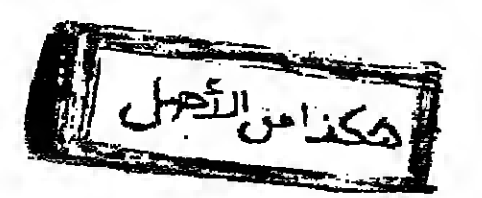
für die Ausführungen von Herrn Gillies müssen wir außerordentlich dankbar sein. Wie schön wäre es, wenn sie nicht nur von simplen Bürgern gelesen würden, sondern auch von Politikern und Gewerkschaftsführern, die fähig wären, die Aussagen zu verstehen, oder besser, sie verstehen zu wollen. Nicht denken zu wollen, ist ja kein Privileg sozialistischer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, wie Herr Blüm beweist.

Ist es denn möglich, daß es noch intellektuell redliche Menschen gibt, die glauben, durch Arbeitszeitverkürzung und damit Arbeitskostenerhöhung könnten in signifikantem Maße neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Jede weitere Verkürzung der Arbeitszeit vergrößert doch nur das schon jetzt viel zu hohe Potential für Schwarzarbeit; jede weitere Erhöhung der Arbeitskosten, besonders im Handwerk, erhöht die Nachfrage nach Schwarzarbeit. Die Schwarzarbeit bleibt durch den zu großen Unterschied zwischen den dem Arbeitgeber entstehenden Kosten und dem dem Arbeitnehmer ausgezahlten Lohn nach wie vor extrem attraktiv.

Moralische Appelle der Politiker nützen nichts, da die diesbezügliche Gesetzgebung so unmoralisch ist, daß die moralische Berechtigung der Politiker zu solchen Appellen dem Bürger nicht erkennbar ist. Der Artikel von Herrn Gillies sollte den Arbeitsmarktpolitikern und Gewerkschaftsführern als tägliche Pflichtlektüre verordnet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. Zieler,
Hamburg 60





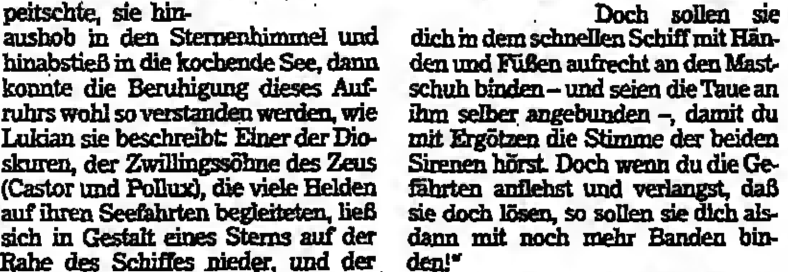
Der Mastbaum – antikes Sinnzeichen des Heils

Gertrud Höhler, Professorin für Germanistik an der Universität Paderborn, hat ein neues Buch geschrieben, das im Herbst dieses Jahres bei der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erscheinen wird: „Die Bäume des Lebens". Im heutigen Teil des Vorabdrucks wird der Wandel des Segelbaums vom Heilssymbol der Seefahrer im Altertum zum Abbild des christlichen Kreuzzeichens beschrieben.

Von GERTRUD HÖHLER

Paris, Prinz von Troja, dem Aphrodite die schönste Frau versprochen hat, raubt Helena und fährt mit ihr übers Meer. Die Stürme jagen ihn, sie schleudern sein Schiff hoch auf die Wogenkämme, „so daß man glaubte, die Antennenseile berührten die Sterne". Die *antemna*, das ist die Rahe am Mastbaum, die Querstange hoch oben, die man auch Segelstange nennen kann. Die romanischen Sprachen übernahmen dieses Wort *antemna* und machten „antenne" daraus: ein Begriff, den die Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts für elektrotechnische Empfangsapparate kennen. Die frühe griechische Naturwissenschaft nannte die Insektenfühler so: *kerais*, das war, abgeleitet von *keras*, das Horn, das Hornähnliche, die Rahe am Mast. Das Hornpaar des Stiers konnte der Beobachter im Altertum da oben aufgesteckt sehen, weil er mit dem Opfertier die Kraft verband, die auf den überging, der im Zeichen der Hörner segelte.

Der Mast selbst, an dem die Segelstange beweglich schwankt, ist der Mittelpunkt des Schiffes. *Histós* nannten ihn die Griechen, was soviel wie „der Ständer" heißt; auch der Weberbaum trägt diesen Namen. *Malus* und *arbor* nennen ihn die Römer, was Fruchtbaum und Apfelbaum, aber eben auch Mastbaum bedeutet. *Arbor*, das andere lateinische Wort für den Mastbaum, heißt „Baum", und dieser Baum in der Schiffsmitte ist tatsächlich identisch mit dem Baum draußen auf den Feldern, in den Hainen.



Das Schiff ist vom Baum genommen FOTO: DPA

Das Schiff ist vom Baum genommen, und sein Mast ist ein Baumstamm, jener „himmelhohe" Baum, der das Heil des Seefahrers hüten soll.

Wenn ein Sturm solche Schiffe peitschte, sie hinaushob in den Sternenhimmel und hinabstieß in die kochende See, dann konnte die Beruhigung dieses Aufruhrs wohl so verstanden werden, wie Lukian sie beschreibt: Einer der Dioskuren, der Zwillingssöhne des Zeus (Castor und Pollux), die viele Helden auf ihren Seefahrten begleiteten, ließ sich in Gestalt eines Sterns auf der Rahe des Schiffes nieder, und der Sturm legte sich; das Schiff war gerettet.

Daß der Mastbaum aber nun wirklich aufragt wie der Baum, *arbor*, oder *malus*, der Apfelbaum, und daß für den antiken Beobachter jeder Mast eines Schiffes als ins Meer gepflanzter Baum erschien, zeigt eine Sinnestäuschung, über die in der *Historia Romana* berichtet wird: Cäsar segelt mit einem kleinen Schiff über das Meer, an der adriatischen Küste entlang, um den Seeräubern zu entgehen. In der Dämmerung gewahrt er plötzlich die Mastbäume und Antennen einer ganzen Flotte und erschrickt. Erst nach einer Weile erkennt er, daß es sich um ein Waldstück an der Küste handelt, dessen Stämme aufragen wie die Masten einer Seemacht.

Ein Lebensbaum ist der Schiffsmast auch auf der berühmten Schale des Exekias, die um 535 vor Christus entstanden ist. Dionysos ruht auf dem Schiff unterm ausgespannten, windgeblähten Segel, ein gestirntes Tuch um die Lenden gebunden. Im Wasser nahe beim Schiff spielen die Delphine, und über dem Seefahrer ragt ein Weinstock auf, mit üppigen Trauben behangen, von zart gezacktem Blattwerk begleitet. Die Rebenarme strecken sich über das Schiff und decken es wie eine lichte Weinlaube.

Der Rebstock hat sich am Mastbaum emporgerankt: Noch viel später, in den Sinnbildersammlungen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, findet sich der am Baum emporrankende Weinstock wieder. Wenn wir zugleich an die Worte Christi im Neuen Testament denken: „Ich bin der Weinstock, Ihr seid die Reben", so erscheint auch dieser weinumrankte Mastbaum auf *dem Lebensschiff schon* in *einem* mehrdeutigen Sinnzusammenhang: tatsächlich sollte er sich in besonders harmonischer Verbindung von antiker und christlicher Welt bewähren.

Die Figur, die der Mast mit dem Querholz ergab, wurde auch schon von den Griechen und Römern in ihrer Gleichnishaftigkeit erkannt: Als stünde da, hoch aufgereckt, ein Mensch mit ausgebreiteten Armen, so schwebte das Mastkreuz auf den Schiffen über das Meer. Von den „Gliedern des Schiffes" sprachen nicht nur die Poeten, sondern auch die Juristen der Antike: *„Quasi membra"*, wie die Teile eines Körpers, sagt Alfenus in einem Rechtsgutachten, sind die Schiffsteile – Ruder, Mastbaum und Antenne, Segel. Vergil nennt die Antennen *„brachia"*, das heißt „Arme". Umgekehrt können auch die knochigen Schultern einer alternden Geliebten den Antennen, den Enden der Rahe, verglichen werden, wie in der *Anthologia Graeca*. In Ovids Metamorphosen werden die Schiffsantennen zu Armen, als Kybele die Schiffe des Aeneas in Najaden verwandelt.

Wenn schon die antiken Vorstellungen von Mastbaum und Antenne den menschlichen Körper mit ausgespannten Armen in der Kreuzform beider erkannten, so ist begreiflich, daß die getauften Römer und Griechen der frühen Christenheit den Mastbaum, an dem das Heil der Seefahrer hing, als das Kreuz im Schiff der Kirche verstanden. Längst waren die Augen daran gewöhnt, in den Kreuzformen, die am Horizont auftauchend Heil, Sieg und Heimkehr zum Ufer meldeten, Zeichen einer götterbegünstigten Fahrt zu erkennen. Der neue Gott nun, der ans Kreuz *geschlagen* worden war, um seine Anhänger vom Tode zu retten, schien zeichenhaft auf jedem Schiff gegenwärtig – zumal die Meerfahrt des Lebens, des Lebens und der Kirche Schiff längst gängige Bilder waren, ebenfalls aus der Antike ererbt und *mit großen Vorläufern, wie dem* Helden Odysseus, belegt.

Odysseus ist es auch, der ein besonders großartiges Beispiel der „Taufe" antiker Mythologie mit christlichem Geist vorbereitet: Als er im letzten Abschnitt seiner Abenteuer an der Küste der Sirenen vorbeifahren muß, befolgt er den Rat der Circe, die ihm vor seiner Weiterfahrt gesagt hatte, daß jeder, der sich den Sirenen nähere und ihren Gesang anhöre, unwiderstehlich von ihnen angezogen werde und in den Tod fahre. Seine Gefährten soll er durch Wachs in ihren Ohren am Hören hindern. Er selbst aber mag sich den Gesang der Sirenen anhören:

„... selbst aber magst du hören, wenn du willst. Doch sollen sie dich in dem schnellen Schiff mit Händen und Füßen aufrecht an den Mastschuh binden – und seien die Taue an ihm selber angebunden –, damit du mit Ergötzen die Stimme der beiden Sirenen hörst. Doch wenn du die Gefährten anflehst und verlangst, daß sie doch lösen, so sollen sie dich alsdann mit noch mehr Banden binden!"

Als das Schiff sich dann wirklich den Sirenen nähert, lautet deren Versprechen ähnlich wie jenes der Schlange am Paradiesbaum. Die „blumige Wiese", von der schon Circe gesprochen hatte, ist ebenso verlokkend wie die paradiesische Flora elysischer Gefilde. Alles scheint im Zeichen des Heils zu stehen, und alles verkündet für den Eingeweihten Verderben.

Der antike Held Odysseus, ein Götterliebling zwar, aber kein Gott, kann der Verführung nur durch äußere Hilfe entgehen: Die Gefährten fesseln ihn, um ihn und sich zu retten. Aber eben dieses Detail hatte seinen tiefen, dialektischen Sinn für die frühe Christenheit: Der Held Odysseus sorgt für seine Rettung, indem er sich den Verlockungen der Welt nicht wehrlos ausliefert. Er ist damit ein Vorbild für den Christen. Odysseus wird von den Gefährten auf seinen eigenen Rat hin gefesselt, damit ihm und ihnen Heil auf ihrer Fahrt beschieden ist. Christus als Gottessohn braucht nicht geschützt zu werden vor den Verlokkungen weltweiten Wissens wie Adam und Odysseus. Er ist allwissend und geht dem Tod am Kreuz als Gott entgegen.

Als das Christentum in die antike Welt einsickerte, zogen die stolzen Schiffe der Griechen und Römer weiterhin über die damals bekannten Meere. Ihre Masten, Wäldern gleich, bewegten sich im Wind der Hafenbecken; wandernden Wäldern gleich trieben sie in den Seeflotten über das Meer. Wie eine Siegesfahne blähte sich das Toppsegel am Mast, wenn die Schiffe gute Fahrt machten. Den Dionysos, der den Weinstock brachte, mag mancher träumende Seefahrer vor Augen gehabt haben, wenn die Delphine um sein Schiff sprangen und der Weinbecher geleert wurde.

Der Weinstock am Mastbaum, die Schlange geringelt um die Rahe: Da ist die mythische Welt der Antike verschlungen mit der Geschichte des Heils nach der Zeitenwende. Christus der Gekreuzigte fährt nun unsichtbar am Kreuzbaum des Mastes mit, um das Heil der Seefahrer zu bewahren.

Ratlosigkeit im Mainzer Untersuchungsausschuß

Lambsdorff bestreitet Gesetzesverstöße bei Parteispenden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das gute Dutzend Mainzer Landtagsabgeordneter, das mit einem Untersuchungsausschuß Licht in die rheinland-pfälzische Parteispendenaffäre zu bringen versucht, machte gestern einen rat-, fast hilflosen Eindruck: Nach nicht einmal 90 Minuten gab es keine Fragen mehr an den ehemaligen Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP und früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Dabei hatte Lambsdorff allein 20 Minuten für sein vorbereitetes Statement benötigt. So meinten Beobachter, es hätte eigentlich ausgereicht, wenn der erst in der Nacht aus Rom Zurückgekehrte ihnen sein Neun-Seiten-Papier geschickt hätte.

Doch der FDP-Politiker, der Ende August wegen Bestechlichkeit, Steuerhinterziehung und Beihilfe vor dem Bonner Landgericht stehen soll, war nach Mainz gekommen: Dies sei, meinte er, der „notwendige Respekt", den ein Parlamentarier vor einem Untersuchungsausschuß haben müsse. Dabei habe ihm sein Rechtsanwalt *Egon Müller „ausdrücklich geraten"*, wegen des Prozesses das Recht auf Zeugnisverweigerung in Anspruch zu nehmen. Das tat er dann nur ein einziges Mal, nachdem eine SPD-Frage nach den heute als „Spendenwaschanlage" eingestuften Staatsbürgerlichen Vereinigungen vom Vorsitzenden bereits als nicht zum Untersuchungsauftrag gehörend abgewiesen worden war.

Es ging um die GFEW

So ging es ausschließlich um die Gesellschaft für europäische Wirtschaftspolitik (GFEW) mit Sitz im rheinland-pfälzischen Neuwied, die 1968 „im Interesse" der nordrhein-westfälischen FDP von Parteimitgliedern gegründet und 1975 liquidiert worden war. Sie sollte nach Lambsdorff „sowohl finanziell als auch durch Veranstaltungstätigkeiten die Arbeit der FDP unterstützen". Man sei mit der GFEW ins Nachbarland gegangen, weil bekannt gewesen sei, daß der Parteienfinanzierung dienende Vereinigungen „unbeanstandet im Bereich der Oberfinanzdirektion Koblenz ansässig" gewesen waren und die nordrhein-westfälische FDP bereits in Bonn eine derartige Organisation gehabt hatte. So habe der Leiter des Finanzamtes Neuwied bei der steuerlichen Anerkennung als Berufsverband „erkannt", daß die Organisation „auch der Finanzierung" der nordrhein-westfälischen FDP dienen sollte. Ausdrücklich wies Lambsdorff Gesetzesverstöße zurück: „Keines der Gründungs- oder Vorstandsmitglieder konnte und wollte es sich allein schon mit Rücksicht auf seine berufliche Position leisten, mit den Steuergesetzen oder gar den Steuerstrafgesetzen in Konflikt zu kommen." Überhaupt hätte „aus unserer Sicht und nach unseren Erfahrungen die Entscheidung der Finanzbehörden des Landes Rheinland-Pfalz im Falle der GFEW durchaus dem entsprochen, was damals üblich war".

„Ohne steuerliche Folgen"

So habe ihn der damalige Landesfinanzminister Johann Wilhelm Gaddum (CDU) im Sommer 1975 unterrichtet, daß die Liquidation der Gesellschaft „ohne steuerliche Folgen" sein würde. Ähnliche Entscheidungen seien früher auch in Nordrhein-Westfalen gefällt worden, „obwohl den Finanzverwaltungen klar war, daß die von den Vereinen aufgebrachten Mittel der Parteienfinanzierung zugeführt worden waren".

Lambsdorff bestätigte, daß er sich 1971 unter anderem bei Gaddum dafür eingesetzt hatte, daß das Finanzamt Neuwied seine Zuständigkeit für die GFEW nicht an die Behörde in *Düsseldorf abgeben sollte. Er* habe dem damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl 1973 auch geschrieben, es sei „aus verschiedenen Gründen" von Bedeutung, „daß die örtliche Zuständigkeit erhalten bleibt". Bei einem ersten eineinhalbstündigen Treffen mit Kohl am 20. Dezember 1973 nach einer Begegnung mit Gaddum sei darüber aber nur „in ein oder zwei Sätzen" gesprochen worden.

Auf eine SPD-Frage nach „Umwegfinanzierungen" und Spendenbescheinigungen verwies er dann auf den verstorbenen Düsseldorfer SPD-Oberbürgermeister Wilhelm Becker. Der habe 1960/1961 eine Spende von einer Bank erhalten, bei der Lambsdorff tätig war. Die steuerabzugsfähige Quittung sei von der Arbeiterwohlfahrt ausgestellt worden.

Christdemokrat als Nachfolger Pertinis?

Italienische Präsidentschaftswahlen beginnen am Montag

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Fünf Tage vor Beginn der italienischen Staatspräsidentenneuwahl gibt es noch immer keine offizielle Kandidatur für die Nachfolge des fast 89jährigen Sozialisten Sandro Pertini im römischen Quirinalspalast. Die *Democrazia Cristiana als stärkste* Partei des Landes und der regierenden Fünferkoalition hat erst gestern Sondierungsgespräche mit den Parteien des „Verfassungsbogens", das heißt den Regierungsparteien und den Kommunisten, aufgenommen. Nach siebenjähriger Pause verlangt sie das Präsidentenamt wieder für sich, will aber ihren Kandidaten erst dann bestimmen, wenn sie sicher ist, daß er eine breite Mehrheit findet.

Der neue Präsident wird von den Mitgliedern beider Parlamentshäuser und von Vertretern der 20 Regionen des Landes in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wahlversammlung, die von der kommunistischen Kammerpräsidentin Nilde Jotti für den kommenden Montag 16.00 Uhr einberufen wurde, setzt sich aus 1010 Wahlmännern zusammen. In den ersten drei Wahlgängen bedarf es zur gültigen Wahl der Zweidrittelmehrheit. Vom vierten Wahlgang an reicht die absolute Mehrheit. Die letzten drei Präsidentenwahlen hatten sich über Wochen hingezogen. Giuseppe Saragat war 1964 erst im 21. Wahlgang, Giovanne Leone 1971 sogar erst im 23. Wahlgang und Sandro Pertini 1978 im 16. Wahlgang gewählt worden. 1964 und 1978 waren die offiziellen christ*demokratischen Kandidaten* gescheitert. „Heckenschützen" ihrer eigenen Partei hatten sie bei der Geheimabstimmung zu Fall gebracht.

Kommunisten beteiligt

Dem will DC-Sekretär De Mita jetzt vorbeugen, indem er versucht, schon im Vorfeld der Wahl eine sichere Mehrheit zu finden und eine Kandidatur vor allem mit der zweitstärksten Partei, den Kommunisten, abzustimmen.

Dieses Verfahren stößt freilich auf den Widerstand der Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen, die zusammen mit den Christdemokraten und Republikanern Koalitionspartner der Regierung des sozialistischen Parteisekretärs Bettino Craxi sind. Die drei Parteien sind zwar grundsätzlich mit der Nominierung eines Christdemokraten einverstanden, verlangen aber, daß dieser ein Kandidat des gesamten Regierungslagers sein und seine politische Orientierung eine Garantie für die Stärkung der Koalition bieten müsse. Wenn diesem Kandidaten auch die Kommunisten ihre Stimme geben sollten, wäre das um so besser, wenn nicht, müsse ihn die Regierungskoalition allein durchbringen. Auf dem Papier haben die fünf Parteien durchaus die Möglichkeit zu einem solchen Alleingang ohne oder gegen die KP.

Chance für Zaccagnini?

Die fünf Parteien verfügen mit 587 Vertretern in der Wahlversammlung über die sichere absolute Mehrheit, die im vierten Wahlgang zur Wahl ausreichen würde. Nur scheint im Falle einer solchen Konfrontation die Geschlossenheit der DC-Wahlmänner nicht gesichert zu sein. Der linke DC-Flügel besteht auf einer Absprache mit den Kommunisten, und diese haben auch bereits zu verstehen gegeben, wer ihr christdemokratischer Wunschkandidat wäre: der ehemalige Parteisekretär und linke DC-Flügelmann Benigno Zaccagnini.

Für Regierung und Fünferkoalition wäre dessen Wahl freilich kaum eine Garantie. Zaccagnini hat nie ein Hehl aus seiner Vorliebe für eine Politik der „nationalen Solidarität", das heißt in Praxis Zusammenarbeit mit der KP, *gemacht.*

Bei dieser Ausgangslage ist nicht auszuschließen, daß sich die Wahlversammlung wie bei den letzten drei Wahlen nach einem Dutzend Wahlgängen wieder in eine Sackgasse verrennt. Dann könnte durchaus noch einmal die Stunde des Alt-Präsidenten Pertini schlagen. Dessen am vergangenen Sonntag erklärte Weigerung, für eine zweite siebenjährige Amtsperiode zu kandidieren, wird in Rom in Zusammenhang gesehen mit einer Äußerung, die er kürzlich gegenüber dem amerikanischen Fernsehen machte. Auf die Frage, was er tun würde, wenn ihn die Wahlversammlung trotz erklärter Nicht-Kandidatur doch wieder wählen sollte, sagte er: „Dann müßte ich mir die Sache überlegen."

„Liberale Wirtschaft auch für Frankreich"

Deutsch-französisches Symposion zu ökonomischer Kooperation

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die europäischen Vordenker lassen sich von vorübergehenden Eintrübungen der deutsch-französischen Szene nicht beirren. Seit Jahren arbeiten sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur wenige wissen, daß sie die „einsamen Beschlüsse" der Politiker vorbereiten. Der französische Wirtschaftsprofessor William François zum Beispiel leitet seit zehn Jahren den „Verein zum Studium wirtschaftlicher und humanitärer Probleme in Europa".

Dem Verein geht es darum, in Frankreich dem Gedanken einer liberalen, von den Fesseln der Planwirtschaft befreiten Wirtschaft zum Sieg zu verhelfen und es damit überhaupt erst zu einer vollen Partnerschaft mit einer von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft bestimmten Bundesrepublik zu befähigen.

François' Partner in Deutschland sind Politiker und Wirtschaftler, die sich im Wirtschaftsrat der CDU zusammengefunden haben, der viele Jahre von dem Europaabgeordneten Philipp von Bismarck geleitet wurde. Beide Gremien kommen seit 1978 in der Regel jährlich einmal zusammen. Der heutige Bundeskanzler gehörte in der Vergangenheit ebenso zum Teilnehmerkreis wie die ehemaligen französischen Premierminister und Minister Messmer, Monory, Bettencourt oder Gena, die ihm bis heute angehören. Das Gros bilden Unternehmer, Bankiers, hohe Ministerialbeamte und Vertreter der Zentralbanken beider Länder.

Jahr der Entscheidung

Für die Franzosen ist das nun begonnene Haushaltsjahr, das bis zu den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr dauert, das Jahr der Entscheidung: Kommt es zum Sieg der Opposition, so wird sich der historische Umwandlungsprozeß vollziehen können, den William François als *absolut notwendige* Voraussetzung für ein wirtschaftlich geeintes Europa propagiert. Denn wenn die Rechte in Frankreich siegt, wäre dies nicht nur ein Sieg über den Sozialismus, sondern auch über Colbert und seine den Franzosen seit 300 Jahren eingepaukte Zentralwirtschaft. Pierre Messmer, Premierminister einer Regierung, die das innere und äußere Finanzgleichgewicht Frankreichs vier Jahre lang wahrte, hält diesen Sieg nicht nur für möglich, er bezeichnet ihn sogar als natürliche Folge eines Umdenkens der Franzosen, einer „Revolution" in ihrer Einstellung zur Wirtschaft, die durch die letzten vier Jahre Sozialismus noch beschleunigt wurde.

Yvon Chotard, Vizepräsident des französischen Unternehmerverbandes CNPF, warnt indes vor allzu leichtsinnigen Versprechungen, worin er sich einig ist mit Raymond Barre. Wenn die Liberalisierung der Wirtschaft in ein soziales Chaos führe, würden die Franzosen schnell wieder das Plan-System vorziehen. Nur die rasche Gesundung der vom Sozialismus ruinierten Betriebe könne diese in die Lage versetzen, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Erbe Ludwig Erhards

William François hat diese Gefahr erkannt, die durchaus auch von einer „bürgerlichen" Regierung ausgehen könnte. Es war immerhin General de Gaulle, ein Gegner des Sozialismus, der 1946 der Planwirtschaft in Frank*reich mit neuen Verstaatlichungen zu* entscheidendem Auftrieb verhalf. François will daher das liberale Wirtschaftssystem nicht nur in Frankreich verfassungsmäßig verankert sehen, sondern auch in Deutschland. Denn das Erbe Ludwig Erhards ist heute zunehmend in Gefahr. François warnt davor, daß das freie Europa eines Tages in liberal bewirtschaftete und *sozial* verplante Gesellschaften *zerfallen könnte, wenn die zum* Sozialismus tendierenden Kräfte die Überhand gewinnen.

Zwar hätten sich, so François, bisher die Gründer der Gemeinschaft an die Verpflichtung der politischen Union gehalten, die ihnen die Römischen Verträge auferlegen. Aber die aus ihnen resultierenden Organe gründeten nicht auf einem europäischen Grundgesetz. „Im wirtschaftlichen Bereich sind Ungewißheiten und Zweideutigkeiten keineswegs aufgehoben." Daher haben er und seine Freunde dem französischen Parlament einen Gesetzentwurf „Zur Einführung der wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten in die Verfassungspräambel" vorgelegt, über die nach einem eventuellen Regierungswechsel abgestimmt werden soll.

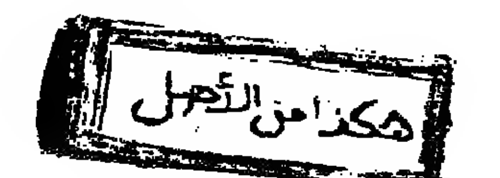
Frau Thatchers Vorschläge für Mailand

kie, Bonn

Ein Europa nicht der „zwei Geschwindigkeiten", sondern der „variablen Geometrie" schwebt der britischen Premierminsterin Margaret Thatcher als operative Grundlage der anzustrebenden Politischen Union vor. In diesem Sinne wird sie auch auf dem kommenden EG-Gipfel in Mailand argumentieren und detaillierte Vorschläge auf den Tisch legen.

In der Folge des jüngsten Eklats um das deutsche Getreidepreis-Veto sieht London in der Streitfrage „Mehrheitsentscheidungen oder Einstimmigkeit", mithin in dem Konflikt zwischen den Römischen Verträgen von 1957 und dem sogenannten „Luxemburger Kompromiß" von 1966, die auch für das Gelingen des Mailänder Gipfels entscheidende Herausforderung. Zur Überwindung dieser Problematik wird Frau Thatcher folgende Modalitäten vorschlagen:

1. Unter keinen Umständen darf an den Römischen Verträgen, das heißt am Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, gerührt werden.
2. Bei problematischer Materie sollen einzelne Länder, die einerseits zustimmungsunwillig sind, andererseits aber scheuen, die gesamte Beweislast eines Vetos auf sich zu nehmen, wieder stärker von Artikel 148 der Römischen Verträge, der Stimmenthaltung, Gebrauch machen. Dadurch würde die Entschlußfähigkeit des Rats nicht behindert werden.
3. Bei Fällen, in denen der EG-Rat eine eindeutige Zielsetzung vereinbart hat – etwa die freie Niederlassung von Architekten –, soll ein Veto generell unzulässig sein, mithin auf Einstimmigkeit expressis verbis verzichtet werden.
4. Sollte dennoch ein EG-Mitglied „vitale Rechte" für sich reklamieren und damit den Mehrheitsbeschluß behindern, müßte dieses geplante Veto in Zukunft rechtzeitig in schriftlicher Form dem Außenminsterrat der EG vorgelegt werden. London verspricht sich davon eine heilsame pädagogische Wirkung – sprich: Abschreckung –, da es einer politisch weitaus schärferen Güterabwägung bedarf, wenn eine Mitgliedsregierung in Zukunft erst mit schriftlicher Begründung den Weg zum Ministerrat gehen muß, statt wie bisher aus der Notlage heraus ihren Minister einfach anzuweisen, Veto einzulegen.



Zu viel auf einmal

fu (London) – Inflationsbekämpfung um beinahe jeden Preis lautete die Devise der Thatcher-Mannschaft vom ersten Tag ihrer Amtsübernahme im Jahre 1979 an. Und sie brachte es auch tatsächlich fertig, die Inflationsrate bis Mitte 1983 von über zwei Prozent zwischenzeitlich bis auf den Tiefstpunkt von 3,7 Prozent zu drücken.

Heute liegt die Inflationsrate bei sieben Prozent. Ist der „Feind Nummer eins", so die „eiserne Lady", nach dem beeindruckenden Zwischenerfolg aus den Augen gelassen worden? Wohl kaum. Viel näher liegt die Annahme, daß die Regierung in ihrer zweiten Amtsperiode versucht hat, zu viel auf einmal zu erreichen. Dies hat zu Interessen-Kollisionen und damit zu einer gewissen Lockerung der Geldmengen- und Ausgabendisziplin geführt.

Fairerweise muß berücksichtigt werden, daß die Preisbeschleunigung der letzten Monate weitgehend „importiert" ist, das heißt auf einen vorübergehend sehr schwachen Pfundkurs zurückzuführen ist. Allein der Inflationssprung im April von 6,1 auf 6,9 Prozent entfiel zur Hälfte auf eine teurere Hausfinanzierung.

Im übrigen gibt es einen Indikator dafür, daß die sieben Prozent nicht mehr sind als ein Ausreißer: Die Preise, die von der britischen Wirtschaft für Rohmaterialien zu zahlen sind, stiegen in den zwölf Monaten bis Mai nur um 3,8 Prozent – der niedrigste Anstieg seit Anfang 1981. Vielleicht tritt die Vorhersage des Schatzkanzlers doch noch ein, die Inflationsrate werde um die Jahreswende wieder bei fünf Prozent liegen.

Anschluß

adh. – Nach einem recht schwachen Jahresbeginn, der bereits als Ende der langsamen Konjunkturerholung für die Textilindustrie gedeutet wurde, hat die Branche jetzt wieder Anschluß an die letztjährige Aufwärtsbewegung gefunden. Die jüngsten Auftragszahlen signalisieren eine Weiterfahrt der Textilkonjunktur auf erhöhtem Niveau. Hinter den global befriedigenden Branchenzahlen stecken freilich erheblich unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Unternehmen. Die konsumnahen Bereiche tun sich schwer, wie sich auch an den stagnierenden Verkäufen im deutschen Textileinzelhandel ablesen läßt. Die Stütze für die Textilkonjunktur bleibt also auch in diesem Jahr das Auslandsgeschäft, das bisher unverändert gut läuft. Vor diesem Hintergrund ist die stete Warnung der Textilindustrie vor protektionistischen Bestrebungen zu sehen. Offene Märkte im Ausland sind für die deutschen Textilunternehmen der Garant für das Überleben.

KRAFTFAHRZEUGHANDWERK / Verband: Weniger Autozulassungen als 1984

Der Nachfragestau nach Diskussion um den Katalysator löst sich auf

H.HECK/D.SCHMIDT, Hannover

Um einen Einbruch in der Bauwirtschaft abzufedern, will die Bundesregierung unter anderem die Abschreibungsfristen für Betriebsgebäude auf 25 Jahre halbieren. Das hat Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht noch vor dem für den 1. Juli zu erwartenden Kabinettsbeschluß gestern vor der Mitgliederversammlung des Zentralverbands des Kraftfahrzeughandwerks in Hannover erklärt.

Zugleich nannte er die Strukturanpassung der Bauwirtschaft angesichts des scharfen Nachfragerückgangs für Wohnbauten „unumgänglich". Ohne die Talfahrt beim Bau könnten, so Schlecht, das gesamtwirtschafliche Wachstum 0,5 Prozent und die Beschäftigung um 100 000 bis 150 000 höher liegen.

Zwar erwartet der Staatssekretär eine Abnahme der Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf 1985, „leider" jedoch nicht im Jahresdurchschnitt *(der 1984 bei 2,27 Millionen lag). Die* Prognose einer bis 1990 tendenziell steigenden, günstigenfalls gleichbleibenden Arbeitslosenzahl hält er allerdings nicht für vertretbar. Hauptursache der heutigen Arbeitslosigkeit sei die Investitionslücke der siebziger Jahre. Nur bei ausreichenden Produktivitätsfortschritten und höherem Wachstum könne die Beschäftigung erhöht werden. Voraussetzung hierfür sei eine Besserung der allgemeinen Wachstumsbedingungen.

Schlecht bestätigte die Prognose der Automobilindustrie, „daß die durch die Abgasdiskussion bedingte Kaufzurückhaltung sich zu lösen beginnt" (Auftragseingänge Inland im April saisonbereinigt 46 Prozent über März und 37 Prozent über April 1984). Mit Blick auf den Umwelt-Ministerrat am 25. Juni forderte er Klarheit über die EG-Abgaswerte zum 1. Juli 1985. Zur Umstellung benötige die Wirtschaft „angemessene Anpassungsfristen, wenn wir die Beschäftigung nicht gefährden wollen".

Vor einer Überbewertung der gegenüber dem Vorjahr wieder steigenden Zulassungszahlen warnte dagegen der Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeug-Gewerbes *(ZDK), Fritz Haberl. In besonderem* Maße gelte das für die Monate Juni und Juli, die statistisch zwar ein gutes Automobilgeschäft vortäuschen dürften. Berücksichtigt werden müsse dabei aber, daß die entsprechenden Vorjahreszahlen wegen des Metallerstreiks extrem niedrig waren.

Für das gesamte Jahr 1985 rechnet Haberl mit einem Rückgang der Neuzulassungen um fünf bis sechs Prozent gegenüber 1984; das bedeute etwa 2,25 Millionen Pkw-Neuzulassungen. Erst seit April seien die Zulassungszahlen wieder im Steigen begriffen. Dennoch ergebe sich in den ersten vier Monaten 1985 noch ein Minus gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 12,3 Prozent. Auch im Mai zeichne sich ein relativ gutes Ergebnis ab, so daß Ende Juli die Zulassungszahl höher sein werde als in den ersten sieben Monaten 1984.

Der ZDK geht davon aus, daß eine Belebung des Autogeschäfts im zweiten Halbjahr, mit Beginn des neuen Modelljahres, einsetzt. Allerdings müsse im Oktober und November wegen der vorjährigen „ungeheuerlichen Aufholjagd" mit geringeren Zulassungszahlen gerechnet werden. Noch immer beobachte der ZDK ein deutliches Süd-/Nordgefälle, das sowohl für das Neu- wie für das Gebrauchtwagengeschäft gelte.

Nach Ansicht des ZDK ist das Angebot schadstoffarmer Autos bereits heute größer als die Nachfrage. Die Ursache dafür sei die unzureichende *Versorgung mit bleifreiem Benzin.* Um dies zu ändern, befürworte der ZDK die Einführung des Schweizer Modells. Danach dürfte verbleites Normalbenzin nicht mehr verkauft werden, sondern nur noch bleifreies Normal- und Superbenzin sowie verbleiter Superkraftstoff.

Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, erklärte auf der ZDK-Mitgliederversammlung, von den Turbulenzen des Jahrs 1984 sei der Handel stärker als die Industrie betroffen. Während die Hersteller die Probleme im Inland durch eine Ausweitung der Pkw-Exporte teilweise kompensierten, stand dieses Ventil dem Kfz-Gewerbe nicht zur Verfügung.

VEREINIGTE STAATEN

Leistungsbilanz hat sich drastisch verschlechtert

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Leistungsbilanzdefizit wird in diesem Jahr, wie befürchtet, 120 Mrd. Dollar (etwa 370 Mrd. Mark) übersteigen. 1984 erreichte es 101,5 Mrd. Dollar, verglichen mit 40,8 Mrd. Dollar 1983. Wie das Handelsministerium mitteilte, verschlechterte sich der Passivsaldo im ersten Quartal 1985 gegenüber der vorausgegangenen Vierteljahresperiode von 25,5 (revidiert) auf 30,0 Mrd. Dollar. Netto verringerten sich jedoch die Kapitalimporte von 33,3 auf 16,5 (Gesamtjahr 1984: 97,3) und die Abflüsse von 14,3 auf 3,2 (20,4) Mrd. Dollar.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige machte in der Hauptsache das im Quartalsvergleich von 24,6 auf 29,4 Mrd. Dollar erhöhte Defizit in der amerikanischen Handelsbilanz für das wachsende *Dilemma* verantwortlich. Gesunkene Agrarlieferungen drückten die Warenexporte um ein Prozent auf 55,8 Mrd. Dollar, während die Einfuhren trotz niedrigerer Ölbezüge um 5,4 Prozent auf 85,2 Mrd. Dollar zunahmen. Zugleich verringerten sich die Einnahmen aus Dienstleistungen um 0,6 auf 2,8 und der Zufluß aus Direkt- und Portfolio-Investitionen netto um 1,3 auf 6,6 Mrd. Dollar.

Die schleppende Auslandskonjunktur bremste das Kreditgeschäft der US-Banken. Ihre Forderungen erhöhten sich nur um 0,3 (4,9) Mrd. Dollar, und die Nettokäufe ausländischer Wertpapiere schlugen lediglich mit 2,5 (3,7) Mrd. Dollar zu Buch. Dagegen stiegen die Verpflichtungen der US-Banken um 13,0 (4,5) Mrd. Dollar – mit Schwerpunkt Februar und Anfang März, als sich Geld in Amerika verteuerte und sich Kreditaufnahmen im Ausland wegen der höheren Zinsdifferenz lohnten. Die Ausländer reduzierten zwar unterm Strich den Erwerb von Treasury-Titeln von 9,5 auf 2,7 Mrd. Dollar, dagegen schnellte jedoch der Kauf anderer US-Wertpapiere auf 9,5 Mrd. Dollar – ein neuer Rekord.

Nach Angaben des Ministeriums haben die amerikanischen Unternehmen nach der Streichung der US-Quellensteuer im vergangenen Juli ihren Finanzbedarf in zunehmendem Maße auf dem Eurobond-Markt gedeckt. Die ausländischen Direktinvestitionen in den USA nahmen nur noch um 2,7 (4,7), die ausländischen offiziellen Guthaben um 7,1 (11,4) Mrd. Dollar netto zu.

Baldrige geht davon aus, daß die USA bereits ein Netto-Schuldnerland geworden sind. Nach seiner Rechnung betrug Amerikas Überschuß bei den internationalen Investitionen Ende 1983 rund 104 Mrd. Dollar. Im März sei das Plus völlig verschwunden. Dividenden und Zinszahlungen an Ausländer würden in naher Zukunft die Leistungsbilanz zusätzlich belasten. Laut Baldrige läßt sich „der Fluß der roten Zahlen nur stoppen, wenn das US-Haushaltsdefizit schnell gekappt wird". Weiter sinkende Zinsen würden den Dollar und die US-Handelsdefizite drücken.

Investoren umworben

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich rollt den roten Teppich für ausländische Investoren weiter aus. In jedem Departement wird sich ein neuer Sonderbeauftragter um Auslandsinvestoren kümmern. Paris überträgt ihm alle Kompetenzen für die Regelung der Formalitäten an Ort und Stelle; angefangen von der Baugenehmigung bis zur Arbeits- und Beschäftigungserlaubnis. Dies verkürzt den Amtsweg erheblich.

Darüber hinaus werden die steuerlichen Investitionshemmnisse zentral abgebaut. Dies betrifft vor allem Länder mit denen keine Doppelbesteuerungsabkommen bestehen. Außerdem soll der ausländische Investor sogar die Kosten für den Schulbesuch der Kinder seiner mitgebrachten Angestellten von der französischen Steuer absetzen können.

Schließlich aber will die Regierung den Genehmigungszwang für ausländische Investitionen aus Nicht-EG-Ländern (aus der EG sind sie frei) flexibler handhaben. Bereits im letzten Herbst hatte sie für solche Investitionen eine Freigrenze von fünf Millionen Franc eingeführt. Sie wurde im Februar auf zehn Millionen erhöht. Für die darüber hinausgehenden Vorhaben bedarf es jetzt nur noch einer bloßen Anmeldung, der die Behörden innerhalb eines Monats widersprechen können.

Besonders wichtig für amerikanische Investoren sind die Erleichterungen für die Errichtung von Niederlassungen internationaler Unternehmensgruppen in der Pariser Region. Nachdem die Kommunisten nicht mehr der Regierung angehören, braucht auf deren negative Einstellung gegenüber den „Multis" keine Rücksicht mehr genommen zu werden. Das Wort der „Überfremdung" scheint aus dem sozialistischen Sprachschatz verbannt zu sein.

Dafür wird jetzt der Segen der Auslandsinvestitionen für die Leistungsbilanz, für die Modernisierung, den technologischen Fortschritt und nicht zuletzt für den Arbeitsmarkt *gelobt. Die in den letzten* vier Jahren beschlossenen Investitionen von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung über 30 Prozent erstrebten die Schaffung oder Erhaltung von immerhin 48 720 Arbeitsplätzen, dabei allein 13 400 in 1984. Das war die höchste Zahl seit zehn Jahren.

Selbst wenn erfahrungsgemäß etwa zehn Prozent weniger Arbeitsplätze als in den Investitionsplänen vorgesehen eingerichtet werden, ist das Ergebnis doch recht beachtlich. Denn im letzten Jahr gingen in Frankreich insgesamt 200 000 Arbeitsplätze verloren. Dagegen betrafen die US-Investitionen 4824 und in den letzten vier Jahren 21 350 Arbeitsplätze, vor den japanischen mit 4731 bzw. 6432.

Die deutschen Vorhaben bezogen sich in den letzten vier Jahren auf 6683 Arbeitsplätze (davon 1374 in 1984), was der japanischen Größenordnung entsprach. Sie blieben aber so gerechnet weit hinter den amerikanischen zurück. Ihrem Wert nach waren sie von 621 Millionen Mark 1981 auf 304 Millionen Mark 1982 gefallen, um sich dann auf 390 Millionen Mark 1983 und 452 Millionen Mark 1984 zu erholen. Der Gesamtbetrag dieser Direktinvestitionen wird für Ende letzten Jahres auf 8,75 Milliarden Mark veranschlagt. Das waren 7,8 Prozent der gesamten deutschen Auslandsinvestitionen.

Gleichwohl erreichte dieser Anteil in den letzten Jahren bei weitem nicht den Prozentsatz der Frankreich-Exporte an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik. Das lag zunächst an den Nachwirkungen des Schocks, den die sozialistische Nationalisierungsaktion und die zunächst protektionistisch orientierte Wirtschaftspolitik der sozialistisch-kommunistischen Regierung gerade bei deutschen Investoren ausgelöst hatte. Der Sanierungsplan vom März 1983 und seine entschlossene Durchführung hat dann aber zu einem Stimmungsumschwung geführt. Die jetzt beschlossenen Maßnahmen könnten vor allem den amerikanischen und japanischen Investitionen weiteren Auftrieb geben.

Deutsche Investoren dürften sich eher von konjunkturellen Überlegungen leiten lassen. Zur Erhaltung der Marktanteile bei ihrem großen Auslandskunden muß die deutsche Industrie jedenfalls in ihre Absatz- und Serviceorganisation investieren. Wieweit sie neue Produktionsstätten errichtet oder solche übernimmt, hängt von der Lohnkostenentwicklung und den Gewinnmargen ab.

Ungewiß bleiben das soziale Klima und die Möglichkeit der Regierung zu weiteren Liberalisierungen, insbesondere am Arbeits- und Kapitalmarkt. Auch der Ausgang der Parlamentswahlen vom nächsten Frühjahr bringt ein Unsicherheitselement.

AUF EIN WORT



„Bislang haben drei Entwicklungsdekaden nicht vermocht, die Kluft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zu überbrücken. Dennoch gibt es zur Resignation keinen Grund. Geboten ist freilich eine nüchterne Beurteilung der Chancen und Grenzen eines Neuanfangs im Dialog zwischen Nord und Süd."

Rüdiger Freiherr von Wechmar, deutscher Botschafter in London.
FOTO: DPA

Wieder mehr Insolvenzen

VWD, Wiesbaden

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik erhöhte sich um 18,6 Prozent gegenüber April 1984 auf 1136 Fälle, teilte das Statistische Bundesamt mit. Besonders betroffen war das Baugewerbe mit einem Anstieg um 34,1 Prozent auf 311 Fälle. Im Handel kam es zu einer Steigerung von 17,2 Prozent auf 286 und im Dienstleistungsbereich um 19,1 Prozent auf 299. Im verarbeitenden Gewerbe stieg die Insolvenzzahl nur um drei Prozent auf 172. In den ersten vier Monaten 1985 nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Prozent auf 4,571 Fälle zu.

FINANZAUSGLEICH

Bremen fordert 95 Millionen Mark Ergänzungszuweisungen

HEINZ HECK, Bonn

Der Bremer Senat hat das Angebot, die Hansestadt Bremen 1986 mit rund 70 Millionen Mark an den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) für finanzschwache Bundesländer zu beteiligen, abgelehnt und einen Betrag von mindestens 95 Millionen Mark gefordert. Bremen stützt sich dabei auf Modellrechnungen des Bundes, die unter bestimmten Annahmen für Bremen einen Anteil von bis zu 5,3 Prozent ausweisen. Die Bundesergänzungszuweisungen belaufen sich auf 1,5 Prozent der gesamten Umsatzsteuereinnahmen von Bund und Ländern, also 1986 voraussichtlich 1,8 Milliarden Mark. 5,3 Prozent würden etwa 95 Millionen Mark ausmachen.

Mit Wirkung ab 1986 muß das Finanzausgleichsgesetz mit Blick auf die Bundesergänzungszuweisungen und die Verteilung der Umsatzsteuer novelliert werden (Letzte Woche wurde vereinbart, daß der Länderanteil an der Umsatzsteuer 1986 und 1987 um 0,5 auf 35 Prozent erhöht wird). Bund und Länder sind sich auch einig, daß Bremen in den Kreis der finanzschwachen Länder aufgenommen werden muß. Da die BEZ jedoch nicht erhöht werden, geht diese Erweiterung zu Lasten der übrigen (Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland) Länder.

Der derzeit geltende Verteilungsschlüssel ist allerdings durch die inzwischen eingetretene unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder obsolet geworden. Vor allem die Ansprüche Bayerns werden bei einer Neufestsetzung aufgrund aktualisierter Daten erheblich reduziert werden. Die künftigen Zahlungen für Bremen gingen daher im Vergleich zu 1985 vor allem zu Lasten Bayerns.

US-KONJUNKTUR

Auslastung der Kapazitäten hat sich weiter verringert

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich die Auslastung der industriellen Kapazitäten – verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Versorgungsgesellschaften – weiter verringert, und zwar im Mai um 0,4 auf 80,3 Prozent. Damit macht der Rückgang seit Juli 1984, als die Abschwächung des bis dahin ungewöhnlich kräftigen Konjunkturaufschwungs begann, 2,4 Prozent aus. Zum Vergleich: In den Jahren 1967 bis 1982 betrug die durchschnittliche Auslastung 82,4 Prozent. In der Weiterverarbeitung ist sie seit März um 0,7 auf 80,4 Prozent gesunken; seit Januar 1980 sind in diesem Industriesektor zwei Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen.

Der niedrige Auslastungsgrad, der als positiven Effekt die Inflationsgefahren begrenzt, wird in Washington gemeinhin auf die Rekord-Importe zurückgeführt. Aber es gibt noch eine andere Erklärung. So haben die verarbeitenden Unternehmen in Amerika in den vergangenen Jahren große Anstrengungen zur Modernisierung und Rationalisierung ihrer Produktionsanlagen unternommen. Das Ergebnis waren Produktivitätssprünge, die zum Beispiel im letzten Jahr 3,5 Prozent ausmachten. Im Schnitt erhöhten sich dadurch die Kapazitäten seit 1976 um 27 (1985: fünf) Prozent.

Nach einer neuen Untersuchung wuchs das Ausstoß-Potential der Hersteller von Gummi und Plastik um 55, von Chemikalien um 48, von Elektromaschinen um 38, von anderen Maschinen um 35, von Nahrungsmitteln um 34, von Papiererzeugnissen um 21, von Automobilen um 16, von Textilien um sieben und von NE-Metallen um mehr als zwei Prozent. Einen Rückschlag – um nahezu zwölf Prozent – mußte nur der Bereich Eisen und Stahl hinnehmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Städtebauförderung unklar

Bonn (HH) – Die Bundesregierung will zwar die Etatansätze für Städtebauförderung 1986 und 1987 gegenüber 1985 auf jeweils eine Milliarde DM verdreifachen. Doch gilt nach den Gesprächen der Regierungschefs von Bund und Ländern am Freitag abend nicht als sicher, daß die Länder – wie zunächst gefordert – ihre Ansätze verdoppeln. Vor allem die finanzschwachen Länder haben Bedenken angemeldet. Es soll jetzt möglichst rasch eine Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern für 1986 und 1987 verabschiedet werden, in der die Aufbringungsmodalitäten geregelt werden. Darin dürfte auf einen festen Verteilungsschlüssel der Ausgaben (nach Bund, Ländern und Gemeinden) verzichtet werden.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (AP) – Im Zuge der Bonner Bemühungen um eine Verstärkung öffentlicher und privater Investitionen hat die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ihre *Zinssätze* für Kredite an Gemeinden sowie kleine und mittlere Unternehmen um nominal 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Wie die KfW gestern mitteilte, befinden sich die Zinssätze damit auf dem niedrigsten Stand seit sechs Jahren.

Wieder ein Defizit

Paris (J. Sch.) – Die französische Handelsbilanz war saisonbereinigt im Mai mit 1,2 Milliarden Franc defizitär. Der außergewöhnlich hohe Passivsaldo des Vormonats von 4,2 Milliarden Franc wurde zwar dank eines Importrückgangs um 5,8 Prozent und eines Exportanstiegs um 2,4 Prozent beträchtlich unterschritten. Im Mai letzten Jahres war aber ein Überschuß von 0,87 Mrd. Franc entstanden. Auch in den ersten fünf Monaten übertraf der kumulierte Passivsaldo von 16,35 Mrd. Franc den der gleichen Vorjahreszeit von 13,37 Milliarden Franc.

EG-Inflationsrate erhöht

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Inflationsrate hat sich im 1. Quartal 1985 auf Jahresbasis weiter beschleunigt. Wie aus dem jüngsten Konjunkturkommentar der EG-Kommission hervorgeht, betrug sie im März im zweiten aufeinanderfolgenden Monat 0,6 Prozent. Ausgehend von den Preiserhöhungen der letzten sechs Monate hat sich die Inflationsrate auf Jahresbasis damit auf 6,4 Prozent erhöht.

Gewinne steigen stark

Tokio (dpa/VWD) – Die an der Börse in Tokio zugelassenen japanischen Großunternehmen haben im Wirtschaftsjahr 1984/85 (31. März) beträchtliche Zuwächse erzielt: Nach einer am Dienstag veröffentlichten Übersicht der Börse nahmen die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 8,45 Prozent zu, die Netto-Gewinne um 23,15 Prozent. Erfaßt wurden mit Ausnahme der Finanzierungs- und Lebensversicherungskonzerne in dieser Übersicht 724 Unternehmen.

Ausland als Stütze

Frankfurt (adh) – Die Aufträge für die deutsche Textilindustrie haben im April wieder ein schnelleres Tempo vorgelegt: Nach einem Plus von 10 Prozent (preisbereinigt 7 Prozent) im April ergibt sich für die ersten vier Monate insgesamt ein Zuwachs von 4 Prozent; die textile Produktion liegt nach einem Plus von 8,5 Prozent im April für die ersten vier Monate jetzt auf Vorjahresniveau. Entscheidend für die positive Entwicklung ist das Auslandsgeschäft, die Ausländer bestellten im ersten Jahresdrittel 7 Prozent mehr als im Vorjahr, die Inlandsbestellungen wuchsen dagegen nur um 2,5 Prozent. Die Ausfuhr an Textilien und Bekleidung stieg um 12 Prozent auf 8,7 Mrd. DM, während die Einfuhren 11,9 Mrd. DM (plus 7 Prozent) erreichten.

Joint Venture mit China

Eindhoven (AFP) – Ein Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Farhfernsehröhren zwischen der niederländischen Elektronik-Gruppe Pilips und der Volksrepublik China ist gestern am Rande des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang bei Philips unterzeichnet worden. Philips einerseits sowie die „Huadong Electron" und die „Bank von China" andererseits werden eine Joint Venture-Gesellschaft gründen, an der die Chinesen mit 70 und die Niederländer mit 30 Prozent beteiligt sind. Die Produktion soll Ende 1987 anlaufen.

FIRST CHICAGO

Hilfe für Bank in Brasilien

VWD, Chicago

Eine Rücklage von 107 Mill. Dollar vor Steuern hat die First Chicago Corp. gebildet. Damit soll eine brasilianische Bank, Banco Denasa de Investimento S. A., saniert werden, an der First Chicago beteiligt ist. Infolgedessen dürfte das Ergebnis des zweiten Quartals nur ausgeglichen abschließen. Nach Steuern beträgt der Aufwand voraussichtlich 51 Mill. Dollar. Im zweiten Quartal 1984 hatte First Chicago einen Reingewinn von 53 Mill. Dollar ausgewiesen.

Um einen Run auf die Einlagen zu verhindern, hat First Chicago bereits die Geschäftsführung des Banco Denasa übernommen. Zwar ist First Chicago nur für den Anteil von 44,5 Prozent an dem brasilianischen Institut verantwortlich, doch konnte der Mehrheitsaktionär Denasa Desenvolvimento Nacional S. A. Participacoes nicht für den auf ihn entfallenden Verlustanteil aufkommen. Für die Holdinggesellschaft der zehntgrößten US-Bank ist das Problem des Banco Denasa das jüngste in einer Reihe von Schwierigkeiten.

ITALIEN / Industriespitzenverband hat gleitende Lohnskala gekündigt – Sozialpartner vor neuen Verhandlungen

Stärker leistungsbezogene Bezahlung angestrebt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach der am Montag vergangener Woche erfolgten Kündigung der gleitenden Lohnskala durch den Spitzenverband der Industrie stehen die italienischen Sozialpartner jetzt vor einer Serie neuer Lohn- und Lohnkostenverhandlungen. Ziel der Arbeitgeber ist laut Sprechern des Spitzenverbandes, in Zukunft „nicht weniger, sondern besser zu zahlen". Die von den Unternehmern angestrebte Entschärfung des Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala, mit dem heute Löhne und Gehälter quartalsweise den vorangegangenen Preisbewegungen angepaßt werden, soll der leistungsbezogenen Entlohnung wieder mehr Spielraum schaffen. Damit sollen die Arbeitnehmer besser motiviert und die Arbeitsproduktivität erhöht werden.

Ziel der Arbeitgeber in der italienischen Industrie ist es, durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen und Produktivitätsfortschritte die Entwicklung der Lohnstückkosten mit der in den Hauptkonkurrenzländern in Einklang zu bringen. Nach einer Untersuchung des Spitzenverbandes der Industrie stiegen im Durchschnitt der sechs meistindustrialisierten Länder des Westens (USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) die Lohnstückkosten zwischen 1975 und 1984 um 59 Prozent, wobei in dreien dieser Länder (Japan minus 5,1 Prozent, USA minus 3,5 Prozent und Bundesrepublik minus 0,9 Prozent) die Lohnstückkosten 1984 erstmals zurückgingen.

Weiter zugenommen haben diese Kosten 1984 dagegen in Frankreich (plus 4,9 Prozent), Großbritannien (plus 1,7 Prozent) und Italien. In diesem letzteren Fall errechnet der Spitzenverband eine Steigerung von 3,8 Prozent, während die italienische Zentralbank bei einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Industrie von 8 Prozent und der Arbeitskosten je Beschäftigtem von 13,7 Prozent sogar auf eine Zunahme der Lohnstückkosten von 5,3 Prozent kommt. In beiden Fällen ist es die niedrigste Steigerung seit 1972. Da die übrigen Güter und Dienstleistungen eine Kostensteigerung von 8 Prozent erfuhren, errechnet die Zentralbank eine Erhöhung aller Produktionskosten je Produkteinheit von 8,8 Prozent.

Gemessen an der Zunahme der Lohnstückkosten des Jahres 1983 in Höhe von 15,3 Prozent stellt die im vergangenen Jahr eingetretene Steigerung sowohl absolut als auch im Verhältnis zu der Entwicklung in den anderen Industrieländern gesehen eine deutliche Verbesserung dar. Sowohl für den Spitzenverband als auch die Zentralbank reicht die Reduzierung der Differenz aber noch längst nicht aus, um die Wettbewerbskraft wirksam zu erhöhen.

Da die Industrieproduktion im laufenden Jahr schwerlich um mehr als 2 Prozent steigen und die Produktivität wahrscheinlich kaum stärker zunehmen dürfte als im vergangenen Jahr, setzt die Industrie alles auf weitere Kostensenkungen. Ihr Ziel ist es, die bevorstehenden Lohn- und Lohnkostenvereinbarungen mit den Sozialpartnern so abzuschließen, daß die daraus resultierenden Erhöhungen nicht über die von der Regierung ins Auge gefaßte Inflationsrate hinausgehen, das heißt im Falle dieses Jahres 7 Prozent und des nächsten 5 Prozent.

Beide Ziele dürften Expertenerwartungen zufolge aber kaum einzuhalten sein. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die effektiven Arbeitskosten in der Industrie bereits um 10,1 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Da die Inflationsrate gleichzeitig 8,7 Prozent betrug, ergab sich eine reale Lohnkostensteigerung von 1,4 Prozent.

RENAULT / 21 000 Arbeitsplätze weniger bis Ende 1986

Widerstand der Gewerkschaft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bis Ende nächsten Jahres soll die Belegschaft des staatlichen französischen Renault-Konzerns im Automobilbereich um 21 000 auf 77 000 Mitarbeiter reduziert werden. Dies hat sein neuer Präsident Georges Besse jetzt ausdrücklich vor dem Betriebsrat erklärt. Er hofft vor allem dadurch den Konzern, der sein Geschäftsjahr 1984 mit einem spektakulären Verlust von 12,5 Mrd. Franc abgeschlossen hatte, allmählich aus den roten Zahlen zu bringen. Die übrigen Sanierungsmaßnahmen würden von Fall zu Fall getroffen.

Nach dem neuen Sozialplan, dem noch keine Gewerkschaft zugestimmt und den die bei Renault führende kommunistische CGT bereits grundsätzlich abgelehnt hat, sollen dieses Jahr 12 000 Mitarbeiter durch vorzeitige Pensionierungen (ab 55 Jahre) und durch „freiwillige" Abgänge, insbesondere bei den Gastarbeitern, freigesetzt werden. Weitere 4000 Arbeitsplätze sollen in der ersten Hälfte 1986 abgebaut werden.

Erst dann, also nach den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1986, will die Verwaltung entscheiden, wie der verbleibende Personalüberhang von etwa 5000 Mitarbeitern beseitigt werden kann. Grundsätzlich vorgesehen sind Umschulungen auf andere Berufe, „falls dies die finanziellen Kapazitäten Renaults erlauben", heißt es in dem Kommuniqué der Verwaltung.

Die Zeichen stehen nicht schlecht: In Frankreich stieg Renaults Marktanteil im Mai auf 31,8 (erste fünf Monate 30,0) Prozent und im übrigen Europa auf 7,5 (6,6) Prozent. Auch die Erträge dürften dank der Aufhebung der Autopreisreglementierung im Juni etwas verbessert werden können. Der Lohnkostenanteil je Pkw wird bei Renault aber vorerst noch erheblich über dem Niveau der Konkurrenz liegen.

Aufliegertonnage zurückgegangen

fu, London

Die Zahl und Tonnage der in der Welt beschäftigungslos aufgelegten Handelsschiffe hat sich in den letzten Monaten deutlich verringert: Wie der General Council of British Shipping jetzt mitteilte, waren Ende April in der Welt 1279 Schiffe mit zusammen 62,9 Millionen Tonnen Tragfähigkeit (tdw) beschäftigungslos aufgelegt – rund neun Prozent der gesamten Handelstonnage. Das sind 1,22 Mill. tdw weniger als Ende März. Auf dem Höhepunkt der Krise vor knapp zwei Jahren lag die Aufliegertonnage weltweit bei etwas mehr als 100 Mill. tdw. Die Masse der aufgelegten Handelsschiffe besteht unverändert aus eingemotteten Tankern; drei Prozent der Nicht-Tanker-Flotte waren ohne Beschäftigung.

Der Rückgang der Aufliegertonnage ist hauptsächlich das Ergebnis verstärkter Abwrack-Aktionen. Die Tankerraten stecken unverändert tief im Keller; die Charterraten in der Trockenfahrt erhöhten sich in den letzten Monaten nur unwesentlich.

RCA verkauft Hertz an UAL

VWD, New York

UAL kauft für 587,5 Mill. Dollar von RCA Corp. deren Tochtergesellschaft Hertz Corp. Der Verwaltungsrat von UAL Inc. hat der Transaktion bereits zugestimmt, der von RCA hat die Vereinbarung grundsätzlich gebilligt, muß sie aber noch endgültig verabschieden. Außerdem müssen noch die Genehmigungen von mehreren Behörden eingeholt werden.

Hertz soll künftig als selbständige Tochtergesellschaft von UAL fortgeführt werden. Nach Auffassung des bisherigen und zukünftigen Chairman Frank Olson ergeben sich in Verbindung mit UAL, die neben ihrer Fluglinie auch Hotels besitzen und bereits Mietwagen-Pakete an Kunden vermitteln, für Hertz bessere Zukunftschancen als mit dem Elektronikunternehmen RCA.

Bereits derzeit werden laut Olson 80 Prozent aller Vermietungsgeschäfte von Hertz in Verbindung mit Fluggesellschaften abgewickelt. Für 1984 wies Hertz einen fast unveränderten Gewinn von 50 Mill. Dollar aus.

Schalter sind wieder geöffnet

VWD, Singapur

Die in Schwierigkeiten befindliche United National Finance BHD (UNF) von Brunei hat gestern ihre Schalter wieder eröffnet, doch wurde es Einlegern nicht gestattet, Geld abzuheben. Statt dessen erhielten sie ein Schreiben, in dem die Auszahlung ihrer Gelder in Raten über einen Zeitraum von drei Jahren dargelegt wurde. Nach dem UNF-Vorschlag sollen zunächst fünf Prozent ausgezahlt werden; der Rest der Einlegerkonten ab 15. November in Raten von je 7,5 Prozent am 15. jeden dritten Monats.

Zwischen OTB und UNF bestehen indirekte Verbindungen: Der UNF-Mehrheitsaktionär Windmill Investment and Finance Co. Ltd. (88,2 Prozent) gehört zu einer von der OTB-Gründerfamilie Chang kontrollierten Holdinggesellschaft. Außerdem ist Windmill mit der Hongkonger Ka Wah Bank assoziiert, der die Bank of China und der Hongkong + Shanghai Banking Corp. gerade unter die Arme greifen mußte, weil ihre Bankkreditlinien ausgeschöpft waren.

NAMEN

Prof. Dr. Helmut Hentrich, Mitbegründer des Architekturbüros HPP Hentrich-Petschnigg & Partner KG, Düsseldorf, vollendete am 17. Juni sein 80. Lebensjahr.

Marc Fermont, bisher regionaler Vertriebsleiter der Dow Chemical Europe für Italien wurde mit Wirkung vom 1. August 1985 zum Verkaufsdirektor der Sparte Olefine berufen.

Heinz H. Hey (47), zuletzt Verlagsleiter der „VDI-Nachrichten", hat die Verlagsleitung der Festland GmbH, Bonn, übernommen.

Dr. **Hubert Pestenhofer**, Vorstandsvorsitzender der Bayern-Versicherung, München, ist neuer Vorsitzender des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen, Bonn. Er löst Prof Dr. **Robert Schwebler** ab, der sich 1983 für zwei Jahre für dieses Amt zur Verfügung gestellt hatte.

Heinz Reistenbach, seit 1957 Mitglied und seit einigen Jahren Vorsitzender der Geschäftsführung der Barmer Ersatzkasse, Wuppertal, starb am 18. Juni im Alter von 61 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts.

MEXIKO / Wolff lobt wirtschaftliche Entwicklung

Deutscher Export gestiegen

FLORIAN NEHM, Bonn

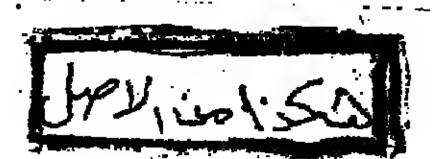
„Mit 485 Millionen DM gingen 1984 zwei Drittel aller deutschen Investitionen in Lateinamerika nach Mexiko. Sie werden sicher mit mir übereinstimmen, daß dies ein großer Vertrauensbeweis deutscher Unternehmer in die zukünftige Entwicklung ihres Landes darstellt", sagte der Präsident des Deutschen Industrie und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, gestern zur Begrüßung des mexikanischen Präsidenten, Miguel de la Madrid.

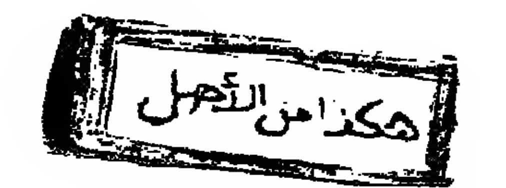
Auch sei es für die mexikanische Wirtschaft ein ermutigendes Zeichen, daß die Exporte in die Bundesrepublik im ersten Drittel des laufenden Jahres um fast 75 Prozent zugenommen hätten. 1984 waren die deutschen Importe aus Mexiko mit 732 Millionen DM um fast 10 Prozent gestiegen, standen aber einem – um fast ein Drittel erhöhten – deutschen Export nach Mexiko von 1,8 Milliarden DM gegenüber.

Wolff von Amerongen beglückwünschte den mexikanischen Staats- und Regierungschef zu der gelungen Schaffung neuen Vertrauens in die Zukunft seines Landes. Das langfristige Umschuldungsabkommen sei vielen Ländrn in vergleichbarer Lage ein erstrebenswertes Beispiel.

„Es ist uns bewußt, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Wiedergesundung Mexikos mit großen Opfern für ihre Bevölkerung verbunden ist. Aber wir glauben, daß Mexiko auf dem richtigen Weg ist, mit dem neuen Kurs unter ihrer Regierung auch neue Wachstumschancen zu schaffen", betonte Wolff von Amerongen.

Der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid betonte vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag, daß der Export für Mexiko eine wesentliche Rolle spiele. Weil die Erdölausfuhr internationalen Beschränkungen unterliege, komme dem Export von Nichterdölprodukten in Länder wie die Bundesrepublik, die als Kunde an neunter Stelle stehe, große Bedeutung zu.





BEK / Ausgaben stiegen 1984 um 8,8 Prozent

Gegen „verordneten" Stopp

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das deutsche Gesundheitswesen hat sich insgesamt bewährt. Das verdient nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Barmer Ersatzkasse (BEK), Hans Neusigl, trotz berechtigter Kritik und politischem Handlungszwang Anerkennung. Vor dem Mitgliederparlament der BEK in Hof sagte Neusigl, alle Kostenbereiche müßten in die Dämpfungsbemühungen einbezogen werden. Ein staatlich verordneter Beitragsstopp sei jedoch entschieden abzulehnen. Statt dessen müsse man auf die Gestaltungskraft der Selbstverwaltung zur Kostendämpfung setzen. Hier seien allerdings die Anstrengungen schon mehrfach durch den Gesetzgeber konterkariert worden.

Als einen ersten erfolgversprechenden Schritt in Richtung auf eine wirksamere Kostendämpfung bezeichnete BEK-Geschäftsführer Norbert Wagner die Vereinbarungen zwischen Ersatzkassen und Ärzten. Danach dürfen ab 1. Juli dieses Jahres zunächst für ein Jahr die Ausgaben für ärztliche Behandlung nicht stärker steigen als die Grundlöhne, das heißt, die Einnahmen der Kasse. Vor dem Hintergrund dieser Vereinbarung knüpfte Wagner die vorsichtig optimistische Prognose für die Ausgabenentwicklung im laufenden Jahr. Die ersten Monate hätten bei der BEK durchaus „im Plan" gelegen. Damit sei bis Ende 1985 die Stabilität der Beitragssätze gesichert.

Die finanzielle Entwicklung 1984 war für die BEK, mit über 4,5 Mill. Mitgliedern und mehr als 6,4 Mill. Versicherten größte deutsche Angestellten-Ersatzkasse, ungünstiger als 1983 verlaufen, wenn auch mit einem Defizit von fast 350 Mill. DM etwas besser als befürchtet worden war. Gesamteinnahmen von reichlich 13 Mrd. DM (plus 1,5 Prozent) standen Ausgaben von 13,35 Mrd. DM (plus 8,8 Prozent) gegenüber. Der starke Kostenanstieg betraf alle Leistungsbereiche. Die Ausgaben für die ärztliche Behandlung je Mitglied wuchsen um 5,5 Prozent, für Zahnersatz um 9,1 Prozent, für Arzneimittel um 5,1 Prozent, für Krankenhausbehandlung um 8,5 Prozent, für Heil- und Hilfsmittel sogar um 16,3 Prozent. Insgesamt lagen die Leistungsausgaben um 6,9 (2,5) Prozent höher als im Vorjahr. Dagegen erhöhten sich die Beitragseinnahmen nur um 0,2 (3,2) Prozent. Größter Leistungsbrocken war die Krankenhausbehandlung mit 3,4 (3,68) Mrd. DM.

ERDÖL- UND ERDGASGEWINNUNG

Höhere Förderabgaben

D. SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie hat 1984 mit gut 2,3 Mrd. DM den bisher höchsten Betrag an Förderabgaben gezahlt. Professor Heino Lübben, Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG), bezifferte den Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr auf 183 Mill. DM oder 8,6 Prozent. Er resultiere unter anderem aus der Steigerung der Erdgasproduktion um 4,6 Prozent auf 18 Mrd. Kubikmeter und aus der Verbesserung der Erlöse.

Der WEG geht davon aus, daß die niedersächsische Landesregierung die zunächst bis zum 30. Juni verlängerten Förderabgabensätze des Jahres 1984 bis zum Ende des Jahres 1985 fortschreiben wird. Auf die Gründe für die Verlängerung wollte Lübben „hier nicht näher eingehen". Die Anspielung auf das getrübte Verhältnis zwischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel und der Mineralölwirtschaft wurde aber deutlich.

Nachdrücklich sprach sich Lübben gegen ein Verbot der Suche und Förderung von Erdgas und Erdöl im Wattenmeer aus, das in den Verordnungs- und Gesetzentwürfen zur Schaffung von Nationalparks vor den Küsten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgesehen sei. Ein solches Verbot würde bedeuten, daß die Förderindustrie in diesem Gebiet bisher Aufwendungen von mehr als einer halben Milliarde Mark nutzlos getätigt habe. Das Verbot, so Lübben, komme einer Enteignung der erteilten Konzessionen gleich,

Im deutschen Watt seien bisher mehrere Milliarden Kubikmeter Erdgas und mit dem Fund Mittelplate vor der Küste von Dithmarschen bedeutende Erdölvorkommen entdeckt worden. Allein beim Erdgas werde mit möglichen Kunden von über 50 Mrd. Kubikmeter gerechnet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: G. J. Müsing GmbH; Heinz Wörmann, Lederwarenfabrik GmbH; **Braunschweig:** Wilfried Walter; **Elektrik** W. Körber KG; **Bremen-Blumenthal:** Michael Kusiak, Heizung – Klima – Sanitär GmbH u.Co. KG; **Friedberg (Hessen):** Radio Ruppert GmbH; **Fürth:** MB Moderne Bauelemente GmbH; **Gelsenkirchen:** Adolf Beuck, Wesel; Marion Zettwitz; **Hannover:** Wolfram Mann; Bernd Ludwig; **Ibbenbüren:** August Funke OHG, Hörstel-Riesenbeck; **Iserlohn:** Lorenz Stahl Handelsges. mbH & Co. KG; Lorenz Stahl Handelsges. mbH; **Köln:** Fashion Concept Bekleidungs GmbH; **Mayen:** Nachl. d. Dieter Herges, Mülheim-Kärlich; **Münster:** Manfred Wolke; **Neu-Ulm:** Thomas Gott, Jettingen-Scheppach; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Walter Kappesser; **Würzburg:** Hans Grosser KG Fabrik f. Bauelemente aus Leichtmetall, Zell a. Main.

Anschlußkonkurs eröffnet: Aalen: Unilektra Elektrogroßhandlung GmbH; **Gummersbach:** BERAL Bremsbelag KG Wilhelm Berges, Marienheide; **Hamburg:** J. Heimerdinger; **Hannover:** NELDEL GmbH & Co. KG, Wohnungsbauunternehmen; NELDEL Beteiligungs-GmbH Wohnungsbauunternehmen; **München:** Litex – Anlagenbau – GmbH Glasfasertechnik & Co. KG, Fürstenfeldbruck; **Springe:** Schaper & Hunke GmbH & Co. KG; Schaper Verwaltungsges. mbH; **Walsrode:** Schreiber & Brandt GmbH.

Vergleich eröffnet: Hamburg: Hans-Joachim August Ernst Cloesters, Kaufmann; Bauunternehmung Richter & Co.

Vergleich beantragt: Kassel: Roeder Druck GmbH; **München:** WERPA-Papierges. mbH, Gräfelfing; Schwäbische Druckpapierverarbeitung WERPA Papierges. mbH & Co. KG; KG ROTA WERPA Papierges. mbH & Co., Bad Wörishofen; **Köln:** H. G. B. Hotel- u. Gaststättenbetriebsges. mbH; **Mannheim:** Otto Sommer Bauträgerges. mbH, Hockenheim.

ALFRED C. TOEPFER INTERNATIONAL / Verluste im deutschen Teilbereich

Rückfall in schwierige Zeiten

JAN BRECH, Hamburg

Fünf Jahre nach der Neuordnung hat das Hamburger Getreidehandelshaus Toepfer wieder einen Rückschlag erlitten. Wie die Alfred C. Toepfer in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 11.) mitteilt, habe man an die gute Ertragsentwicklung der letzten Jahre nicht anknüpfen können. Die ersten neun Monate seien für das Haus, das weltweit mit Getreide, Futtermitteln, Ölsaaten und Ölen handelt, unbefriedigend verlaufen. Erst im letzten Quartal hätte sich das Geschäft deutlich verbessert, ohne jedoch die Verluste der vorhergehenden Perioden überkompensieren zu können. Bei einem um 3 Prozent auf 11,7 Mrd. DM gestiegenen Umsatz erreicht die Gruppe ein nur ausgeglichenes Ergebnis.

Die publizitätspflichtige Toepfer International GmbH, Hamburg, in der nur der deutsche Teilbereich der Gruppe enthalten ist, schließt nach Angaben der Gesellschaft dagegen mit einem Verlust, der in dem ausgeglichenen Gesamtergebnis enthalten ist. Über die Höhe schweigt sicb das Unternehmen zunächst aus. Im deutschen Teilbereicb haben offenbar die Erträge aus der lukrativen 30-Prozent-Beteiligung an der Oelmühle AG, Hamburg, und aus der Beteiligung an der Vereinigten Kunstmühlen AG nicht ausgereicht, um die Handelsverluste zu decken.

Die eigenen Mittel der Toepfer International sind im Berichtsjahr unverändert geblieben. Das voll eingezahlte Kapital beträgt 128,6 Mill. DM. Dazu kämen beträchtliche offene Reserven, heißt es. Aktionäre sind mit gut 50 Prozent die Intrade, eine Holding von elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, mit knapp 50 Prozent die US-Gruppe Archer Daniels Midland Corp. sowie mit einem kleinen Rest die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft KG. In dieser Holding sind die vor fünf Jahren nicht ausgegliederten Toepfer-Bereiche Mischfutterproduktion, Landhandel, Schiffahrt und Bankgeschäft zusammengefaßt.

Zur allgemeinen Entwicklung im Berichtsjahr schreibt die ausschließlich mit deutschen Managern besetzte Geschäftsführung, daß die gesamte Branche ein schwieriges Jahr hinter sich habe. In der EG sei die Stimmung durch Kaufzurückhaltung und Unsicherheit gekennzeichnet gewesen. Im Verlauf des Jahres hätten die mit Ausnahme in der UdSSR guten Ernten zu hohen Überschüssen und zu Preisverfall geführt. Aufgrund zu niedriger Nachfrage seien auch die Margen unzureichend gewesen, mit der Folge von Insolvenzen.

In der deutschen Branche, aber auch weltweit, habe das schwere Jahr Spuren hinterlassen. Das bedeute eine weitere Konzentration bei allen auf dem Markt Beteiligten, beim Handel in allen Stufen und in der verarbeitenden Industrie.

Nach Angaben von Toepfer hat sich die Branche erst im Frühherbst auf die geänderten Rahmenbedingungen eingestellt. Das neue Preisniveau habe dann die Basis für ein wieder gesundes Geschäft gegeben und diese Entwicklung setze sich im Geschäftsjahr 1984/85 fort. Einschränkend wird jedoch erklärt, daß die zu erwartenden großen Ernten und Überschüsse sowie die schwer einzuschätzenden Reaktionen der Agrarverwaltungen in Brüssel und Wa ashington höchste Aufmerksamkeit erforderten. Als neue Tätigkeit hat die Toepfer-Gruppe 1985 den Handel mit eßbaren Erdnüssen aufgenommen und dafür in Rotterdam die Alfred C. Toepfer International Groundnut B. V. gegründet.

Teerbau: Ausweg Diversifikation

HANS BAUMANN, Essen

Zweimal hintereinander hat die Rütgers-Tochter Teerbau in Essen, einen Verlust von 0,8 Mill. DM ausweisen müssen. Für das Geschäftsjahr 1984 aber überweist sie an die Mutter nach Gewinnabführungsvertrag 1,1 Mill. DM. Das ist bescheiden bei 10 Mill. DM Stammkapital, aber auch ein deutliches Signal, daß Teerbau die Konsolidierung in eine positive Phase hineingetrieben hat.

Immerhin hat das Unternehmen von 1974 bis 1984 die Zahl seiner Beschäftigten um 28 Prozent auf 2224 reduziert. Und dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Durch Neuorganisation gelang es aber, hervorragende Leistungsbilanzen zu erstellen. So betrug die Gesamtleistung der GmbH 1974 307 Mill. DM. Sie erhöhte sich bis 1984 auf 358 Mill. DM, also um 17 Prozent. Die Gruppenleistung aber stieg in der gleichen Zeit um 50 Prozent auf 590 Mill. DM, das heißt, daß die Beteiligungen dabei sind, in der Leistung zur GmbH aufzurücken.

Diese Entwicklung wird auch bei der Betrachtung der verschiedenen Bilanzpositionen deutlich. Die Bilanzsumme von 1984 von 161 Mill. DM entspricht der von 1974 mit 104 Mill. DM. Dabei fällt auf, daß sich im Sachanlagevermögen praktisch keine Veränderungen ergeben haben. Der Grund: Man verzichtet auf den Kauf von Baumaschinen, man mietet sie. Logischerweise hat sich die Position Finanzanlagen dagegen kräftig von 1 auf 8,3 Mill. DM erhöht. Umsatz 1984: 300 (263) Mill. DM. Auf der Passivseite haben sich die Rücklagen nahezu verdoppelt. Die Umstrukturierung der Gesellschaft wurde aus eigenen Mitteln geschafft. Im Geschäftsjahr 1985 wird zum ersten Mal die Verteuerung der Bitumen für den Straßenbau um inzwischen 40 Prozent voll durchschlagen. Der Rückgang der Bauleistung wird mit real 5 Prozent kalkuliert.

Chase Bank weitet Servicepalette aus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Einen Abbau von Schulden und den Aufbau von Liquidität registriert die Chase Bank AG, Frankfurt, bei ihren Großkunden, die überdies auf neue Kapitalmarktinstrumente statt auf klassische Kredite setzen, so daß Kredite immer schwerer zu verkaufen seien. Für die geschäftliche Strategie der deutschen Tochter der New Yorker Großbank folgt daraus die Weiterentwicklung der Servicepalette im Merchant Banking und das Angebot moderner Finanzierungsprodukte. Auch im D-Mark-Auslandsanleihe-Emissionsgeschäft will die Chase Bank versuchen Fuß zu fassen, nachdem sie 1984 das Rentenhandelsgeschäft mit Banken aufgebaut hat, das jetzt auch auf große Firmenkunden ausgedehnt werden soll.

Diese Trends prägten die '84er Bilanzentwicklung. Mehr als die Hälfte der Bilanzsummenausweitung um neun Prozent auf 3,7 Mrd. DM resultiert aus der Erhöhung des Rentenbestandes um 164 auf 557 Mill. DM, während die Kundenforderungen nur um 28 auf 982 Mill. DM wuchsen, die Kundeneinlagen dagegen um 117 auf 371 Mill. DM. Lebhaft war das Exportfinanzierungsgeschäft, das sich im Anstieg der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen um 260 Mill. DM auf 1,3 Mrd. DM spiegelt. Das Ergebnis bezeichnete Vorstandsvorsitzer Rolf H. Reinhold als sehr gut. Rechnerisch sei das Betriebsergebnis vor Abschreibungen um 47 Prozent auf 77 Mill. DM gestiegen; die echte Ertragsverbesserung, die vornehmlich aus dem Leasing- und Devisengeschäft stammte, habe zwischen 20 und 30 Prozent gelegen. Nach Verzinsung der stillen Einlage (105 Mill. DM) mit 9,6 (5,5) Mill. DM verbleibt ein Bilanzgewinn von 3,9 (3,1) Mill. DM, mit dem die Rücklagen gestärkt werden.

Röhm: Kräftig investiert

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Röhm GmbH, Darmstadt, hat 1984 ihren vollen Anteil an der Belebung in der Chemie gehabt. Bei einer Umsatzsteigerung um 14 Prozent auf 943 (826) Mill. DM konnte die Muttergesellschaft ihren Ertrag rundweg verdoppeln. Der Gewinn vor Steuern stieg auf 129 (62) Mill. DM, der Jahresüberschuß auf 54 (26) Mill. DM. Als Hauptgrund dieser Verbesserung nennt die Geschäftsführung die weiter erhöhte Auslastung.

Die günstige Entwicklung ermutigte offenbar auch zu deutlich höheren Investitionen: Nachdem die Sachinvestitionen 1983 auf 21 (27) Mill. DM zurückgenommen worden waren, legte die Familiengesellschaft (seit 1980 zu 43 Prozent bei den Chemischen Werken Hüls) im vergangenen Jahr mit 41 Mill. DM wieder kräftig zu. Die Aufwendungen für Forschung dagegen, die schon 1983 deutlich um 9 Prozent auf 69 (63) Mill. DM angehoben worden waren, nahmen nur noch um 3 Prozent auf 71 Mill. DM zu, 7,5 (8,3) Prozent vom Umsatz.

Auch in der Gruppe, zu der als wichtigste Beteiligungen die Röhm Pharma GmbH, der Wasch- und Körperpflegemittelhersteller Burnus GmbH, der Kunststoffhandel der Cadillac Plastic GmbH und schließlich die US-Tochter der Cyro Industries gehören, ging es flott bergauf. Der Umsatz stieg um 17 Prozent auf 1,67 (1,43) Mrd. DM, von denen 66 (63) Prozent aufs Ausland entfielen.

Dabei nahm der Gewinn vor Steuern um 73 Prozent auf 230 (133) Mill. DM zu. Nach Steuern verblieben 106 (74) Mill. DM, was immerhin einer stattlichen Netto-Umsatzrendite von 6,3 Prozent entsprach. Auch in der Gruppe, die ihre Beschäftigtenzahl 1984 um 4,5 Prozent auf 6850 Mitarbeiter ausweitete, wurden die Investitionen kräftig aufgestockt: Mit 79 (39) Mill. DM lagen sie doppelt so hoch wie 1984.

STAHLRING / Vergleich mit Ziel der Liquidation

Die Kooperation ist am Ende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Geschäftsleitung der Stahlring GmbH, Düsseldorf, hat am vergangenen Freitag beim Amtsgericht Düsseldorf Vergleichsantrag gestellt. Zum Vergleichsverwalter wurde der Düsseldorfer Rechtsanwalt Winfrid Andres bestellt. Der langjährige Geschäftsführer Egon Maas zeigt sich überzeugt, daß aus „durchaus vorhandener Masse" der Vergleich befriedigend abgewickelt werden kann. Zugleich jedoch wurde den Kunden mitgeteilt, daß am Ende des Verfahrens eine Liquidation der GmbH und der hinter ihr stehenden Gesellschaft Bürgerlichen Rechts (GBR) angestrebt wird.

Damit geht nach 16 zumeist erfolgreichen Jahren die größte Einkaufskooperation mittelständischer (konzernunabhängiger) Stahlhändler zu Ende. Die GmbH hatte 1984 noch einen Umsatz von 280 (301) Mill. DM; die GBR zählt derzeit noch 37 Gesellschafter. In Schwierigkeiten geriet der Stahlring in diesem Frühjahr zunächst durcb den Konkurs der Mitgliedsfirma Wilh. Gauer KG, Kitzingen, bei der eine über Jahre verschleppte Falschbewertung von Stahlvorräten in Höhe von 40 Mill. DM ans Licbt kam. Der Stahlring erlitt daraus zwar keinen finanziellen, aber einen (zumal bei den Warenkreditversicherern) erheblichen Vertrauens-Schaden, zumal da der Gauer-Inhaber auch Vorsitzender des Stahlring-Beirats war.

Beträchtliche Finanzbelastung brachte dem Stahlring zudem in den letzten Monaten die von ihm gewährte Unterstützung bei der Sanierung einer Mitgliedsfirma in Salzgitter. Beides zusammen verursacbte letztlich das Scheitern eines Stahlring-Sanierungskonzeptes, um das sich die Geschäftsführung zusammen mit Banken und Kreditversicherern in den letzen Wochen zunächst mit Erfolgsaussicht bemühte.

Das unter den Vergleich fallende Forderungsvolumen der Stahlring-Gläubiger ist nicht sonderlich hoch anzunehmen, da die Mitgliedsfirmen bereits seit Mitte Mai ihre Warenbezüge nicht mehr über den Stahlring, sondern direkt beim Lieferanten bezahlen. Die Bonität der Mitgliedsfirmen, so wird von der Stahlring-Geschäftsführung betont, werde vom Vergleich ihrer Einkaufskooperation nicht berührt.

HUHN & SCHWEIN / Internationale Fachausstellung

Investitionsbedarf steigt

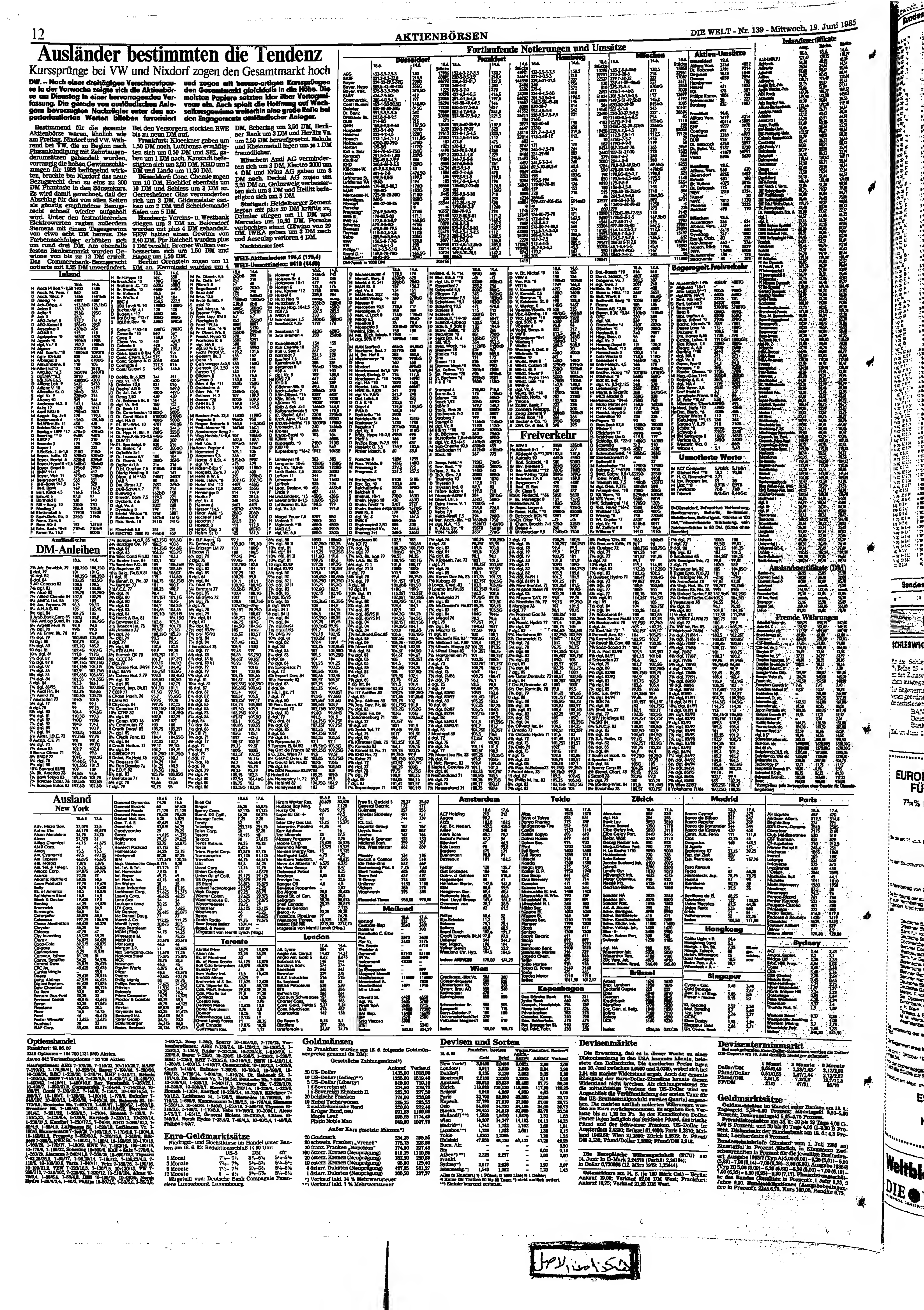
D. SCHMIDT, Hannover

Eine Besserung des Konjunkturklimas konstatieren die Geflügel- und Schweineerzeuger in den letzten Monaten. Nachdem die Betriebe im Wirtschaftsjahr 1983/84 (30. 6.) starke Einkommenseinbußen hinnehmen mußten und die Investitionen erheblich einschränkten, zeichnet sich im laufenden Jahr wieder ein besseres Ergebnis ab. Sprecher der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft verwiesen im Rahmen der heute beginnenden Internationalen Fachaustellung für Geflügel- und Schweineproduktion „Huhn & Schwein" in Hannover auf die gute Ernte 1984 und die sich abzeichnende Stabilisierung der Schweinepreise.

Zuversichtlich werden auf der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung die Marktchancen für Schweinefleisch beurteilt. Für dieses Produkt gebe es in der EG keine strukturellen Überschüsse. Bedeutsam sei es, daß ein Fünftel der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse in der Bundesrepublik auf Schlachtschweine entfallen und diese Erlöse überwiegend auf dem Binnenmarkt erzielt werden. Die Nachfrageentwicklung nach Schweinefleisch habe in den letzten Jahren ständig nach oben gezeigt. Die auch künftig steigenden Absatzmöglichkeiten für Schlachtschweine dürften aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Wettbewerb in der Schweineproduktion sich eher noch verschärfen wird. Daraus ergebe sich zugleich, daß die Erzeugerpreise für Schweinefleisch zunehmend unter Druck geraten dürften.

Für die deutsche Geflügelwirtschaft komme es darauf an, die Investitionsanstrengungen zu erhöhen, um nicht noch weitere Marktanteile zu verlieren. Noch 1975 habe der Selbstversorgungsgrad zum Beispiel bei Eiern 80 Prozent erreicht; heute liege er bei 72 Prozent.

Rundum zufrieden zeigen sicb die Veranstalter von „Huhn & Schwein" mit der Beteiligung. Mit 627 Direktausstellern und 195 zusätzlich vertretenen Firmen aus 27 Ländern werde die internationale Bedeutung der Fachausstellung unterstrichen. Die Ausstellung dauert bis zum 22. Juni.



Ausländer bestimmten die Tendenz

Kurssprünge bei VW und Nixdorf zogen den Gesamtmarkt hoch

DW. – Nach einer dreitägigen Verschnaufpause in der Vorwoche zeigte sich die Aktienbörse am Dienstag in einer hervorragenden Verfassung. Die gerade von ausländischen Anlegern bevorzugten Nachzügler unter den exportorientierten Werten blieben favorisiert und zogen mit hausse-artigen Kurssprüngen den Gesamtmarkt gleichfalls in die Höhe. Die meisten Papiere setzten klar über Vortagesniveau ein. Auch spielt die Hoffnung auf Wechselkursgewinne weiterhin eine große Rolle bei den Engagements ausländischer Anleger.

Bestimmend für die gesamte Aktienbörse waren, ähnlich wie am Freitag, Nixdorf und VW. Während bei VW, die zu Beginn nach Plusankündigung mit Zehntausenderumsätzen gehandelt wurden, vorrangig die hohen Gewinnschätzungen für 1985 beflügelnd wirkten, brachte bei Nixdorf das neue Bezugsrecht drei zu eins zu 300 DM Phantasie in den Börsenkurs. Es wird damit gerechnet, daß der Abschlag für das von allen Seiten als günstig empfundene Bezugsrecht schnell wieder aufgeholt wird. Unter den festnotierenden Elektrowerten ragten außerdem Siemens mit einem Tagesgewinn von etwa acht DM heraus. Die Farbennachfolger erhöhten sich um rund drei DM. Am ebenfalls festen Bankenmarkt wurden Gewinne von bis zu 12 DM erzielt. Das Commerzbank-Bezugsrecht notierte mit 2,25 DM unverändert. Bei den Versorgern stockten RWE bis zu neun DM auf.

Frankfurt: Kloeckner gaben um 1,50 DM nach, Lufthansa ermäßigten sich um 0,50 DM und SEL gaben um 1 DM nach. Karstadt befestigten sich um 2,50 DM, KHD um 2 DM und Linde um 11,50 DM.

Düsseldorf: Conc. Chemie zogen um 10 DM, Hochtief ebenfalls um 10 DM und Schiess um 3 DM an. Gerresheimer Glas verminderten sich um 3 DM, Gildemeister sanken um 2 DM und Scheidemandel fielen um 5 DM.

Hamburg: Vereins- u. Westbank stiegen um 3 DM an. Beiersdorf wurden mit plus 4 DM gehandelt. HEW hatten einen Gewinn von 2,40 DM. Für Reichelt wurden plus 1 DM bezahlt. Bremer Wulkan verbesserten sich um 1,50 DM und Hapag um 1,30 DM.

Berlin: Orenstein zogen um 11 DM an. Kempinski wurden um 4 DM, Schering um 3,50 DM, Berliner Bank um 3 DM und Herlitz Vz. um 2,50 DM heraufgesetzt. Bekula und Rheinmetall lagen um je 1 DM freundlicher.

München: Audi AG verminderten sich um 3 DM, Electro 2000 um 4 DM und Erlus AG gaben um 8 DM nach. Deckel AG zogen um 3,20 DM an, Grünzweig verbesserten sich um 8 DM und Heilitt befestigten sich um 5 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement legten mit *plus* 20 DM kräftig zu, Daimler stiegen um 11 DM und Mercedes um 10,50 DM. Porsche verbuchten einen GEwinn von 29 DM. IWKA gaben um 3 DM nach und Aesculap verloren 4 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: *196,6 (195,6)*

WELT-Umsatzindex: 5410 (4460)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		18.6.	14.6.

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Paris

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 18. 06. 00

3218 Optionen = 184 700 (131 950) Aktien,

davon 642 Verkaufsoptionen = 32 700 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-100/35, 7-110/23, 10-110/26,7, BASF 7-170/51, 7-179,65/41, 10-220/14, Bayer 7-190/40, 7-300/30, 10-300/34, BBC 1-220/30, 1-240/14, BHF 1-340/11, Bekula 1-100/5,5, BMW 7-410/15,6, 7-420/8,5, 10-430/17,4, 10-450/10, 1-400/42, 1-410/41, 1-460/10,6, Bay. Vereinsbk. 7-360/22,1, 10-420/7, 1-390/31,8, Commerzbk. 7-164/40, 7-174/29,8, 10-180/27, Conti 7-130/19,2, 7-140/9, 7-150/3, 10-140/14,56, 1-150/9,7, 10-160/7, 1-130/32, 1-160/10, 1-170/6, Daimler 7-640/187, 10-900/15, 1-930/30, 1-940/30, Dt. Babcock St. 10-170/6,5, Deutsche Bk. 7-480/75, 7-488/67, 1-620/27, 1-650/18, Dresdner Bk. 7-189/40, 7-240/3, 10-212,5/22, Hoechst 7-181/41, 7-201/22, 1-260/8,5, 1-270/4, Hoesch 7-100/9, 7-110/5,25, 1-120/9,4, 1-130/6, Karstadt 7-220/11, 10-230/14, 1-230/17,5, Kaufhof 7-230/17,5, 7-240/8, KHD 7-260/10,3, 1-80/4,9, 1-85/4,5, Lufthansa St. 1-220/10, Lufthansa Vz. 7-180/6, Mannesmann 7-150/29, 7-160/19,6, 7-170/9,6, 7-180/4,6, 10-160/21,3, Preussag 7-250/30,5, 7-270/15,9, 1-310/6, Rütgers 7-380/3, RWE St. 7-160/21, 7-180/4, 10-160/25, 10-170/15, 1-160/26, 1-170/17, 1-180/9, RWE Vz. 7-162/14, 109-150/18, 10-170/8, 1-160/22, Schering 10-500/8, Kali + Salz 7-270/5,4, 1-280/29, Siemens 7-540/41,8, 7-560/25, 10-600/19,2, Thyssen 7-83,25/28,5, 7-95/17, 7-98,25/14, 7-100/12, 7-106,25/4,8, 7-110/5, 10-100/10,6, Varta 1-240/11, Veba 7-180/26, 7-190/16, 10-190/21,2, VEW 7-120/16,5, 7-130/7,5, 10-130/13, VW 7-200/112, 7-210/102, 7-220/92, 7-320/12, 10-210/104, Alcan 10-75/9,4, 1-80/6,4, 1-85/4,8, IBM 10-400/15, 10-440/5, Norsk Hydro 1-38/4/3,4, 1-40/3, Philips 10-50/3,5, 1-50/5,6, 1-55/3,8, 1-60/2,5, Sony 1-55/3, Sperry 10-180/5,9, 7-170/15, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-130/2,4, 10-120/2,2, 10-130/5,5, 1-120/3,3, 1-130/8, BASF 7-30/2,55, 10-220/4,5, 1-210/2,6, 1-220/5,5, Bayer 7-230/3, 10-220/2, 10-230/5, 1-220/3, 1-230/7, BBC 1-220/8, BHF 7-320/5,6, 10-310/4,9, BMW 10-410/11,4, 1-380/6, 1-400/15, 1-410/77, Commerzbk. 10-190/2,5, 1-200/8, Conti 1-140/4, Daimler 7-800/8, 10-780/6, 10-790/8, 10-800/13, 1-790/14, 1-800/19, 1-810/34, Dt. Babcock St. 7-157/4,8, Dt. Babcock Vz. 7-156,5/6, Deutsche Bk. 7-530/4,55, 10-500/4,8, 1-530/15, 1-540/17,1, Dresdner Bk. 7-220/3,05, 10-220/5, 10-230/8,7, Hoechst 10-210/1,4, 10-220/4, 1-220/6, Hoesch 1-110/4, Kaufhof 10-220/2,4, 10-230/5, Klöckner 7-70/12,3, Lufthansa St. 1-190/2, Mercedes 10-700/9,9, 10-710/13, 1-680/9, Mannesmann 7-180/2,5, 10-170/4,8, Siemens 7-550/1,5, 10-560/8, 1-540/8, 1-550/10, 1-560/16, Thyssen 10-110/3,6, 1-100/2, 1-110/5,9, Veba 10-190/2, 10-2004,1, Alcan 1-75/3,7, 1-85/12, General Motors 10-210/5,4, Litton 10-240/5,4, Norsk Hydro 7-38,4/3, 7-40/4,5, 10-40/3,4, 1-40/5,8, Philips 1-50/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 6. 85: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅛– 7¼	5⅜–5⅝	5¼–5⅜
3 Monate	7⅛– 7⅜	5⅜–5⅝	5¼–5½
6 Monate	7½– 7⅝	5½–5¾	5¼–5⅜
12 Monate	8 – 8⅛	5⅝–5⅞	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1818,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	710,10
1 £ Sovereign alt	224,50	278,73
1 £ Sovereign Elizabeth II.	223,50	277,59
20 belgische Franken	174,00	228,86
10 Rubel Tscherwonez	235,25	295,55
2 südafrikanische Rand	220,00	272,46
Krüger Rand, neu	991,25	1169,93
Maple Leaf	995,25	1174,49
Platin Noble Man	849,00	1007,76

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	234,25	295,55
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,75	228,86
20 franz. Franken „Napoléon"	174,50	227,43
100 österr. Kronen (Neuprägung)	918,25	1110,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,50	230,85
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	427,25	521,27
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,50	137,37

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	3,0405	3,0485	3,0321	2,99	3,09
London[1])	3,911	3,925	3,845	3,84	3,98
Dublin[1])	3,125	3,139	3,083	3,05	3,20
Montreal[3])	2,2180	2,2260	2,2035	2,18	2,28
Amsterd.	88,615	88,835	88,465	87,75	89,50
Zürich	118,920	119,120	118,855	117,50	120,25
Brüssel	4,949	4,969	4,930	4,85	5,05
Paris	32,700	32,860	32,380	32,00	33,75
Kopenh.	27,780	27,910	27,580	27,00	28,75
Oslo	34,630	34,750	34,105	34,00	35,75
Stockh.**)	34,455	34,615	33,565	33,75	35,50
Mailand[2]) **)	1,5620	1,5720	1,5370	1,53	1,63
Wien	14,207	14,247	14,183	14,13	14,35
Madrid**)	1,742	1,752	1,702	1,69	1,81
Lissabon**)	1,733	1,733	1,601	1,35	2,15
Tokio	1,2265	1,2295	–	1,20	1,28
Helsinki	47,950	48,150	47,125	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,223	2,277	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,017	2,036	–	1,97	2,07
Johannesbg.*)	1,543	1,562	–	1,20	1,45

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 00 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Erwartung, daß es in dieser Woche zu einer Diskontsenkung in den USA kommen könnte, belastete den Dollarkurs. Die quotierten Preise lagen am 18. Juni zwischen 3,0530 und 3,0300, wobei sich bei 3,04 ein starker Widerstand ergab. Auch der erneute Rückgang der Euro-Dollar-Zinssätze konnte diesen Widerstand nicht brechen. Als richtungweisend für die mittelfristige Tendenz des US-Dollar wird im Augenblick die Veröffentlichung der ersten Taxe für das US-Bruttosozialprodukt zweites Quartal angesehen. Die meisten amtlich notierten Währungen wurden im Kurs zurückgenommen. Es ergaben sich Verluste bis zu 1,20 im Falle des Kanadischen Dollar. Fester lagen lediglich das Britische Pfund, das irische Pfund und der Schweizer Franken. US-Dollar in: Amsterdam 3,4330; Brüssel 61,4000; Paris 9,2870; Mailand 1942,60; Wien 21,3880; Zürich 2,5579; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,2869; Pfund/DM 3,918.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 14. Juni: In D-Mark 2,24578 (Parität 2,24184); in Dollar 0,730096 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 14. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei nachgebenden Euro-Dollar-Zinssätzen wurden die Dollar/DM-Deports am 18. Juni deutlich niedriger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,55/0,45	1,53/1,43	3,12/2,92
Pfund/Dollar	0,57/0,55	1,47/1,44	2,72/2,67
Pfund/DM	3,0/1,6	7,2/5,8	12,7/11,3
FF/DM	21/5	47/31	86/70

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 6.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

M 6 dgl. IS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lan. Anth. IS 15	100G	100G
M 6 dgl. IS 16	99,45G	99,45G
M 6 dgl. IS 17	99,5bG	99,5G
M 8½ dgl. KO 49	100,5G	100,5G
M 8¼ dgl. KO 48	108,3G	108,5G
M 7¾ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,8G	101,8G
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	171,5G	171,5G
M 6 dgl. Pf 4	96,5G	96,5G

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	101,55	101,45

Renten weiter vernachlässigt

Der Rentenmarkt blieb auch am Dienstag eindeutig im Schatten der Aktienbörse. Trotz leichter Kurssteigerungen blieben die Umsätze gering. Auch die günstigen Nachrichten aus den USA, wo der Bondsmarkt aufgrund nur geringfügiger Steigerung der Erzeugerpreise und leichtem Rückgang der Industrieproduktion im Monat Mai in der Hoffnung auf eine weitere Zinssenkung fest tendierte, brachten keine Anregungen. Öffentliche Anleihen gewannen bis zu 0,2 Prozentpunkte. Bundesobligationen waren weiterhin unverändert.

M 6½ dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
M 6½ dgl. Pf 12	95,5G	95,5bG
M 2 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
S 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
S 7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5
S 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
S 8½ dgl. Pf 57	100G	100G
Hn 5 Brfante. Hypo. Pf 1	110G	110G
Hn 7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn 6 dgl. KS 37	82,5G	82,5G
Hn 2 dgl. KS 38	101,15G	101,15G
[illegible]		
H 6½ dgl. Pf 41	100,5G	100,5G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	100,3G	100,3G
Hn 7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn F dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn 7½ dgl. IS 6	101,5G	101,5G
Hn 10 dgl. 01 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48	114G	114G
F 6 dgl. Pf 58	78,3G	91,3G
F 6 dgl. Pf 83	83G	83G
F 7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
D 5½ dgl. K	107G	107G

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	98G	98G
D 6½ dgl. Pf 67	100	100
D 8½ dgl. KO 3-6	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Bd.Hyp. Mensch. Pf 89	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 107	78G	78G
S 7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
S 7 dgl. Pf 1[illegible]	97,5G	97,5G
S 8 dgl. Pf 177	101G	101G
S 6 dgl. KS 72	87G	87G
B4 5 Bt.Ar.Obl. Pf 117	124,25G	124,25G
Br 8½ dgl. Pf 34	107,75G	107,75G
[illegible]		
D 5½ dgl. 73	99,7G	91,3bG
D 7 dgl. Pf	101,2	101

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

F 6 Badenwk. 73	98	99,5
F 8 Chem. Hüls 71	100,5G	100,5G
F 7½ Conti Gummi 71	-Zhg	-Zhg
F 4½ Harpen 59	245G	245G
F 7½ Hoesch 71	100,25G	100,25G
F 7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F 7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25

F 7¾ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76	100,5	100,75
F 7½ Klöckner W. 71	100,5T	100,5T
F 8 dgl. 77	101,75T	101,75T
F 6 NWK 61	78,5G	78,5G
F 6 dgl. 87	98,75G	98,75G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,6T
F 6 Rh.Brk. 63	97,7G	78,7G
F 6 dgl. 65	98T	98T
F 6 RWE 63	99T	99T
F 6 dgl. 64	97,75T	97,75T
F 7½ dgl. 71	100,25	100,4T
F 7 dgl. 77	100G	100G
[illegible]		

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]	
F 6¼ dgl. 83 m. O.	130G
F 6¼ dgl. 84 o. O.	84,25
F 3¾ dgl. 83 m. O.	140,5
F 3¾ dgl. 83 o. O.	89
F 4 Dresdn.Bk. 83 m. O	117,5T
F 4 dgl. o. O.	92,25
F 8 dgl. 84 m. O.	141
F 8 dgl. 84 o. O.	101,75
F 3½ Fuji 84 m. O.	113
F 3½ dgl. 84 o. O.	84,75
F 3½ Honwa 84 m. O.	100,5
F 3½ dgl. 84 o. O.	89,25G
F 7½ Jap. Synth. 82 m.O.	200G
F 7½ dgl. 82 o. O.	101,5

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee schwächer notierte, kam es bei Kakao, mit Ausnahme des schwachen Kassa-Monats, nur zu geringen Veränderungen nach beiden Seiten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	14. 6.	13. 6.
Juli	326,50	328,75
Sept.	328,50	329,50
Dez.	335,75	336,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	14. 6.	13. 6.
St. Lawrence 1 CW	248,50	249,69
Amber Durum	230,49	227,04

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	122,50	123,80
Okt.	128,00	130,00
Dez.	132,40	133,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	115,50	115,80
Okt.	109,80	109,70
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	14. 6.	13. 6.
Juli	152,50	153,50
Sept.	148,75	150,00
Dez.	153,00	155,00

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	277,50	279,00
Sept.	288,00	283,00
Dez.	254,50	257,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 6.	13. 6.
Juli	125,30	128,80
Okt.	119,00	119,80
Dez.	118,00	118,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Terminkontr. Juli	146,80	147,85
Sept.	146,50	149,65
Dez.	148,75	149,75

Kakao New York ($/t)	14. 6.	13. 6.
Terminkontr. Juli	2016	2031
Sept.	1995	2000
Dez.	1965	1980
Umsatz	4507	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,98	2,98
Sept.	3,08	3,07
Okt.	3,19	3,16
Jan.	3,48	3,45
März	3,92	3,89
Umsatz	6350	12 150

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	14. 6.	13. 6.
	2,95	2,89

Kaffee London (£/t) Robusta-	14. 6.	13. 6.
Kontrakt Juli	2088–2090	2110–2111
Sept.	2140–2141	2163–2165
Nov.	2190–2192	2206–2218
Umsatz	3858	5985

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1787–1787	1773–1774
Sept.	1737–1738	1733–1735
Dez.	1704–1705	1703–1704
Umsatz	3089	3808

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	93,20–93,40	92,80–93,40
Okt.	94,80–95,20	94,60–95,00
Dez.	99,40–100,6	100,2–161,0
Umsatz	1515	2258

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 6.	13. 6.
schw. Sarawak spez.	795,00	785,00
weißer Sarawak	925,00	915,00
weißer Muntok	935,00	925,00

Orangensaft New York (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Juli	143,70	144,25
Sept.	140,50	141,18
Nov.	139,00	139,50
Jan.	138,00	138,50
März	138,00	138,70
Umsatz	350	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Südstaaten fob Werk	40,00	42,00

Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	30,25	30,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	30,75	31,02
Aug.	29,75	29,90
Sept.	28,40	28,85
Okt.	27,45	27,90
Dez.	26,60	27,18
Jan.	26,10	26,68
März	25,70	26,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	31,00	32,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	15,50	17,50

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,75
fancy	18,00	17,25
bleichfähig	15,00	15,75
yellow max. 10% fr. F.	15,25	14,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,20	47,75
Juli	50,50	49,90
Aug.	50,30	50,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	68,00	67,70
Aug.	67,25	66,35
Feb.	74,50	73,45

Häute Chicago (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	40,00	41,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	583,00	590,00
Aug.	575,50	583,00
Sept.	567,50	576,50
Nov.	569,00	579,00
Jan.	579,00	588,50
März	589,00	598,50
Mai	597,00	606,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	123,80	124,40
Aug.	126,40	127,80
Sept.	128,80	130,00
Okt.	131,50	132,00
Dez.	136,00	138,00
Jan.	138,50	139,90
März	143,50	144,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	14. 6.	13. 6.
Juli	347,90	349,50
Okt.	357,30	359,60
Dez.	361,30	364,20

Kokosöl New York (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Westküste fob Werk	32,50	32,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 6.	14. 6.
jegl. Herk. cif	970,00	970,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	700,00	288,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	565,00	575,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	224,50	226,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	610,00	628,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	285,00	700,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	14. 6.	13. 6.
Juli	62,95	63,21
Okt.	61,00	61,65
Dez.	61,50	62,00
März	62,50	63,03
Mai	62,69	63,30
Juli	62,90	63,70

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,00	42,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	14. 6.	13. 6.
Aug.	537–539	537–539
Okt.	538–540	540–542
Dez.	538–540	539–541
Umsatz	45	73

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	14. 6.	13. 6.
Juli	55,20	55,20
Okt.	55,40	55,40
Dez.	55,40	55,40
März	55,40	55,40
Umsatz	6	6
		Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	1-. 6.	1-. 6.
Juli	643,0–645,0	641,5–643,0
Dez.	630,0–630,5	628,0–629,0
März	630,0–631,°	628,0–630,0
Umsatz	29	11

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 6.	13. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	14. 6.	13. 6.
Juni	12 330	12 300
Juli	12 339	12 200

Kautschuk London (p/kg)	14. 6.	13. 6.
Nr. 1 RSS loco	68,00–70,50	67,00–70,00
Juli	72,50	72,50
Aug.	72,50	72,50
Sept.	72,50	72,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 6.	13. 6.
Juli	204,00–205,00	202,50–203,00
Aug.	197,50–199,00	197,50–198,00
Nr. 2 RSS Juli	198,00–199,00	197,00–198,00
Nr. 3 RSS Juli	195,50–196,50	195,50–196,50
Nr. 4 RSS Juli	191,00–192,00	191,00–192,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	14. 6.	13. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 6.	14. 6.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	312,04–312,23	315,79–319,13
drittfolg. Monat	320,40–320,67	324,02–324,41
Blei: Basis London		
laufend. Monat	119,32–119,31	120,28–120,87
drittfolg. Monat	118,14–118,54	118,52–118,72
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1717,19–1719,15	1708,25–1712,17
drittfolg. Monat	1685,83–1685,79	1688,88–1680,62
Zink: Basis London		
laufend. Monat	222,95–223,33	219,41–220,19
drittfolg. Monat	221,95–222,35	220,98–221,37
Produz.-Preis	283,51	285,70
Reinzinn 99,9%	4084–4124	4054–4125

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 6.	14. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	452,55–455,89	446,85–450,18
Blei in Kabeln	127,25–128,25	128,00–129,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–484,50	464,00–484,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	13. 6.	14. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	408–412	407–412
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	455–458	454–455
MS 63	455–461	451–456

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	14. 6.	13. 6.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,50	29,40

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 6.	14. 6.
Leg. 225	358–370	358–370
Leg. 226	366–372	366–372
Leg. 231	390–405	390–405
Leg. 233	400–415	400–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 6.	14. 6.
Platin (DM je g)	29,05	28,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 980	31 780
Rücknahmepr.	31 230	31 030
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 170	31 980
Rücknahmepr.	31 360	31 170
verarbeitet	33 750	33 540
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 525	31 295
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	633,30	631,40
Rücknahmepr.	614,70	612,90
verarbeitet	661,10	659,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 6.	14. 6.
10.30	321,65	315,75
15.00	323,75	–
Zürich mittags	321,35–321,85	317,00–318,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 550	95 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	489,65	486,40
3 Monate	504,15	502,00
6 Monate	515,60	516,95
12 Monate	546,25	543,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	14. 6.	13. 6.
	210,40	209,55
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	77,00	77,20

New Yorker Preise	14. 6.	13. 6.
Gold H & H Ankauf	318,25	314,50
Silber H & H Ankauf	623,00	617,50
Platin fr. Händlerpr.	263,00–265,00	263,00–265,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	99,00–100,0	97,00–98,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	625,16	617,00
Juli	625,50	619,50
Sept.	633,00	626,00
Dez.	644,00	639,50
Jan.	650,70	643,30
März	658,80	654,00
Mai	667,50	660,40
Umsatz	18 500	13 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	14. 6.	13. 6.
Juni	60,50	60,15
Juli	60,80	60,30
Sept.	61,15	60,80
Dez.	61,50	61,15
Jan.	62,65	62,35
März	62,85	62,50
Mai	63,30	62,95
Umsatz	9500	9000

Londoner Metallbörse

	18. 6.	14. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	795,00–795,50	803,00–804,00
3 Monate	816,50–817,00	824,50–825,00
Blei (£/t) Kasse	304,00–305,00	307,00–308,00
3 Monate	301,00–302,00	303,00–304,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1132,5–1133,0	1119,5–1120,5
3 Monate	1139,0–1140,0	1135,0–1135,5
abends Kasse	–	1116,0–1117,6
3 Monate	–	1131,0–1131,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1118,0–1118,0	1103,0–1105,6
3 Monate	1128,5–1129,0	1118,0–1129,0
Zink (£/t) Kasse	588,00–589,00	568,00–569,00
3 Monate	565,50–566,50	572,00–572,50
Zinn (£/t) Kasse	9650–9655	9550–9555
3 Monate	9500–9505	9500–9505
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	55–60

Am 16. Juni 1985 verstarb in Bonn im Alter von 63 Jahren

Herr Staatsminister

Dr. Alois Mertes

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Herr Dr. Mertes gehörte dem Auswärtigen Dienst von 1952 bis 1971 an. 1972 vertrat er das Land Rheinland-Pfalz als Bevollmächtigter beim Bund. Seit 1972 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 wurde er zum Staatsminister im Auswärtigen Amt ernannt.

Wir verlieren mit Herrn Dr. Mertes einen Politiker, der sich seinem deutschen Vaterland und der Einigung Europas in gleicher Weise verpflichtet fühlte. Sein Denken und Handeln war geprägt von Menschlichkeit und christlicher Überzeugung.

Der Auswärtige Dienst, der ihm viel zu verdanken hat, wird Alois Mertes ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher

Der Personalrat des Auswärtigen Amtes
Uwe Schramm
Vorsitzender

Am 13. Juni 1985 starb in Hamburg im 88. Lebensjahr

Professor Dr. Reinhold von Sengbusch

emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft
ehemals Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Kulturpflanzenzüchtung

Reinhold von Sengbusch gehörte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft mehr als fünf Jahrzehnte an. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1968 leitete er das Max-Planck-Institut für Kulturpflanzenzüchtung.

Seit den zwanziger Jahren hat Reinhold von Sengbusch die Züchtungsforschung entscheidend mitgeprägt und in ungewöhnlich erfolgreicher Weise seine vielseitigen Erkenntnisse in die Praxis umgesetzt.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Dankbarkeit Abschied von Reinhold von Sengbusch, einem ideenreichen Forscher von hohem Rang.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München 2, den 19. Juni 1985
Residenzstraße 1a

Ein schwerer Verlust hat die Barmer Ersatzkasse getroffen. Am 15. Juni 1985 starb unerwartet Herr

Heinz Reistenbach

Vorsitzender der Geschäftsführung
Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

im Alter von 61 Jahren.

Tief bewegt müssen wir Abschied nehmen von einer außergewöhnlichen Persönlichkeit, die in den letzten drei Jahrzehnten die Geschichte der Barmer und der Angestellten-Ersatzkassen entscheidend geprägt hat. Seit über 28 Jahren stand Heinz Reistenbach als Geschäftsführer an der Spitze unserer Kasse und wirkte als Vorstandsmitglied im Verband der Angestellten-Krankenkassen. In den Jahren zuvor hatte er sich bereits im zentralen Beirat, später dann im Vorstand der Barmer als entschiedener Verfechter der gegliederten Sozialversicherung einen Namen gemacht.

Wir hatten Heinz Reistenbach – wir haben ihn nicht mehr. Wir verlieren einen vertrauensvollen Gesprächspartner, einen sachkundigen Ratgeber, einen engagierten Kollegen, ein berufliches Vorbild.

BARMER ERSATZKASSE
Vertreterversammlung, Vorstand, Geschäftsführung und Mitarbeiter
Viktor Fisch · Hans Neusigl · Dieter Knemmel · Norbert Wagner

Wuppertal, 18. Juni 1985

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. Juni 1985, um 13.30 Uhr in der Einsegnungshalle auf dem Hauptfriedhof Freiburg, Friedhofstr. 8, statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir höflichst Abstand zu nehmen.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Gortz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

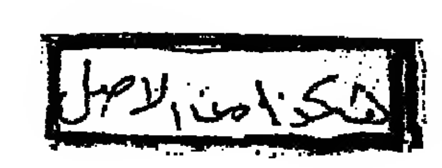
Herstellung: Werner Koziak

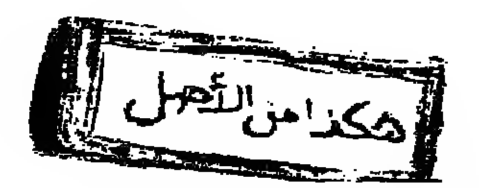
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

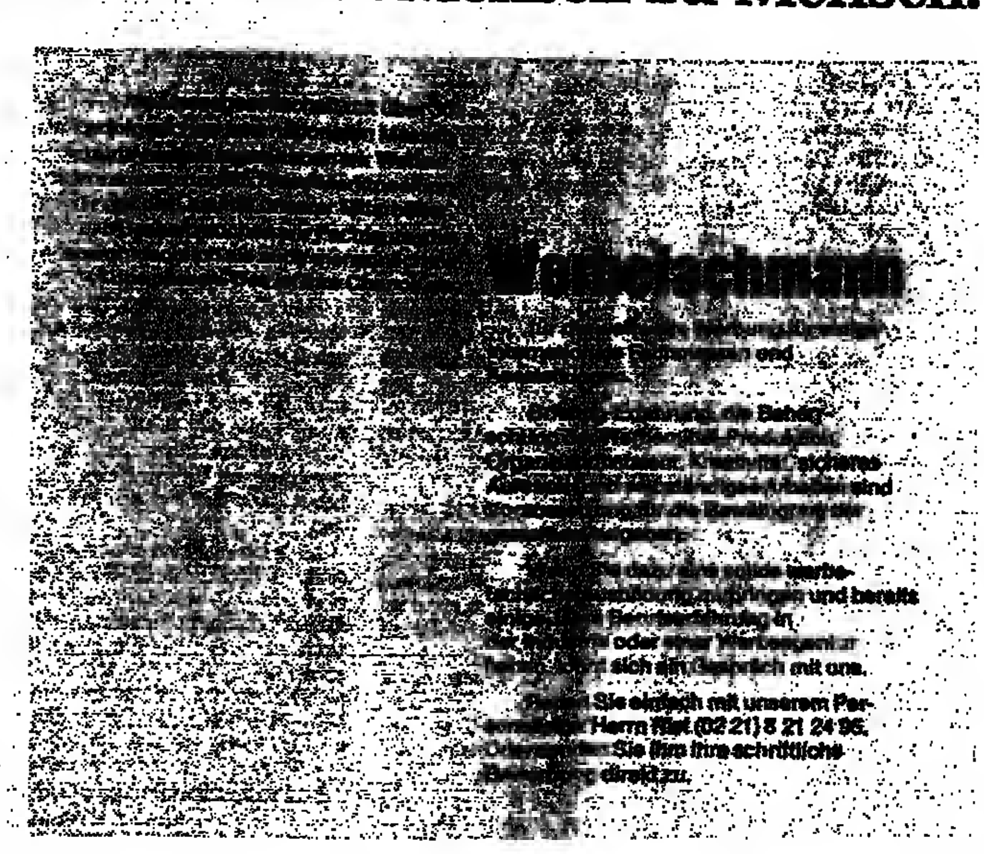
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





STELLENANGEBOTE

Messen von Mensch zu Mensch.



KölnMesse

KölnMesse, Postfach 21 07 60, D-5000 Köln 21, Telefon (02 21) 82 11, Telex 8 873 426 mua d

Ich bin 36,
war Tippse, Akkordarbeiterin, Studienrätin, Zahnarztpraxissekretärin, spreche besser Englisch als Französisch, mäßig Spanisch und bin offen für jede (Teilzeit-)Tätigkeit, in der ich meine organisatorischen Fähigkeiten und meine Kontaktfreudigkeit einsetzen kann. In bin nicht orts- oder inlandsgebunden.
Zuschriften erbeten u. T 3018 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Textil-kaufmann
45 J., 20 Jahre selbständig (Einzelhandel), sucht in Norddeutschland neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. unt. L 3012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauing. / Architekt
40 J., ledig, 15 J. Berufserfahrung im Entwurf, Ausführungsplanung, Bauleitung, Abrechnung, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. unt. P 3015 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachkaufmann für Materialwirtschaft
Einkauf, Mitte 30, in ungek. Stellung, sucht verantwortungsvolle, neue Herausforderung im Einkauf im Raum Berlin.
Zuschr. erb. u. N 3014 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

– Steuerbevollmächtigter –
35 J., ehem. StI., erfahren in der Beratung von Unternehmen unterschiedlicher Größen und Rechtsformen (inkl. Konzern), su. ab 1. 9. 85 Anstellung nach § 58 StBG oder im Finanz- u. Rechnungswesen.
Zuschr. erb. unt. R 3016 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Führungskraft (Vorst.)
48 J., erfolgreicher Werdegang, langj. Führungspraxis, Schwerpunkt *Einkauf/Verkauf (Energie/Rohstoffe)*, Marketing, kfm. Administration, sucht neue unternehmerische Herausforderung, evtl. auch als aktiver Teilhaber.
Zuschr. erb. unt. K 3011 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Führungskraft Leasing
Betriebswirt, Bankkaufmann, 34 Jahre; langj. Erfahrung in Bank, gew. Kreditgeschäft, Mobilien-Leasing; in ungekündigter Position als Bereichsleiter bei bedeutendem Unternehmen,
bietet:
- spez. Kenntnisse im Finanzierungs- und EDV-Operating-Leasing
- versiert in: Bonitätsprüfung, Refinanzierung, Steuer-, Handels- und Vertragsrecht, Organisation, EDV, Vertragsverwaltung, Bilanzierung, Rechnungswesen, Controlling, Auditing;
- verhandlungssicher, gute englische Sprachkenntnisse;

sucht: neue berufliche Herausforderung in einem Unternehmen des Finanzierungs-Leasing, des Hersteller-Leasing, der Absatzfinanzierung, Dienstleistung:
- kaufmännische Leitung, auch Gründung und Aufbau einer Leasing-Gesellschaft;
- Leitung: Kreditabteilung, Treasuring, Refinanzierung, Verwaltung, Organisation.

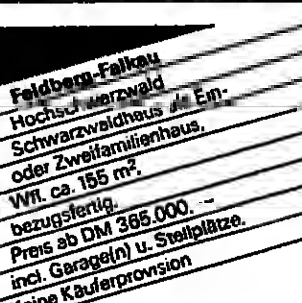
Zuschr. erbeten unter S 3017 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau
46 Jahre, 20 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungs- und Tiefbau, bis PN 100 und DN 1000 alle Materialien, Inhaber DVGW-Bescheinigung, kommunaler und Fernleitungsbau, erfahren in Akquisition, Angebotsbearbeitung und Vertrieb, z. Z. als Oberbauleiter tätig, sucht neue Aufgaben.
Angebote erbeten unter K 2747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt und Wirtschaftsfachmann
mit langjähr. Erfahrung in Planung, Bauleitung, Verwaltung – Immobilien, Management, Beratung – Vertrieb, in Industrie, Wirtschaft u. privatem Bereich, sucht Mitarbeit, tätige Beteiligung od. Übernahme in/an einem in dieser Richtung gelagertem Geschäft. 43 J., Englisch- u. Spanischkenntnisse.
Zuschr. unter C 2895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktvertrieb + Gewinn!
Das ist Sache.
Meine Sache seit 15 Jahren. Vertriebsdirektor, 38 J., dynam., erfolgsgewohnt, umsatz- u. gewinnorient., sucht Unternehmen mit entspr. Aufgabenbereich.
Ang. erb. unt. M 3013 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

South Africa
Vielseitiger Kfm., 44 J., wandert aus und ist dort gern für Sie tätig.
Zuschr. erb. u. H 3010 an: WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher eingegeben und dann in einer Belichtungseinheit vollautomatisch gesetzt – um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz.

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt der WELT einen oft entscheidenden Aktualitäts-Vorsprung.
Probieren Sie's aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
01-941

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind ein führendes Unternehmen auf dem Sektor Fertigtreppen und liefern in der BRD, Westeuropa und Übersee.

Unseren Kunden – Planern, Händlern, Verarbeitern und Endverbrauchern – bieten wir ein technisch ausgefeiltes Programm zum vernünftigen Preis.

Zur besseren Betreuung unserer Kunden und Interessenten suchen wir weitere

Handelsvertreter

Sollten Sie bei unserer Zielgruppe mit entsprechenden Verbindungen schon tätig sein, so könnte die Basis für eine erfolgversprechende Zusammenarbeit schon vorliegen.

Schreiben Sie oder rufen Sie einfach unseren Absatzleiter, Herrn Lehmann, an.

univ system-bauteil
UNIV System-Bauteil GmbH & Co. KG
Postfach 14 03 27
4330 Mülheim-Ruhr
Tel. 02 08 / 5 40 63

Garantieanmietung
Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!
IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 2 69 04 51

Export nach China
Wenn Sie Ihre Produkte nach China verkaufen möchten, setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Unsere chinesischen Partner haben uns beauftragt, für sie Geschäftsbeziehungen anzubahnen und zukünftigen Lieferanten die Tür zu China zu öffnen.
Rampy Services Inc. SA
89, Route Suisse, CH-1290 Versoix-Genève/Schweiz
Tel. 00 41 22 55.40.42, Telex: 28 279 oder 289 477

An alle Anlageberater und Vertriebsleute!
SIND SIE BEREIT
sich von Juli 1985 bis Dezember 1986 fultime für eine Sache einzusetzen, bei der Sie ca. 500 000,– DM verdienen?
Wenn ja, stellen wir Ihnen ein Superprodukt auf dem Kapitalbeteiligungsmarkt (Touristik und Freizeit) zur Verfügung. Sie werden von uns laufend kostenlos geschult. Außerdem bekommen Sie sämtliche Werbemittel und jede Art von Verkaufsunterstützung.
Bitte schreiben Sie unter M2881 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen für die BRD
VERTRIEBSPARTNER
für elektronisches Meßgerät. Gebietsschutz und überdurchschnittliches Einkommen ist selbstverständlich. Wir erwarten hohe Einsatzbereitschaft, gute Bonität und sicheres Auftreten zum Führen Ihrer AD-Mitarbeiter.
Kontaktaufnahme bitte nur schriftlich an
S & W Vertriebsagentur, Daphnestr. 17, 8000 München 81
Tel. 0 89 / 91 31 11

Wir suchen eine gut organisierte Vertriebsfirma
die über ein eng ausgebautes Vertriebsnetz in der ganzen BRD und evtl. auch im europäischen Ausland verfügt, für einen interessanten, konkurrenzlosen Gebrauchsartikel.
Näheres erhalten Sie unter X 3022 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Direktvertriebsorganisation
f. tierversuchsfreie Naturkosmetik gesucht.
Zuschr. unter PS 48856 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Existenz
bereits ca. DM 6000,– Eigenkapital – Mietsonderzahlung – für ein – Leasingsystem – versetzen Sie in die Lage, Ihren Wunsch nach Selbständigkeit zu verwirklichen. Ein fahrbarer Imbißverkaufsstand – Spezialität – betriebsfertig u. kompl. eingerichtet gibt Ihnen die Gewähr für einen erfolgreichen Geschäftsablauf.
Schreiben Sie uns bitte mit Angabe Ihrer Tel.-Nr. Wir vereinbaren umgehend einen Gesprächstermin.
Zuschriften unter M 2947 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmens-konzept
Nicht vom Ideenverkäufer, sondern vom Hersteller eines Spitzenproduktes mit einem gut funktionierenden Verkaufssystem in der gesamten BRD u. Berlin (kein Schneeballsystem o. ä.).
Damen u. Herren od. Ehepaare mit Pkw u. Telefon, mit Energie und Organisationstalent können mit etwas Kapital (sehr kurze Amortisationszeit) sehr ordentliche Gewinne erzielen. Alter u. Branchenkenntnisse unwichtig.
Rufen Sie gleich Tel. 0 89 / 36 70 67, od. schreiben Sie an: M.D.V. Chemie, Wartburgplatz 7, 8000 München 40. Umfangreiche Infos postwendend.

Exklusiver Wirtschaftsklub
für Selbständige, die gern segeln oder segeln lernen wollen, nimmt noch Mitglieder auf.
Bewerbungen an YACHTCLUB DER UNTERNEHMER (YCU) unter U 3041 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Produktideen in Kaufabschlüsse umsetzen, ist Verkauf.
Gebietsverkaufsleiter
48 J., Führungserfahrung. Leidenschaftl. Verkäufer, dynamisch, einsatzfreudig u. belastbar, sucht entsprechende Position im Bereich Norddeutschland.
Angebote erbeten unter T 3040 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder telef. Vorabinformation: 04 91 / 7 11 92.

Wir suchen Kontakt zu
Vertriebsleitern
von Time-Sharing-Verkaufsgruppen für exklusiven Schweizer Ferienclub in 4-Sterne-Hotels.
Angeb. erbeten unter S 3039 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Palettenreparaturdienst
Bundesweit nach DIN-Norm mit Originalersatzteilen
Ankauf – Verkauf – Tausch
HOPA
Alter Gerauer Weg 30
D-6094 Bischofsheim/Mainz
Ruf: 0 61 44 – 88 55

CHINESISCH
Sinologin (M. A.) und Übersetzerin (Diplom) übersetzt für Sie schnell und zuverlässig.
H. Lamprecht
Roonstr. 23, 5100 Aachen
Tel. 02 41 / 50 63 70

Firmensitz: Burg am Rhein!
Gleichgültig: Branche und wo Ihr Büro bzw. Geschäft.
Info. unter M 2815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau
Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten aus einer Hand, auch Einzelgewerke, Fa. Hobabau, Tel. 0 20 43 / 48 37.

Neue/zweite Existenz
Kriegen Sie das Gewicht Ihrer Stadt in den Griff! Unser Slogan: Für immer schlank! Start: sofort, mit konkurrenzloser Methode. Verdienst monatl.: DM 10 000,– und mehr. Gebietsschutz u. Betreuung zugesichert. Erforderlich Telefon und geringes Eigenkapital.
Kopa-KG, Dr. M. Schlüter
Krähenweg 5, 2000 Hamburg 61
Tel. 0 40 / 5 55 18 00

Hamburger Squash- und Freizeitzentrum sucht erfahrenen
Betreiber/Mieter
für neue 8-Courts-Squash-Anlage mit Nebeneinrichtungen und Cafeteria.
Zuschriften erbeten unter L 2880 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG, NEU!!!
Bezugsquellenkatalog ausländischer Anbieter (ca. 17 000 Anschriften). Der Weg zu konkurrenzfähigen Angeboten – Unentbehrlich für alle Interessenten am Direktbezug!
GRATISINFO: 6QK 7
Verlag R. CHROBOK, Postfach 14 21
D-8170 BAD TÖLZ, Tel. 0 80 41 / 7 03 46

Segelausbildung in Jollen und Yachten
Natürlich beim DHH.



Fordern Sie unseren Prospekt an
Deutscher Hochseesportverband
Hansa e.V. Postfach 30 10 24
2000 Hamburg 36

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

ÖSTERREICH

Haben Sie Ihre Geschäftsmöglichkeiten voll ausgeschöpft?

Mitten im Kärntner Seengebiet mit guten Verbindungen nach Norditalien und Jugoslawien wird wegen Neubau ein modernes Betriebsobjekt frei.

Für Handel, Produktion, Lager und Büro stehen 20.000 m³ umbauter Raum auf 9.300 m² Grundstück zur Verfügung. Bezirksstadt mit hervorragender Infrastruktur, verläßlichen Arbeitskräften und hohem Freizeitwert. Falls Sie Ihre Produkte im Lebensmittelhandel und Fachhandel verkaufen, wäre auch eine Vertriebspartnerschaft möglich.

Nähere Unterlagen senden wir Ihnen gerne.
Barnängen Ges.m.b.H., A-9560 Feldkirchen,
Telefon (0 04 3) 42 76/27 01, Telex 422622

MALLORCA
AMBASSADOR-PARK
EIN PARADIES FÜR GLÜCKLICHE

Ein außergewöhnliches Mittelmeerdorf wird direkt am Meer am schönsten Ort von *Mallorca* gebaut. Ideale Lage, 20 Minuten von Palma. Großzügige Wohnungen, 1 bis 3 Schlafzimmer, alle mit großen Terrassen. **Sehr gute Bauqualität und sorgfältige Ausarbeitung garantiert.**

BESUCHEN SIE AMBASSADOR-PARK – ÜBERZEUGEN SIE SICH SELBST

Dokumentation: **Globe Plan S. A.**, Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne, Schweiz. Telefon (21) 22 35 12. Tx.: 25 185 melis ch

Anfragen von Maklern sind willkommen.

Die SPARKASSE BONN beabsichtigt die Veräußerung von 4 in

BONN

gelegenen, denkmalgeschützten Gebäuden. Lage:

Thomas-Mann-Straße 55, Baujahr 1870
Thomas-Mann-Straße 57, Baujahr 1870
Thomas-Mann-Straße 59, Baujahr 1870
Münsterstraße 2, Baujahr 1870

Eine Objektbesichtigung ist nach Rücksprache mit der Verwaltungsabteilung möglich. Angebote sind ebenfalls an die Verwaltungsabteilung der SPARKASSE BONN, Friedensplatz 1, 5300 Bonn 1, zurichten.

Tel. 02 28 / 6 06 43 00 oder 02 28 / 6 06 43 15

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig.
Preis ab DM 365.000.--
incl. Garage(n) u. Stellplätze.
Keine Käuferprovision
Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39 – 89 m²,
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz.
Preis ab DM 109 000.--
zuzügl. DM 3.000.-- Stellplatz.
Gesamtpreis ab DM 112.000.--
Keine Käuferprovision
Leonberger Immobilien
Telefon (08 31) 2 26 61/2 60 20

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen,
Wfl. 88 – 127 m², bezugsfertig.
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert.
Preis ab DM 288.000.--
incl. TG-Platz
Keine Käuferprovision
Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 80 – 96 m², 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig.
Preis ab DM 199.000.--
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision



Leonberger Immobilien
Telefon (0 76 28) 89 69

BADEN-BADEN
Villengrundstücke, leichte Hanglage, Blick zu Merkur und altem Schloß, zwischen 621 + 1350 m², voll erschlossen, sofort bebaubar, DM 495,–/m².
Informationen:
IMMOBILIEN-TEAM KRONEBERGER GMBH
T 6, 23 · 6800 Mannheim 1 · Tel. 06 21 / 10 10 04

Als

Financier

eines in seiner Branche bedeutenden deutschen Unternehmens sorgen wir seit Jahren für den stabilen finanziellen Rahmen dieser Gruppe.

Aufgrund guter gegenseitiger Erfahrungen suchen wir Kontakt zu einem weiteren Unternehmen evtl. gut organisierter Ein- oder Verkaufskette mit entsprechendem Refinanzierungsbedarf.

Zuschriften unter Chiffre B 03–92416 an Publicitas, CH-4010 Basel

Feriendorf im Sauerland
zu verkaufen

8 Reihenbungalows mit 19 Wohneinheiten (17 × 5, 1 × 3 u. 1 × 2 = 90 Betten) – Wohn-/Eßraum, 2 Schlafzimmer, Bad mit Dusche, WC, Kleiderkammer.

Gaststätte, Kiosk, Saal (teilbar), Mehrzweckraum, Halle (rd. 140 m²) mit Nebenräumen, Verwalterwohnung.

Ein Bebauungsplan läßt die Errichtung weiterer Ferienhäuser zu.

Grundstück an Südwesthang (rd. 29 200 m²) mit Kinderspielplatz (versch. Geräte), Feuerstelle und Bogenschießstand. 600 m zum Strandbad an großer Talsperre.

In der Nähe große Waldungen über Fuß- und Radweg bequem zu erreichen und weitere Freizeiteinrichtungen.

Interessenten richten Angebote bitte unbedingt unter Kennziffer Ha 65 729 an die Werbeagentur WESTPRESS, Postfach 27 47, 4700 Hamm 1.

Baudenkmal
Nähe Köln, Wehrbau, Einzellage. Träger m. Erfahrungsnachweis f. Ausbau u. Vermarktung als Wohnungen im Erbbaurecht gesucht.
Zuschr. u. PR 48 855 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Kapitalanlage
in Schweizer Franken, mit sehr guter Rendite, äuß. Diskretion.
H. Gröll Treuhand
Tschäpperliring 5
CH-4153 Reinach

Wenn Sie es eilig haben,
können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber
8–579 104 aufgeben.

50% Rendite
ist das Minimum, welches unser spekulatives Wertpapierdepot per anno erwirtschaftet. Nehmen Sie am Erfolg teil. Fordern Sie unsere Unterlagen an!
JENKRIS-VERLAG, Abt. SIC
Postfach 142, 2152 Horneburg

7570 Baden-Baden
Topeigentumswhg., zentrumsnah, in äuß. ruh. Lage, dir. v. Priv. an Priv. provisionsfrei zu verkaufen. 3 Zi., Kü., Bad, Balkon etc. in 2-Fam.-Haus-Neubau mit eig. Gartenanteil u. eig. Garage. Viele Extras. Weitere Informationen, Exposé, Besichtigungstermin unverbindl. über
Alfahaus GmbH
Telefon 0 74 41 / 8 20 06

Roulette-Info
Gratis mit Gewinnkonzept von DYN-CLUB, Fach 245, 4000 Düsseldorf 31

Über 100 % Gewinn gibt es nicht ohne Risiko!!
Wenn Sie bereit sind, ein überschaubares Risiko einzugehen, dann fordern Sie noch heute unsere Unterlagen an.
Zuschriften erbeten unter U 1743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Port Grimaud (Golf von St. Tropez)
Häuser und Ferienwohnungen zu günstigen Kaufpreisen. Unterlagen anfordern bei:
BAVARIA GmbH · Ismaninger Str. 106
8000 München 80 Tel. (0 89) 98 05 33
Tx 5 23 618 schud

FERIEN-WOHNPARADIES OSTERREICH
MARIA ALM
Gemeinde Saalfelden, Wander- u. Erholungsgebiet im Salzburger Land, 1- bis 4-Zimmer-Wohnungen.
SEEHAM
am Obertrumer See, nur 20 km von der Festspielstadt Salzburg entfernt.
1- u. 2-Zimmer-Wohnungen ab 47 m².
Eigentumswohnungen mit gesicherter Grundbucheintragung.
„DEIN HEIM"
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, I.-Rieder-Kai 13a
☏ 00 43 662 23 5 06-0

Sind Ihnen Warentermingeschäfte angeboten worden?
Bevor Sie sich entscheiden, lesen Sie unsere Insider-Info über Praktiken im WTG. Info gegen Schutzgebühr von DM 106,80 p. Nachnahme über G + R Versand, Wiesenweg 5, 4400 Münster.

Bevor es zu spät ist.
Jetzt Geldanlage in Spanien!
Verlag: Hans-J. Wollenberg, Leonhardsberg 17, 8900 Augsburg. Buch: DM 20,– inkl. – Sofortzus.

Scharbeutz/Ostsee
Exklusiver Bungalow in einmalig ruhiger Lage. Kamin, Garage, Balkon, 2 überd. Terrassen. 5 Minuten zum Strand. Sofort bezugsf., 167 m² Wohnfläche, 820 m² Grundstück. Immobilienwert 665 000,– DM, realist. VK-Preis 500 000,– DM (VHB). Von Privat!
T. 0 45 21 / 37 44 oder 0 40 / 6 47 07 34

Schweizer Firma
in Basel, Handel, sehr ausbauf. m. Europa, exkl., VB sfr. 300 000,–, nur Interess. m. Kapitalnachw. erh.
Auskunft unter:
H. Gröll Treuhand
Tschäpperliring 5
CH-4153 Reinach

18% Miete p. a. – seit 9 J.
Container-Leasing.
Info: 0 89 / 2 71 69 59

Eschershausen Weserbergland
Sehr schön gelegenes Einfamilienhausgrundstück sofort bebaubar, 812 m² = 30 856,- DM zuzüglich Erschließungskosten.
Niedersächsische
Landgesellschaft mbH
Arndtstr. 19, 3000 Hannover 1
Tel. 05 11 / 33 93 331

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Dienstgebäude der ehemaligen AOK Halle i.W. zu verkaufen

SB-Markt · Warenhaus
Fachmarkt · Einkaufs-Z.
Geschäfts- und Bürohaus

Grundstück: 3040 m², Erdgeschoß: 550 m², Großraum, Obergeschoß: 180 m², Büroräume, Sitzungsraum, Kellergeschoß: 500 m², Lagerflächen, Konferenzraum.

Halle hat ca. 20 000 Einwohner. Gebäude in zentraler Stadtlage nahe der Ortsdurchfahrt der B 68. Baujahr 1967. Gute, solide Bauweise in Stahlbeton. Außenwände im EG Isolierverglasung in Alurahmen. Die Gebäudekonstruktion gestattet eine individuelle Raumaufteilung und Änderung der jetzigen Gestaltung. Sehr gute Parkmöglichkeiten auf dem Grundstück.

GÜTERSLOH, Dr.-Kranefuß-Str. 3
4830 Gütersloh, Tel. 0 52 41 / 1 08–1

Graeser
Unternehmensvermittlung
Sammel-Nr. 0 67 43/26 66, Oberstr. 1
6533 Bacharach, Telex 4 2327
Wir verkaufen oder verpachten
Ihren Betrieb
zielstrebig; schnell und sicher

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

FUSSBALL / Der Auf- und Abstieg zweier Vereine: 1. FC Saarbrücken und Arminia Bielefeld

Harakiri oder Das große Abenteuer Bundesliga

sid/dpa, **Saarbrücken**

Einen Tag nach dem Jubel um den Wiederaufstieg in die Fußball-Bundesliga ist im Saarland die Hochstimmung einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen. Zum drittenmal nach 1963 und 1977 ist der 1. FC Saarbrücken zwar wieder erstklassig, doch die Probleme sind in der Nachbarschaft der Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern und SV Waldhof Mannheim alarmierend. Die Vereinskassen sind leer, eine Schuldenlast von 2,8 Millionen Mark wird immer noch als Hypothek früherer Bundesligatage mitgeschleppt.

Präsident Uwe Strassel kündigte für die Zukunft einen strengen Sparkurs an: „Als wir das letzte Mal in die Bundesliga aufstiegen, kassierten Spieler wie Harry Ellbracht und Jova Acimovic im Monat je 35 000 Mark. Soviel verdient jetzt die ganze Mannschaft."

Vierzehn Verträge laufen zum Ende der Spielzeit aus, der Deutsche Fußball-Bund (DFB) fordert innerhalb kürzester Zeit eine Bürgschaft für die nächste Saison. Sarkastischer Kommentar von Trainer Uwe Klimaschefski: „Wenn das Geld aus dem Gönnerkreis nicht reicht, nehme ich mein Geld von der Bank und kaufe selber Verstärkung."

Der DFB erteilte den Saarländern die Profilizenz unter Auflagen, die den Klub dazu zwingen, lediglich 100 000 Mark für Neuverpflichtungen ausgeben zu dürfen. „Um das Negativkapital abzubauen, brauchen wir 15 000 Zuschauer", rechnete Präsident Strassel hoch. In der Zweiten Liga kamen immerhin 9600 Zuschauer pro Heimspiel.

„Das reicht gerade für neue Stollen, aber nicht um zu überleben", meinte Klimaschefski zu den „katastrophalen Voraussetzungen". Ohne die notwendigen Verstärkungen („Wir brauchen hinten zwei, in der Mitte zwei und vorne zwei, alles andere ist Harakiri.") wäre der Aufstieg der Mannschaft seiner Meinung nach umsonst gewesen.

Noch in der Nacht vor dem Rückspiel in Bielefeld suchte der Verein Kontakt zum Bielefelder Vorstopper Dirk Hupe. Der 27jährige ehemalige Olympia-Amateur will sich – wie angeblich auch sein Vereinskamerad Rautiainen – das Angebot überlegen. Dann hätte Wolfgang Seel, der mit Saarbrücken vor zwei Jahren noch in der Amateuroberliga spielte, wenigstens zwei erfahrene Spieler an seiner Seite. Der ehemalige Nationalspieler will mit 37 Jahren noch einmal das Abenteuer Bundesliga wagen.

Krisensitzung – und der Präsident ist in Amerika

BERND LINNHOFF, **Bielefeld**

Die Gewitterwolken, die seit Monaten aufgezogen waren, wurden ignoriert. Für die Verantwortlichen der Bielefelder Arminia kam der Abstieg aus der Fußball-Bundesliga wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Anderthalb Stunden nach dem 1:1 gegen den 1. FC Saarbrücken begann die konkrete Zweitliga-Planung mit einer Krisensitzung, unter extremem Zeitdruck und nahezu unvorbereitet.

Präsident Dr. Auf der Heyde fehlte, er weilt auf Geschäftsreise in Amerika. An den zukunftsweisenden Entscheidungsprozessen konnte und kann er nicht teilnehmen, „er ist ja nicht da", stellte Trainer Gerd Roggensack lakonisch fest. Schon beim 0:2 in Saarbrücken war kein Mitglied des Vorstandes zugegen.

Symptome für die schwache Führung des Klubs, die nicht erst seit dem Wirbel um den mittlerweile entmachteten Manager Dr. Müller Spieler wie Fans erzürnt. „Die vollbesetzte Alm am Montag zeigte, daß der Anhang unsere Ängste um den Klassenerhalt erst fünf nach zwölf geteilt hat", so Roggensack, „aber vielleicht haben wir unser Umfeld auch selbst zerstört."

„Nach der Relegation keine Resignation", verkündete Schatzmeister Neugebauer. Aber offensichtlich auch keine Organisation. Und die Zeit drängt. Bis zum Donnerstag muß Arminia Bielefeld dem DFB mit 15 unterschriebenen Verträgen oder einer Bürgschaft über 900 000 Mark beweisen, daß der Spielbetrieb 1985/86 gesichert ist. Wer aber bürgt in solch ungeklärter Situation?

Die bereits mit dem Großteil des Kaders abgeschlossenen Kontrakte gelten nur für die Erste Liga. Am Montag abend unterschrieben Kneib, Schnier, Wohlers, Büscher, Ellguth und Gerstner (vom 1. FC Kaiserslautern) neu.

Definitiv ist bisher lediglich der Weggang Ronald Borchers. Er bestreitet am 6. Juli das erste Spiel für Grasshoppers Zürich. „Einen solchen Abgang hätte ich mir nicht träumen lassen", meinte der ehemalige Nationalspieler, „vor dem Spiel herrschte bei uns die Totenstille der Konzentration, nachher die Totenstille der Enttäuschung. Nimmt man beide Auseinandersetzungen, war Saarbrücken ein absolut verdienter Gesamtsieger."

„Nun gilt es, den Scherbenhaufen vernünftig zu kitten. Der Vorstand ist gefordert", sagt Roggensack. Er will seine Perspektive wissen: „Wiederaufstieg dann, wenn wir eine gute, attraktive Mannschaft behalten, oder aber Neuaufbau." (DPA)

Nicht Ferien machen, sondern gestalten: Das Sommerprogramm im ZDF

Kampf zwischen Wetter und Bildschirm

Damit keiner, der in den aufkommenden Urlaubsmonaten im Lande bleibt, für seine Heimattreue bestraft wird, hat der Programmdirektor Alois Schardt seine Crew zur Höchstleistung mobilisiert, und zwar unter dem Motto: „Das ZDF macht keine Ferien, sondern gestaltet sie!" Am 24. 6. startet das Sommerprogramm, es wirkt verlockend, ist vielfältig und für die ganze Familie bestimmt. Die Anstalt hat anscheinend beschlossen, mit attraktiven Angeboten den Besuchen in Tiergärten oder Schwimmbädern ihrer Zuschauer den Konkurrenzkampf zu erklären.

Der Wetterlage sowie der Sommerstimmung angepaßt, bietet also das Zweite Deutsche Fernsehen bis 29. 8. ein Sortiment von Sendungen, und das in drei begrenzten Zeit-Blöcken (das Nachmittags-, das Vorabend- und das Abend-Programm). Anschließend (bis 9. 9.) folgt ein vorwiegend auf Live-Ausstrahlungen konzentriertes Programm aus Berlin im Rahmen der IFA.

Hinzu kommt das Kinderprogramm (in welchem auch in diesem Sommer erstaunlich wenig Märchen zu finden sind). Das ZDF gestaltet es zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit dem ORF. Im Mittelpunkt steht wieder der live ausgestrahlte „Ferienkalender" (werktags zwischen 15 und 17 Uhr). Das ORF ringt um die Gunst des verwöhnten Zuschauer-Nachwuchses mit „Vokabelheft" (einem pfiffigen Kurzlehrgang in Österreich-Deutsch); es stellt die „Spiele unserer Großeltern" vor und läßt so manche Sendung von Kindern moderieren.

Die wahre Schlacht der Anstalten um das Interesse der Zuschauer entflammt natürlich erst im Abendprogramm, und da hält das ZDF taktischerweise seine wirkungsvollste Programmwaffe für die Zeit ab 19.30 Uhr bereit – den „Wunschfilm", der auch schon im letzten Jahr ein Hit im Sommerprogramm war. An sieben Samstagen (ab 20. 7.) stehen jeweils drei Superfilme zur Wahl.

Am späten Dienstagabend zeigt das ZDF deutsche und ausländische Spielfilme von Frauen. Die meisten der Beiträge sind Erstaufführungen, die es auf dramatische Weise mit dem geschickt kaschierten Frauen-Chauvinismus innerhalb der Frauenbewegung aufnahmen – was Spannung, ja Aufregung verspricht. Trotzdem dürfte sich der Auftakt zu dieser Reihe – das Filmforum „Unsichtbare Frauen – Filmemacherinnen in Hollywood" (20. 6. um 23.30 Uhr) – als noch anregender als die aktuellen Filmberichte entpuppen. So risikofreundlich dieses Programmangebot, so sicher der Zuschauererfolg der Filmreihe am Freitagabend (ab 12. 7. um 20.15 Uhr) – obwohl an ihrem Anfang auch eine Frau stand: Allerdings war's die große alte Dame des Krimis – Agatha Christie. Fünf ihrer bisher noch nicht ausgestrahlten Romanverfilmungen werden ergänzt durch den Spielfilm „Das Geheimnis der Agatha Christie".

Um die konzertlose Zeit zu überbrücken, hat das ZDF eine Art Fernseh-Festspiele eingerichtet, damit die Musikliebhaber auf ihre Kosten kommen. Sie sind traditionell für den ersten Wochentag bestimmt und jenen Komponisten gewidmet, deren Gedenktage im Rahmen des „Europäisches Jahr der Musik" gefeiert werden.

An großen Plänen, wie man sieht, fehlt es nicht, die ZDF-Programmacher rudern routiniert durch die gefährlichen Sonnenmonate, und wenn auch noch der Heilige Peter mitmischen wird, dann dürfte ihr „Sommer-Nachts-Traum" in Erfüllung gehen – das heißt, die Einschaltquoten werden stetig steigen und die Gipfel der Wintermonate (die um sieben bis zehn Prozent höher liegen) erklettern.

DANA HORAKOVÁ

STAND ● PUNKT

Abgewiegelt

In Heidenheim war sie eine der 14 Athletinnen, die aus Verletzungsgründen ihre Länderkampfteilnahme abgesagt hatten. Zudem schrieb *Kugelstoß-Olympiasiegerin* Claudia Losch dem Deutschen Leichtathletikverband (DLV) einen Brief, nachdem sie in diesem Jahr keine internationalen Einsätze mehr bestreiten werde. Grund: Man versuche, sie von *Trainer Christian Gehrmann zu trennen.*

In Fürth kam das Thema hinter verschlossenen Türen zur Aussprache. Zuvor schon hatten sich der LAC Quelle Fürth, der Bayerische Leichtathletikverband (Gehrmanns Arbeitgeber) und Claudia Losch darauf geeinigt, daß Gehrmanns Aufgaben in der Nachwuchsförderung zur Hälfte gekürzt werden, damit er ausreichend *Zeit* erhalte, um *mit* der Olympiasiegerin zu trainieren. „Ich hatte ein gutes Gespräch mit Claudia Losch und bin mir sicher, daß sie wieder Länderkämpfe bestreiten wird", sagte DLV-Sportwart Otto Klappert.

Ist damit das eigentliche Problem wirklich gelöst? Verfolgte das Team Losch/Gehrmann nicht im Grunde ganz andere Ziele, nämlich über den Sport hinausgehende Interessen? Doch Verband und Betroffene haben die Sache erst einmal abgewiegelt.

CURT MORELL

SPORT-NACHRICHTEN

Zwei als Nummer eins

London (dpa/UPI) – Zum ersten Mal führen in diesem Jahr beim Tennis-Turnier in Wimbledon mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd *zwei Spielerinnen gemeinsam* die Setzliste an. Das Setzkomitee entschied sich für diese Lösung, nachdem die 30jährige Chris Evert-Lloyd durch ihren Sieg in Paris wieder die Nummer eins der Weltrangliste geworden war und ihre *Landsmännin* Martina Navratilova vom ersten Platz verdrängt hatte.

Nachfolger im Herbst

Warendorf (dpa) – Ein Nachfolger für den tödlich verunglückten Springreiter-Bundestrainer Hermann Schridde wird frühestens im Herbst bestimmt werden. Interimstrainer bleibt bis dahin Hans Günter Winkler.

Böhm und Nemes vorn

Frankfurt (dpa) – Georg Böhm und die in der nächsten Saison ebenfalls für den ATSV Saarbrücken spielende Olga Nemes führen die Jahresranglisten des Deutschen Tischtennis-Bundes an.

Lirung mit fünf Längen

Bremen (K.G.) – Mit fünf Längen siegte der dreijährige Hengst Lirung aus dem Gestüt Fährhof im Bremer *Bayeff-Rennen (60 000 Mark, 35 000 Mark dem Sieger)* vor Lontano und Taft. Er geht damit am 7. Juli in Hamburg-Horn ungeschlagen an den Start des 116. Deutschen Derbys. Insgesamt hat Lirung jetzt 160 250 Mark bei nur fünf Starts gewonnen.

Porsche in Ägypten

Stuttgart (dpa) – Zwei Prototypen des Modells 959 stellt Porsche dem Privatteam seines Fahrers Jacky Ickx (Belgien) für die Pharaonen-Rallye in Ägypten im Oktober zur Verfügung. Die beiden Wagen verfügen über einen 400 PS starken 2,8-Liter-Turbo-Motor und werden von Ickx und dem Ägypter Saeed Al Hajri gesteuert.

ZAHLEN

MODERNER FÜNFKAMPF

Internationale Deutsche Einzel- und Mannschaftsmeisterschaften in Berlin, Endstand, Einzelwertung: 1. Mette (Berlin) 5524 Punkte, 2. Kreher (Berlin) 5486, 3. Cichosz (Warendorf) 5280. – Mannschaftswertung: 1. Berlin 1 (Mette, Kreher, Marsollek) 15 991 Punkte, 2. Nordrhein-Westfalen 1 (Cichosz, Scharf, Zimmermann) 15 703, 3. Schweden 15 115.

VOLLEYBALL

Damen-Länderspiel: Deutschland – Kuba 1:3 (7:15, 15:13, 12:15).

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Fürth, Stabhochsprung: 1. Tarev (Bulgarien) 5,61 m, 2. Winkler (Bonn) 5,51 m.

IOC / Berlioux-Kritik

„Es fehlt der Weitblick"

sid, **Paris**

In einem Interview mit der französischen Sportzeitung *„L'Equipe"* begann die zurückgetretene Direktorin des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Monique Berlioux, ihre Abrechnung mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber. Heftig kritisierte die *Französin IOC-Präsident Juan Antonio* Samaranch. Nach ihrer Aussage hat der Spanier ihre Hilfe nur während seiner Kandidatur zum höchsten olympischen Amt in Anspruch genommen. Berlioux: „Danach hat er ständig den Konflikt gesucht und meine moralischen Grundsätze untergraben."

Monique Berlioux weiter: „Dem IOC fehlt ein Mann mit Weitblick, der die nötigen Richtlinien setzen könnte. In meinen Augen wäre nur jemand wie Willi Daume dazu in der Lage." Die Französin will sich trotz ihrer Demission weiter für die olympische Bewegung einsetzen, insbesondere im Hinblick auf eine *längst* überfällige Novellierung der IOC-Richtlinien bis zum Jahre 2000. Sie sagt: „Das IOC muß lernen, sich wieder mehr an den Grundsätzen von Pierre Coubertin zu orientieren."

Sie kritisierte auch die Behandlung der Frauen durch das IOC: „Das IOC läßt die Frauen links liegen."

KRITIK

Politische Instinktlosigkeit

Gott muß die Deutschen offenbar erschaffen haben, damit diese der Welt vorführen können, wie ein Volk es fertigbringt, und das immer wieder, sich selbst zu erniedrigen. Präziser gesagt: wie die eine Hälfte dieses Volkes es mittlerweile ganz allein schafft, von einer politischen Torheit in die andere ideologische Blindheit zu stolpern, nämlich die Bundesdeutschen. Und die Medien mischen kräftig mit.

Beispiel: **Ein Wochenende in Deutschland** (ZDF). Der Schreiber dieser Zeilen erlebte, gerade 14 Jahre alt, den 17. Juni in Magdeburg, sah, wie russische Panzer in nicht bewaffnete Menschenmengen schossen, mußte mitansehen, wie eine junge Mutter, *ihr Kind fest an sich* gedrückt, von einem russischen Lkw überfahren wurde. Und nun ein solcher Bericht über diesen schicksalhaften Tag deutscher Nachkriegsgeschichte.

Gewiß, die Mainzer hatten keine Sendung über den 17. Juni angesagt, hatten auch keine Analyse historischer Zusammenhänge und politischer Hintergründe versprochen. Nein, Impressionen, Streiflichter, Momentaufnahmen sollten es sein, rund um den 17. Juni, eingefangen von sieben Kamera-Teams in beiden deutschen Staaten, also im geteilten Deutschland.

Als Ouvertüre (wen wundert's noch) Originalton Ost, die „Aktuelle Kamera" mit Meldungen vom Tage. Natürlich fiel kein einziges Wort über die Niederschlagung des Volksaufstandes vor 32 Jahren. Worüber der ZDF-Kommentator höchst erstaunt war. Ist soviel politische Naivität (oder ist es schon politische Instinktlosigkeit?) denn überhaupt noch möglich?

Aber nein, naiv waren die Macher dieser Sendung ganz und gar nicht. Im Gegenteil, einige wußten sehr wohl, was sie dem Zuschauer da mit Absicht unterjubelten, wenn sie z.B. den Regisseur Hark Bohm zu Wort *kommen lassen: „Ich finde die Teilung nicht so tragisch"*, während Kopelevs Bemerkung „. . . daß man sich damit abfindet, ist schrecklich", tontechnisch fast abgewürgt wurde.

Oder wenn in der Berichterstattung über den Schlesier-Tag von „schlesischer Wurst als Kulturgut" so gesprochen wird, als gäbe es nichts anderes, worüber sich die Schlesier außerhalb ihrer einstigen Heimat unterhalten würden. Auch so kann lächerlich gemacht werden, was ernsthaft und seriös, vor allem fair von den Medien ausgeleuchtet werden müßte.

Nein, dieses verlängerte Wochenende in Deutschland – wie hier dargestellt – war nicht dazu angetan, historische Bedeutung, Sinn und Tragik des 17. Juni sichtbar zu machen, denn schließlich liefen die 45 Minuten in eine Richtung (Denkfehler oder Absicht?), in der sie eigentlich nichts zu suchen hatten: es ging doch wohl darum, in Bild und Ton aufzuzeigen, wie Deutsche diesen Tag sehen, erleben, deuten, gestalten, ob sie ihn akzeptieren, seinen Sinn erkennen, ob sie ihn für richtig halten oder sich nur darüber freuen, alljährlich einen freien Tag mehr zu haben.

Wie aber soll, wie kann Antwort auf diese Frage gefunden werden, wenn die weitaus größere Sendezeit jenem Teil Deutschlands gewidmet ist, in dem gerade dieser Tag eine gänzlich andere Lesart erfährt?

Und genau da liegt der Hase im Pfeffer. Der Verdacht liegt nämlich nahe, daß es den Machern – sei es nun aus Unvermögen, sei es aus patriotischer Schamlosigkeit – überhaupt nicht darum ging, diesem Tag inhaltlich gerecht werden zu wollen. So interessant und informativ auch so manches in dieser Sendung gewiß war, so wurde es doch nur ein recht trauriges Wochenende. Schade!

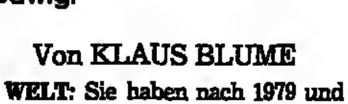
AXEL MICHAEL SALLOWSKY

MOTORSPORT / WELT-Interview mit Klaus Ludwig, dem Sieger der 24 Stunden von Le Mans

Zur richtigen Zeit, am richtigen Platz, im richtigen Auto

Der deutsche Autorennfahrer Klaus Ludwig gewann zum dritten Mal die „24 Stunden von Le Mans". Die Nachrichtenagenturen nannten ihn deshalb „eine der wenigen konstanten Größen im internationalen Sport", denn Ludwig gehört auch in den USA zu den gefragten Rennfahrern. Die WELT sprach mit Klaus Ludwig.

Rennfahrer Ludwig: „Le Mans, das ist . . ."



Von KLAUS BLUME

WELT: Sie haben nach 1979 und 1984 zum dritten Mal die „24 Stunden von Le Mans" gewonnen, einen der ganz großen Klassiker des internationalen Motorsports. Wird die Euphorie beim dritten Mal von der Routine verdrängt?

Ludwig: *Absolut nicht. Teamchef* Reinhold Jöst hatte mir gesagt: Klaus, fahr bitte die letzte Stunde. Für mich war das ein emotionaler Trip. Erst recht in der letzten Runde, und das war nicht einfach.

WELT: Warum nicht? Sie lagen doch in Führung.

Ludwig: Weil geradezu eine Last von einem abfällt. „Le Mans", das ist schließlich nicht nur irgendein Autorennen. „Le Mans", das ist ein hochgefährlicher Anachronismus. Es gibt zum Beispiel Spurrillen auf der Straße und es gibt eine sieben Kilometer lange Gerade, die man mit 350 Kilometern in der Stunde fährt.

WELT: *350 Kilometer in der Stunde* – was denkt man dabei?

Ludwig: Nichts, gar nichts. Ich versuche, so aufmerksam wie nur möglich zu sein. Denn ein kleines Steinchen, ein winziger Metallspan auf der Straße könnte das Aus bedeuten. Nicht nur im Rennen – unter Umständen für immer. Le Mans ist lebensgefährlich.

WELT: Sieht man bei solchen Geschwindigkeiten überhaupt noch etwas auf der Straße?

Ludwig: Man sieht alles, denn man *gewöhnt sich* an diese Geschwindigkeiten.

WELT: *Sie fahren nur noch selten* Rennen in Europa, warum?

Ludwig: Ich bin Ford-Werksfahrer, und in meinem Vertrag steht, *daß ich dort fahren muß, wo ich* eingesetzt werde. In den letzten Jahren wurde ich meistens in den USA eingesetzt.

WELT: In Le Mans steuerten Sie aber einen Porsche des privaten *deutschen Jöst-Teams* . . .

Ludwig: Ich habe von Mike Kranefuß, dem Ford-Motorsportchef in Detroit, dafür die Freigabe bekommen. Das hat zwei Gründe: Erstens hat Ford zur Zeit noch kein Auto für die europäische Rennszene und zweitens sagte sich *Kranefuß*, wenn Ludwig in Europa fährt, bleibt er fit und damit schnell. Denn nichts ist für einen Rennfahrer riskanter, als daheim zu sitzen.

WELT: Nun sind Sie also kurz mal aus den *USA* 'rübergekommen, um den Jungens hier in Europa zu zeigen, wie man richtig Autorennen fährt . . .

Ludwig: So ist es nicht. Ich fahre für Jöst in diesem Jahr die gesamte *Langstrecken-Weltmeisterschaft*. Le Mans war schon mein drittes Rennen.

WELT: *Und ihre Ford-Aufgaben* in den USA?

Ludwig: Die laufen weiter. 17 *Rennen, bis in den Dezember hinein.*

WELT: Mit was für einem Auto fahren Sie dort?

Ludwig: Das Auto heißt „Ford-Probe", entspricht den hiesigen WM-Fahrzeugen im Langstreckensport, *ist* also überdacht, und wurde von Erich Zakowski in Niederzissen entwickelt.

WELT: Wie geht es damit?

Ludwig: Dreimal geführt, dreimal ausgefallen.

WELT: Sie fahren die Langstrekken-Weltmeisterschaft in Europa und in den USA. Als was fühlen Sie sich, immer noch als Deutscher oder schon als Amerikaner?

Ludwig: Ich wohne immer noch in Deutschland, in der Nähe von Bonn. Das wird auch so bleiben. *Mein Arbeitsplatz ist zum Teil Amerika.* Doch ich achte darauf, daß ich sofort nach einem Rennen in den USA ein Flugzeug erwische, das mich wieder nach Hause zu meiner Familie bringt. Das klappt meistens *hervorragend, und so gesehen gibt* es zwischen den Arbeitsplätzen Hockenheim oder Watkins Glen fast keinen Unterschied.

WELT: Ford entwickelt ein Formel-1-Projekt. Wäre das nichts für Sie?

Ludwig: Ich habe mich nicht ins Gespräch bringen lassen.

WELT: Warum?

Ludwig: Ich weiß, daß man zum *richtigen Zeitpunkt am richtigen* Platz im richtigen Auto sitzen muß. Das gilt in der Formel 1 für den Brasilianer Senna. Für mich galt das in Le Mans, als ich zum dritten Mal dort gewann.

WELT: *Und Sie haben dabei die* Werks-Porsche geschlagen . . .

Ludwig: Weil ich viel aggressiver fuhr, zum Anfang. Das brachte Vorsprung, das brachte Ruhe. Dann konnte ich benzinsparend fahren. Die Werks-Porsche scheiterten, weil den Fahrern während des Rennens die individuelle Freiheit fehlte, weil der Computer bestimmte.





„. . . und bleibt ein . . ."

FOTOS: POLY-PRESS



„. . . lebensgefährlicher Anachronismus."





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Zwei nette Dicke
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.00 Fury (2)
2. Joe geht zur Jagd
15.25 *Dr. Snuggles*
2. Der wunderbare fliegende Marmeladenbaum
16.00 Tagesschau
16.10 Computer & Co.
Alexander von Cube berichtet von der C '85
16.55 Chlorofilla vom blauen Himmel (6)
17.20 Schau ins Land
Eine lange Nacht und der kurze Morgen des Abschieds
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Saigon – *Im Jahr der Katze*
Englischer Fernsehfilm von David Hare
Mit Judi Dench, Frederic Forrest, E. G. Marshall u. a.
Regie: Stephen Frears
Saigon im Jahre 1975. Der Vietcong erreicht die Stadt, doch der amerikanische Botschafter weigert sich, den Ernst der Lage anzuerkennen. Bob Chesneau, ein CIA-Agent, beschwört ihn, die gefährdeten Personen evakuieren zu lassen.
22.00 Brennpunkt
Bonner Stimmungstief – Helmut Kohl und seine Union
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Ein mörderisches Projekt
23.45 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Der Unkrautgärtner
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Ein neuer Freund
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Verbannt
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 *Kennzeichen D*
Deutsches aus Ost und West
Vorbild Wirtschaftswunder?
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Polizeirevier Hill Street
Lieben und lieben lassen
21.45 heute-journal
22.05 Wus gewejn . . . es war einmal
Dreiteilige Dokumentation von Robert Hartmann
Eine Reise durch alte jüdische Zentren
2. Teil: Osteuropa
22.50 Das kleine Fernsehspiel
Jenseits von Mitleid – jenseits von Schmerz
Musik: Gunnar Edander
Buch und Regie: Agneta Elers-Jarleman
0.10 heute

SAT1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Die wandernden Riesen
15.00 Die Bären sind los
Eine Gruselgeschichte
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Scrappy und die Geister
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Gefleckte Großkatzen
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Porträt des Trabrennfahrers Hans Frömming, der am 28. Juni 75 Jahre alt wird
Anschl. Skat-Turnier der „Bildwoche"
19.35 Tele-Kiosk
Ein Magazin zur Unterhaltung
20.30 Love-Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Oh, Gott . . .
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit George Burns, John Denver u. a.
Regie: Carl Reiner
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Höhlen im Meer
Von und mit Ernst W. Bauer
Die drei Klumberger
Pony-Party am Baumhaus
Von Ernst Pfeiffer
19.00 heute
19.30 Roland Kaiser: Liebe ist . . .
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Europameisterschaft im Springreiten 1975
23.20 3SAT-Nachrichten

III.

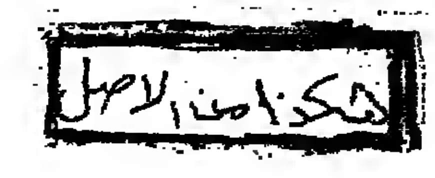
WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Die Commune der Sannyasins
Verführung der Jugend oder neue Lebensform?
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Entehrt
Amerikanischer Spielfilm (1931)
Mit Marlene Dietrich, Victor McLaglen, Lew Cody u. a.
Regie: Josef von Sternberg
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Les Cuisines Régionales Françaises
19.00 Konrad Zuse (1)
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Das Brücke-Museum in Berlin
21.45 Der Film-Club
Die letzte Nacht im Alamo
Amerikanischer Spielfilm (1983)
23.05 Actualités
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bei Nacht sind alle Jacken blau
19.00 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Persönlich – mit Menschen im Gespräch
Die Karikaturistin Marie Marcks
21.00 Letzte Grüße vom Hangelstein
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviel Vierbeiner wurden im Wildpark geboren?
22.10 Die Rosen von Danzig
Italienischer Fernsehfilm

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Georg Kranz & Zoom feat. The Phenix Horns
20.15 Museen der Welt
21.00 Nanu, Sie kennen Korff noch nicht?
Deutscher Spielfilm (1938)
22.30 Autorenmagazin-S
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Nonstop Nonsens
9. Didi und der erste Preis
19.45 Dingsda
Quiz mit Fritz Egner
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen . . ." (1)
Sechsteilige Serie von Claude Lelouch
22.35 13 Monate Sonne
Hunger in Äthiopien – Wie geht es weiter?
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week





Freaks beim Frühstück

erth. – Wundersam polyglott geht es in unserem dialektreichen, dabei sprachlich so *gediegenen Lande* derzeit zu. Nein, nicht etwa die Beschriftungen in Englisch und Französisch auf Flughäfen, gelegentlich schon im Umfeld größerer Bahnhöfe, sind hier gemeint, nicht fremdartige Ermahnungen auf Mülltonnen, keine heiße Asche einzufüllen.

Schon überm Frühstücksei am Familientisch freakt und ätzt und geilt das vorm täglichen Schulgang der Youngsters so fetzig, daß sich entlang der Generationengrenze zwei autonome Gesprächskreise ausbilden: Sprache nicht mehr als verbindendes Element, sondern Mittel zur Abschreckung und gewollter Distanzierung.

Gegen die Normalität, die lappige Kompromißbereitschaft der vierzigjährigen Alten und Uralten wird Schnodderigkeit gesetzt: Wo es früher Freundschaften gab, fährt man heute auf einen Typ ab, geht mit auf diesen oder jenen kiffigen Trip; wo einst von Gefallen und Zuneigung, von Liebe gar die flüsternde Rede war, gibt's heute ganz cool 'ne Zweierkiste oder eben 'ne Flatter – je nachdem, ob sich eine zombige Tante aus einer Disco anmachen läßt oder wenigstens ein irrer Kick mit 'ner scharfen Käthe drin ist, die leicht was vom Teller zieht.

Vorgeprägte und rasch wechselnde Kürzel dienen zur Tarnung eigener Schwächen; verbaler Separatismus wird zelebriert, wenn etwa in einer Jugendzeitung der „Öko-Freak seine galaktische Bio-Braut" sucht, wenn ein Blödelmann einfach mal unter die Kleinanzeigen einrücken läßt: „Hering = Schering = Mehlwurm = Hehlwurm = der böse Pullerer!" Und natürlich Kraftmeierei, noch und noch: Lob und Bewunderung erntet der rassige Drift, den ein Geschoß von Motorrad vorlegt, das sauber am Gas hängt, mit kernigem Sound hochzieht und sehr giftig ist.

Mehr als ein Häufchen Sprach-Konfetti, das schließlich übrig bleiben wird, wenn eines Tages alles vorbei ist – der bunte, überlaute Mummenschanz, die krampfige Suche nach Originalität, atemlose Anstrengungen bei Chiffrierung des ganz Normalen? Oder eben doch eine Art von „Neusprech", wie sie uns George Orwell prophezeite?



Gemalt sind immer die anderen: General de Estaing im Heilbad (Th. Colley), eine Rokoko-Satire von Newton – und heute wendet sich Prinz Charles mit Grausen (Marc) FOTOS: DW

Als sie Königen das Fürchten lehrte: „Englische Karikatur von 1620 bis zur Gegenwart" in Londons Victoria & Albert-Museum

Wie man die entblößte Pforte zur Macht passiert

Als *Georg IV.*, Englands lebenslustiger Herrscher aus dem Hause Hannover, 1820 die Scheidung von seiner Frau Charlotte erzwingen wollte, da wurden seine *rundliche Figur* und sein berüchtigter Lebenswandel derart von den satirischen Zeichnern aufgespießt, daß er die damals erhebliche Summe von 2000 Pfund ausgab, um Drucke aufzukaufen oder Karikaturisten zu bestechen. Suchten sich die Männer der scharfen Zeichenfeder jedoch andere Opfer, zeigte sich auch der Monarch amüsiert und hortete gleich Tausende von satirischen Blättern.

Genau 100 Jahre später wurde der größte Teil der königlichen Sammlung englischer Karikaturen „vom amerikanischen Kongreß gekauft". Zweihundert Beispiele von hundert Karikaturisten aus dieser Sammlung sind jetzt im Londoner Victoria- & Albert-Museum zu sehen. Sie geben einen Überblick über die „Englische Karikatur von 1620 bis zur Gegenwart". Und zugleich ist es – da die Briten auf dem Gebiet der gezeichneten Satire lange Zeit führend waren – eine kleine Geschichte der Karikatur.

Die früheste Graphik in der Ausstellung, sie stammt von 1620, zeigt den Papst, der in einem Zelt zusammen mit dem Teufel und dem König von Spanien höllische Pläne gegen England schmiedet. Ein Prediger, Samuel Ward, wetterte auf diese Weise gegen katholischen Einfluß. Denn *das war typisch für die frühen Karikaturen*: Sie rieben sich nicht an den inneren Zuständen des Landes, sie beschränkten sich – einig mit der Obrigkeit – *auf den Kampf* gegen den äußeren Feind.

Die Kunst der Übertreibung hatte man aus Italien importiert. Leonardo da Vincis groteske Köpfe wurden durch Nachstiche Wenzel Hollars in England bekannt. Die ersten eigentlichen Karikaturisten entdeckte man nachträglich in den Brüdern Caracci aus Bologna, die gern Personen ihrer Umgebung mit Stift oder Feder verulkten. Und als erster professioneller Karikaturist verdiente sich der Italiener Pier Leone Ghezzi (1674 bis 1755) sein Brot. Seine feingestrichelten Federzeichnungen von britischen Bildungsbeflissenen in Rom – offenen Mundes inmitten der Ruinen – wurden in England vielfach nachgestochen. Auf Ghezzi geht auch die Mode zurück, daß kein Engländer, der auf sich hielt, unkarikiert nach Hause kommen wollte.

William Hogarth, der als „Vater englischen Karikatur" gilt, verdonnerte dagegen sein Leben lang diese Gattung als grob und amateurhaft. Er wollte seine mit kühnen Schnörkeln und Arabesken überzeichneten Typen als „Charaktere" verstanden wissen. Nur eine wohlhabende Klientel konnte sich allerdings seine begehrten Graphikfolgen über die Untugenden der feinen englischen Art leisten. Und man leistete sie sich, denn man war – damals wie zumeist auch heute – stets überzeugt, daß jeweils nur die anderen gemeint seien. *Verkauft wurden die Karikaturen* Mitte des 18. Jahrhunderts in speziellen Läden, deren Fenster mit teuren feinen Radierungen oder billigeren knallbunt gefärbten Holzschnitten gefüllt waren.

Bald blieb auch die Innenpolitik nicht mehr ausgespart. Auf vielen dieser Blätter wurden – allerdings oft anonym – Politiker angeprangert. Häufigste Zielscheibe war damals die langjährige Whig-Regierung unter Sir Robert Walpole. Der allmächtige Premier blockiert da z.B. den Eingang zur Macht und nur, wer seinen entblößten Hintern küßt, findet Einlaß.

Als das „goldene Zeitalter der englischen Karikatur" gelten die Jahre von 1770 bis 1832. Amateure machten sich einen Sport daraus, ihre sozialen Satiren drucken zu lassen. Korrupte Richter, Quacksalber und Kleriker wurden damals ebenso aufgespießt wie gehörnte Ehemänner, die absurden Haartrachten der Frauen oder die Modetorheiten der Dandys, der sogenannten „Macaroni". Persönliche Fehden focht man mit Karikaturen aus. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg wurde in satirischen Zeichnungen kommentiert – oft zu Gunsten der abtrünnigen Kolonie – wie die Französische Revolution. Und die königliche Familie mit einer gefräßigen Königin Charlotte und einem allen Leidenschaften frönenden Georg IV. gaben Karikaturistenstoff in Hülle und Fülle ab.

Am genialsten wurde er von von James Gillray und Thomas Rowlandson zurechtgeschneidert. Gillray, einer der Zeichner, den Georg IV. mit Schweigegeld von sich abzulenken versuchte, brillierte mit scharfen Radierungen, die es schwarz-weiß und billig oder handkoloriert und teuer zu kaufen gab. Den Prototyp der englischen Karikatur, wie er heute noch in zahllosen Nachdrucken kursiert, liefert Rowlandson. Seine Stärke waren Aquarelle, die dann als Graphiken verbreitet wurden, in denen er mit allem Überschwang barocker Kurven sein Panorama an grotesken Typen in lächerlichen Situationen über die Bildfläche purzeln läßt. Diese oft großformatigen Blätter entzücken mit ihrer Verve und sind in der Darstellung von allzu menschlichem Verhalten leichter lesbar als viele der Kommentare zu politischen Tagesthemen, für die man häufig das Geschichtsbuch und anderes zu Hilfe holen muß.

Das Jahr 1832 mit seiner heiß diskutierten Parlamentsreform signalisierte auch das Ende der kolorierten Grafik. Die scharflinigen Radierungen wurden abgelöst von dem milderen Stift der Lithografie. Angesichts der moralisch unantastbaren Figur der Königin Victoria wandelte sich bissige Satire in gutwilligen viktorianischen Humor. Die bisher führenden englischen Karikaturisten gaben das Szepter weiter an ihre französi*schen Kollegen mit Honoré Daumier* an der Spitze.

Von nun an arbeiteten sie eher unter dem Namen von „Cartoonisten" und erhielten sogar hin und wieder einen anerkennenden Ritterschlag. Sammelstelle wurde die satirische Zeitschrift „Punch". Politische Cartoons wurden hier ergänzt von gezeichneten Kommentaren zur viktorianischen Gesellschaft. Zwischen diese *veröffentlichten Arbeiten stehlen* sich in der Londoner Ausstellung kleine private Zeichnungen, mit denen sich sonst sehr ernsthaft gestimmte Maler über ihre Kollegen amüsieren mochten.

In unserem Jahrhundert lieferten die beiden Weltkriege die schärfste Munition für Karikaturisten. In den sechziger Jahren prägt sich die bissige Personenbeschreibung eines Ronald Searle ein. Doch zur Zeit drückt sich englischer Humor gewiß markanter mit der Schreib- als mit der Zeichenfeder aus. Wie hätte zum Beispiel König Georg IV. aufgeatmet, wäre er so glimpflich davongekommen wie der heutige Prinz von Wales: Das einzige, womit die letzte Karikatur in dieser Ausstellung milden Scherz treibt, sind dessen Henkelohren (bis zum 1. Sept., Katalog 6,95 Pfund).

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

8000 Jahre alte Mumien in Chile gefunden

AP, Richmond (Virginia)

Im Norden Chiles sind Mumien freigelegt worden, die wahrscheinlich 8000 Jahre alt und damit um 3000 Jahre älter als die ältesten ägyptischen Mumien sind. Der amerikanische Pathologe Marian Allison, der die konservierten Toten untersucht hat, berichtete jetzt über den Fund, der bei Baggerarbeiten in der Stadt Arica gemacht wurde. Er glaubt, daß das Volk, das Leichname so wirkungsvoll mumifizierte, dies in der Absicht tat, die Toten buchstäblich inmitten der Dorfgemeinschaft aufzustellen, damit der Geist der Verstorbenen die Lebenden weiter führen sollte.

Laut Allison wurden die Mumien aus Nordchile auf ganz besondere Weise präpariert. Die Haut des Toten, die Muskeln und die Organe seien entfernt, der Körper dann an glühender Kohle getrocknet worden. Danach sei der Körper wieder starr zusammengesetzt worden. Um dies zu erreichen, seien Gelenkknochen abgeschmirgelt und Beine, Arme und andere Skeletteile mit geraden Stäben verstärkt worden. Über das Körpergerüst sei ein Netz gezogen und dieses mit Lehm überzogen worden. Darüber sei schließlich abschnittweise wieder die Haut gezogen worden, und auf den Kopf sei eine aus dem Haar des Toten gefertigte Perücke gesetzt worden. Am Ende sei die Mumie schwarz oder rot angestrichen worden.

Rettungsaktion für Moscheen in Bangladesch

dpa, Paris

Eine Rettungskampagne für zwei Kulturgüter in Bangladesch hat die Unesco gestartet. Es handelt sich um die Rettung der „Moschee der 60 Kuppeln" (Shait Gumbad) in einem Vorort von Pagerhat nahe der indischen Grenze und um die buddhistische Anlage „Somapura Mohavira" aus dem siebten vorchristlichen Jahrhundert. Die Kosten der Restauration der vom Verfall bedrohten Anlagen werden von der Unesco auf rund 17 Millionen Mark beziffert.

Barbara Sadowska durfte ausreisen

JGG. Paris

Zu Dichterlesungen durfte die oppositionelle polnische Lyrikerin Barbara Sadowska, Mutter des 1983 von der polnischen Polizei ermordeten Jungdichters Grzegorz Przemyk, ausreisen. Die Dichterin, die in Frankreich geboren wurde und aufgewachsen ist, war selber wegen ihrer kirchlich-karitativen Tätigkeit zu Gunsten politischer Häftlinge vom polnischen Sicherheitsdienst in Warschau mißhandelt worden. Sie folgte jetzt einer Einladung der polnischen Pallotiner in Paris.

Münchner Klavierfest zwischen Bach und Japan

DW. München

Der inzwischen schon traditionelle Münchner Klaviersommer findet dieses Jahr vom 3. bis zum 6. Juli statt. *Das Eröffnungskonzert* im Herkulessaalk – zu Bachs 300. Geburtstag – wird bestritten von Ivo Pogorelich, Daniel Chorzempa, Gerd Oppitz, Nicolas Economou, David Lively, Elliot Fisk, Mischa Maisky, Dmitry Sitkovetsky und Gérard Caussé. Der zweite Abend im Amerika-Haus ist zeitgenössischer japanischer Klaviermusik gewidmet, das Schlußkonzert am 6. Juli im Kongreßsaal des Deutschen Museums schlägt die Brücke vom Barock bis zum Jazz. U. a. wird der sowjetische Komponist Rodion Schtschedrin teilnehmen.

Sommer-Workshop über Alban Berg

DW. Bregenz

Ein internationaler Workshop über den Komponisten Alban Berg findet aus Anlaß seiner 100. Geburtstag in diesem Sommer in Österreich statt, und zwar vom 8. bis 13. August in Schloß Hofen bei Bregenz. Die Bregenzer Festspiele sind Mitveranstalter. Zu den Dozenten zählen Ernst Krenek und George Pearl, zu den Ausführenden des begleitenden Festspielkonzerts die Wiener Symphoniker unter der Leitung von Hans Vonk und der *Geiger Oleg Kagan.*

US-Mediziner über van Goghs Großhirn

AFP, Boston

Die Verhaltensstörungen und der Schaffensdrang des Malers Vincent van Gogh während der letzten Jahre seines Lebens sind nach Ansicht eines US-Wissenschaftlers auf eine Mißbildung des Gehirns zurückzuführen. Der Neurologe Shahram Khosbin von der medizinischen Fakultät der Harvard-Universität erklärte, das anomale Verhalten und die Aggressivität des Malers in den letzten zwei Jahren vor seinem Selbstmord wiesen auf eine Funktionsstörung des Schläfenlappens des Großhirns hin. Man habe bisher vermutet, van Gogh sei schizophren, manisch-depressiv oder mit Digitalis vergiftet gewesen, doch habe er an Epilepsie gelitten.

Bremen: Uraufführung von Friederike Roths Stück „Die einzige Geschichte"

In den Pranken der Leopardenfrau

Die eine Frau sagt: „Glück. Ja. Ich will glücklich sein. Ich habe nur vergessen, wie es geht." Und die andere Frau sagt: „Das Glück hat ein Loch in der Scheibe.". Darum kreist Friederike Roths neues Stück „Die einzige Geschichte", das jetzt in Bremens neuem Schauspielhaus uraufgeführt wurde. Das ist kein Stück im eigentlichen Sinne. Es gibt keine psychologisch motivierten Charaktere, es gibt keine kausalen Handlungsverläufe. Es gibt nur das: Frage nach Liebe und Sterben, Versuche, Ansätze, Wiederholungen.

Die schwäbische Lyrikerin kann – das sah man schon bei so gegensätzlichen Stücken wie „Klavierspiele" oder „Ritt auf die Wartburg" oder „*Krötenbrunnen*" – auch auf der Bühne nicht leugnen, daß die Poesie ihre eigentliche Sache ist. Auch „Die einzige Geschichte" ist immer wieder Lyrik. Was bedeutet: Theater lebt von gegensätzlichen Behauptungen, Friederike Roths Werke leben von tastenden Versuchen, die sie im nächsten Augenblick wieder zurücknimmt.

Im Hinterzimmer stirbt eine Frau. Und im Vorraum warten vier Männer und zwei Frauen auf das Ende des Sterbens. Sie reden miteinander, gegeneinander, durcheinander oder jeder für sich allein. Sie reden von Liebe, von Glück, meist aber vom Unglück. Sie reden über verschiedene Zeitebenen hinweg, zu wechselnden Partnern die gleichen Sätze. Mal sind die Sprechenden alt, mal sind sie jung. Mal hat man geschlossene Männerwelten vor sich, mal Frauenwelten, mal Beziehungsversuche.

Die Monologe und Dialoge kreisen. Sie haben kaum Haltepunkte. Sie verlieren sich dauernd. Das muß auch so sein, denn in Friederike Roths Erleben ist *alles* austauschbar. Es ist immer wieder dasselbe. Jugendträume, Hoffnungen, Vergeblichkeiten, Altersresignationen. So ist die Welt. Glück gibt es nicht, und entsprechend gibt es auch keine Geschichte. „Das Paradies in jedem Fall ist nur in unserem Hirn. Und nur in unserem Hirn ging es verloren." Wen wundert da die Konsequenz: „Das Sterben ist die einzige Geschichte."

So weit, so gut. Aber dann muß Friederike Roth dieser Litanei der Vergeblichkeiten noch ein Stück Pseudo-Metaphysik draufsetzen. Eine „fremde Frau" tritt auf. Der Deus ex machina. Ihr Schlußmonolog läßt sich zunächst noch gut an: „Der schönste Traum, daß nichts sich wiederhole." Aber dann kommt's knüppeldick, zunächst im Sinne des Bisherigen: „Ihr habt die Totenfarbe im Gesicht ... Ihr schlachtet euch und bringt euch immer selbst zur Welt." Schließlich die Wendung: „Und doch: Es gibt die Lieder in den dunklen Farben. Es gibt die Sonnenuntergänge und die Regenbogen, die Wüstenweiten und die Wellen und das unverwüstliche Gras gegen den dunkelnden Himmel den einzelnen schwarzen Baum." Bewältigung durch Poesie. Schlechte Poesie, zumal auf dem Theater. Man könnte es auch bei Hugo von Hofmannsthal nachlesen in der „Ballade vom äußeren Leben". Besser.

Friederike Roth hat in Bremen Glück gehabt. Günter Krämer als Regisseur und Ausstatter, dazu ein hervorragendes Ensemble verhinderten einen Durchfall. Krämer spannte einen halbrunden Prospekt um die Bühne. Kitsch der Jahrhundertwende à la Fernand Khnopff: ein Jüngling in den Pranken einer Leopardenfrau. Das schafft ironische Distanz, das verweist auf Standardrituale. Und so inszeniert Krämer auch: Er macht eine Art Tango aus dem Stück.

Krämer arbeitet mit genau kalkulierten Gegensätzen wie Kälte und Überhitzung. Er stilisiert die Erotik, daß sie in dieser Künstlichkeit zu knistern beginnt. Seine Frauen, Johanna Liebeneiner und *Hertha Martin*, sind *Geschöpfe* jener Liebesästhetik, die das Tabu zum Lustprinzip macht – von fleischlicher Reife mit erzitternder Kraft die eine, von herber Hirnerotik die andere. Und seine Männer, Berd Blasen, Tillmann Braun, Benno Ifland und Herbert Knaup, sind jene unglückseligen Voyeure, die auch mit 80 noch glauben, dies sei das Leben gewesen. Eine außerordentliche *Inszenierung.*

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Helmut Lachenmann im Zentrum der Stuttgarter Tage für Neue Musik

Tanz in Ehren ums Deutschlandlied

Der erste Blick ins Programmheft war etwas irritierend: Joseph Haydns „Kaiserquartett" mit dem berühmten Variationssatz über die Melodie der deutschen Nationalhymne wurde da für das erste Konzert der diesjährigen „Stuttgarter Tage für Neue Musik" angekündigt. Wer weiterlas, merkte allerdings schnell: der Klassiker war keineswegs aus Versehen unter die Avantgardisten geraten, er bildete den notwendigen gedanklichen Hintergrund für das folgende Werk, für Helmut Lachenmanns „Tanzsuite mit Deutschlandlied".

Lachenmanns Musik enttäuscht bewußt die Erwartungen, die der Stücktitel freisetzt. Die „Tanzsuite" ist eine außerordentlich kritische, bissige Auseinandersetzung mit *allem*, was nach oberflächlicher Vertraulichkeit, nach unreflektiertem Traditionsfetisch klingt. Ein erkennbares Deutschlandlied sucht der Hörer vergebens; zwar sind rhythmisch-tanzmusikalische Strukturen gelegentlich wahrnehmbar, aber nur, um desto nachdrücklicher zerschmettert, zerfasert, aufgespießt zu werden. Behaglich einrichten kann der Hörer sich mit dieser Musik nicht, jede Süffigkeit, jede traditionelle Klangopulenz wird peinlich vermieden.

Lachenmann verhält sich zur Neuen Musik ungefähr so wie die *Neue Musik zur klassischen*: Er steht am Rande, er ist mit seiner kompromißlosen Radikalität auch für Avantgarde-Verhältnisse ein Außenseiter. An mangelnden handwerklich-satztechnischen Fähigkeiten kann es jedenfalls nicht liegen, daß sein Popularitätsgrad und seine Aufführungsziffern verhältnismäßig bescheiden sind.

Daß er jetzt im Zentrum der „Stuttgarter Tage für Neue Musik" stand, verdankt Lachenmann sicher nicht zuletzt der Tatsache, daß er in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag feiert. Der veranstaltende Süddeutsche Rundfunk hatte eine Werkschau zusammengestellt, die von den Kompositionen der fünfziger und sechziger Jahre bis zu den neuesten Werken, dem Orchesterstück „Harmonica" zum Beispiel oder dem Werk „*Mouvement* – vor der Erstarrung" reichte. Ein Kompaktkurs in Sachen Lachenmann also, wie er sonst wohl kaum zu hören ist.

Was beim Vergleich zwischen Früh- und Spätwerken auffällt: In Klavierkompositionen wie „Echo Andante" von 1961 oder den „Fünf Variationen über ein Thema von Franz Schubert" von 1956 war die Zurückhaltung gegenüber einem nicht weiter hinterfragten Schönklang noch längst nicht so ausgeprägt wie heute. Dort meldeten sich expressiver Überschwang und tastende Zartheit *durchaus nachdrücklich* zu Wort. Das ist wohl der Preis, den Lachenmann für seine künstlerische Radikalität zu zahlen hat: Er hat seiner Musik jede muffige Behaglichkeit ausgetrieben, er operiert statt dessen mit schneidender Schärfe, mit isolierten Anblasgeräuschen, mit einer im Wortsinne erschreckenden Klangwelt. Ob dabei nicht auch ein wenig das sinnliche Klangerlebnis mit auf der Strecke bleibt?

Was es sonst noch in Stuttgart zu hören gab, reichte von hübschen, aber ziemlich kunstgewerblichen Belanglosigkeiten bis zu eigenständigen und ernsthaften Werk-Beiträgen. Nicolaus A. Hubers „Der Ausrufer steigt ins Innere" für Violoncello Solo wäre hier wohl an erster Stelle zu nennen. Das Stück profitierte allerdings auch erheblich *von seinem fabelhaft* engagierten Interpreten, dem Cellisten Werner Taube, der zusammen mit dem „Ensemble modern" unter Ingo Metzmacher und dem Berner Streichquartett den nachhaltigsten Eindruck hinterließ.

Und schließlich hatten die Stuttgarter Verantwortlichen einige Werke von Schönberg, Berg und Webern, also von renommierten Klassikern der Neuen Musik, ins Programm genommen. Eine nachahmenswerte Idee: Um festzustellen, was neuere Produktionen wirklich taugen, kann es nicht schaden, eine solche Qualitäts-Meßlatte zur Hand zu haben.

STEPHAN HOFFMANN

Diskussion in Berlin: „Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao"

Katalysator und Kulturrevolution

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfen, Mao-Sprüchen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte"-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution". Das wirkt heute komisch. Doch seinerzeit nahmen sich auch viele in Europa, gerade die Intellektuellen, die chinesische Kulturrevolution zu ihrem Vorbild und diese Insignien des Personenkultes um *Mao sehr ernst.* Deshalb drängt sich die Frage auf: Was war so faszinierend an der chinesischen Kulturrevolution, daß sie Europas Intellektuelle jeglicher Couleur in ihren Bann zog? Der Sinologe Jörg-Meinhard Rudolph stellte sie in der überfüllten Galerie bei der Diskussionsveranstaltung über „Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao".

Als Rudolph in seiner Einführung Schwärmereien wie etwa die des französischen Kulturminister Peyrefitte Revue passieren ließ, der 1972 Chinas Kulturwüsten mit ihren wenigen revolutionären Pekingopern als gleichwertig neben die alte griechische Kultur setzte, klang noch Lachen im Publikum auf, das sich großteils aus früheren Verehrern der chinesischen Kulturrevolution zusammensetzte. Betretene Gesichter hatte *es allerdings zuvor gegeben*, als im Vorprogramm ein polnischer Dokumentarfilm von 1966 die aufgeputschten Rotgardisten zeigte.

Prof. Helmut Martin sprach dann auch von der Betroffenheit. Rund 400 Bücher, so Martin, stehen heute über die Auswirkungen der Kulturrevolution zur Verfügung. Zeitweilig hielt sich die Diskussion damit auf, ob es an mangelnder Information lag, daß die Kulturrevolution so kritiklos umschwärmt wurde. Äußerungen aus dem Publikum, wie „ich war damals noch sehr jung" oder gar „wir haben nichts gewußt" klangen mit einem bösen Nachgeschmack im Raum nach. Der Journalist Helmut Opletal, der auch die Millionen von Opfern erwähnte, gab zu bedenken, daß die Informationen damals durchaus zur Verfügung standen, aber nicht wahrgenommen werden wollten.

Antworten konnte es in dieser Diskussion nicht geben. Stichworte – Stalin und Europas Intellektuellen, die Haltung zum Pol-Pot-Regime, das Schweigen aus angeblicher „Solidarität" – fielen, wurden aber nicht vertieft. Man stellte sich nicht seinen Irrtümern, man suchte stattdessen nach entlastenden Antworten. Ansätze von Selbstkritik verstummten sehr schnell. So herrschten schließlich die Rechtfertigungsversuche in gewohnter dialektischer Kunst vor, leicht spontaneistisch verfärbt: ohne Studentenbewegung gäbe es keinen Katalysator und keine Grünen, ohne Kulturrevolution keine heutige chinesische Reform usw. Damit entzogen sich die Diskutanten allen Überlegungen, die in sensible aktuelle politische Bereiche geführt hätten, und vor allem der zentralen Frage nach der Verantwortung der Intellektuellen.

JOHNNY ERLING



Löwe vom Dach des Mausoleums in Halikarnassos, aus den Wolfson Galleries FOTO: BRITISH MUSEUM

Die neue Wolfson-Galerie des Britischen Museums

Von den 7 Weltwundern

Das Britische Museum in London hat soeben sieben neue Galerien eröffnet. Damit kann jetzt der größte Teil der umfangreichen Sammlungen griechischer und römischer Skulpturen sowie antiker Schriftzeugnisse ausgestellt werden. Die „Wolfson Galleries", die in den renovierten Kellerräumen des Gebäudes untergebracht sind, umfassen rund 1500 Ausstellungsstücke. Viele davon werden der Öffentlichkeit jetzt zum ersten Mal seit dem letzten Weltkrieg präsentiert. Darunter sind Bildwerke, die aus zweien der sieben Weltwunder aus klassischer Zeit – dem Mausoleum in Harlikarnassos und dem Artemis-Tempel in Ephesos – stammen. So werden *Einblicke* in die Ausgrabungsstätte in Ephesos, das 1869 von dem britischen Ingenieur John Turtle Wood wiederentdeckt wurde, gegeben und Schmuckteile des Artemis-Tempels *gezeigt.*

Zu den Kostbarkeiten der neuen Galerie gehören u. a. sitzende Figuren, die einmal den Heiligen Weg einrahmten, der zu dem Orakel-Heiligtum Apollos in Didyma im südwestlichen Kleinasien führte. Diese Skulpturen, um 550 v. Chr., zählen zu den frühesten monumentalen griechischen Kunstwerken aus Marmor. Reizvoll sind auch die lebendig wirkenden Statuen aus dem Athena-Tempel in Priene in Westkleinasien. Die Inschriften bezeugen, daß dieser nicht vollendete Tempel durch Alexander den Großen 334 v. Chr. geweiht wurde. Besonders sehenswert sind die Grabmäler der Lykier, eines anatolischen Volkes, das von dem klassischen Griechenland und dem königlichen Persien beeinflußt wurde.

Außerdem sind fast alle Kunstwerke zu besichtigen, die Charles Townley im späten 18. Jahrhundert in Rom erwarb: römische Sarkophage, Meisterstücke aus der Cyrenaica sowie Statuen-Köpfe von Göttern, *Helden, Mitgliedern der kaiserlichen* Familie und hervorragenden Bürgern des römischen Reiches.

JULIE STEWART

Fans spielten Waterloo noch einmal durch

SIEGFRIED HELM, Brüssel

Auf der Walstatt von Waterloo, wo Napoleon am 18. Juni 1815 seinen Traum von einem glorreichen Comeback austräumte, gehen Gespenster um. Sie betreten die historische Bühne in zeitgenössischen Uniformen und mit Musketen bewaffnet. Kaiserliche Linientruppen und Offiziere im Dreispitz schlagen die Schlacht gegen die Rotröcke des Herzogs von Wellington noch einmal – mit allem Lärm, den Platzpatronen, auch aus historischen Kanonen, hergeben. Offiziere und Fußvolk schickte der internationale „Napoleonische Verband" ins Feld, aus Anlaß des 170. Jahrestages dieses welthistorischen Ereignisses, bei dem Albion die Großmachtstellung Frankreichs brach. Daß Marschall Blücher dem „Eisernen Herzog" dabei mehr als Schützenhilfe leistete, stellt die in England ansässige Enthusiasten-Vereinigung ebenso wie britische Historiker nicht über Gebühr heraus. Der Napoleonische Verband besteht seit nunmehr 110 Jahren.

Schweizer Waterloo-Fans

Kein Wunder, daß französische Mitwirkende bei den Statistenschlachten unweit des Städtchens Waterloo haushoch unterlegen sind und von „Hilfsvölkern" in französischen Uniformen auf eine Stärke gebracht werden müssen, die den historischen Sieg der Engländer über die weit überlegenen Kräfte des Kaisers glaubwürdig erscheinen läßt. Bei der mit 600 Mitwirkenden bisher zahlenmäßig größten „Wiederholungsschlacht" (die aufs Wochenende vorverlegt wurde) wurden Napoleons Truppen nicht nur von Briten in französischen Uniformen, sondern auch von belgischen und Schweizer Waterloo-Fans gespielt.

Dem Herzog von Wellington alias Verbandssprecher John Cradick ging es (fast) wie dem dritten Richard: Er war plötzlich ohne Schlachtroß. Dessen Anmarsch war im letzten Augenblick verpatzt worden. So mußte er wohl oder übel unhistorisch zu Fuß seine Rotröcke dirigieren, in denen britische, amerikanische, deutsche und tschechische Enthusiasten kämpften.

Als die französische Armee gegen die britischen und „alliierten" Stellungen anrückten, ging es nicht ohne Anachronismen ab: Soldaten fanden in der Hitze des Gefechts Zeit, dem Feind, den sie gerade mit Bajonett oder Muskete erledigt hatten, auch noch einen Schnappschuß zu versetzen (für das Fotoalbum daheim).

Gleich drei „Gegenkaiser"

Die Engländer, die Napoleon immerhin auf St. Helena hatten schmoren lassen, glauben, ein Anrecht auf die Besetzung dieser kaiserlichen Rolle zu haben. Doch Ronald Greatorex will nur den „Anführer" der Franzosen spielen, „weil ich ihm ja doch nicht ähnlich sehe". Gleicb drei belgische „Gegenkaiser" traten vor lauter Geschichtsbegeisterung auf den Plan. Anders als beim Indianerspiel der Kinder machten die Kämpfer von Waterloo gute Miene zum bösen Spiel. Wenn einer „tot" ist, dann hat er wirklich ausgespielt. Denn Spielverderber könnten den internationalen Spaß trüben, den die 30 000 Besucher einfach „zum Schießen" fanden.

Diese störte es nicht im geringsten, daß die Wiederholungsspieler es bei einem zweistündigen Waffengang (statt der neundreiviertel Stunden) beließen, weil sie noch rechtzeitig zum Proviantfassen kommen wollten. Gab es bei der Schlacht, die Blücher (und deutsche Historiker mit ihm) nach dem Gehöft La Belle Alliance benannte, 39 000 Gefallene, so waren beim Waterloo anno 1985 keine Verluste zu beklagen. Der 175. Jahrestag der Schlacbt soll eine noch größere Gespensterschau werden.

(SAD)

Zieh Leine – die Drachen kommen am Wochenende

Im holländischen Nordseebad Scheveningen findet kommendes Wochenende ein Strandvergnügen ganz besonderer Art statt: das große Drachenfestival. Tausende Drachen – von Fünf-Zentimeter-Miniexemplaren bis Acht-Meter-Monstren – erheben sich in die Luft.

Von AXEL VOSS

Drachen – da denken mythologiefeste Zeitgenossen an Siegfried den Drachentöter, unbefangere Gemüter eher an ihre Jugend und die vielen (vergeblichen) Versuche, die empfindlichen Gebilde aus Papier und Holzleisten in die Lüfte zu bringen. Was früher ein herbstliches Kindervergnügen war, gilt heute zunehmend als ganzjähriger Erwachsenensport. Das hat Folgen: Vom „Drachen steigen lassen" darf man schon gar nicht mehr reden. Heute heißt das „Kitern" von englischen „Kite", der Drache. Nach England und den USA hat der Drachenboom nun auch Deutschland erreicht. Modernes Baumaterial wie Glas- und Kohlefaser, Spinnakernylon, Darkon und Kevlar haben Pergaminpapier und Hanfschnur weitgehend verdrängt. Die neuen Werkstoffe lassen vielfältige Drachenformen zu. Auch die Größe der Vögel hat neue Dimensionen erreicht. Wahre Monstren werden in die Lüfte gelassen. 1983 erhob sich auf einer Wiese vor Hamburg ein Rautendrachen mit einem sage und schreibe 478 Meter langen Schwanz. Das war Weltrekord. Und Ende März 1985 startete an gleicher Stelle Europas größter Kastendrachen, ein Ungetüm von mehr als acht Metern Höhe und sieben Meter Breite mit reichlich 50 Quadratmeter rosarotem Spinnakernylon bespannt.

Die Drachengemeinde in Deutschland wächst. Man schätzt ihre Zahl schon auf gut 40 000. Der Drachen-Club-Deutschland e. V. wurde im Herbst 1984 in Bremen gegründet.

Zweifellos – der Drachen erlebt eine Renaissance: Drachenfliegen verursacht keinen Lärm, ist umweltfreundlich. Man ist an der frischen Luft; Drachen fördern die Kreativität seiner Erbauer und bei größeren Exemplaren auch die Muskeln. Zugkräfte von mehr als 400 Kilopond sind keine Seltenheit. Ein Drachen bedeutet seinem Erbauer Spiel, Spaß und Sport zugleich.

Nicht immer waren es diese Gründe, aus denen sich der Drachen während seiner 2000jährigen Geschichte vom Boden erhob. Obschon sein genauer Geburtsort unbekannt geblieben ist, mutmaßt man seine Höhle in China. Um das Jahr 200 v. Chr. soll der chinesische General Han Hsin einen Drachen zu strategischen Zwekkcken benutzt haben. Der Kamerad in der Luft sollte den Abstand zu dem hinter einem Berg lagernden Feind orten. Das Experiment gelang. Der Drachen flog, man maß die Länge, paßte die Taktik an und siegte.

Fortan wurde der Drache, begünstigt durch die Erfindung des Papiers, schnell zum Volkssport. Noch heute ist der neunte Tag des neunten Monats der traditionelle Drachentag. Er basiert auf der Sage, nach der einem Bauern namens Wan geweissagt wurde, daß ihm an diesem Tage ein großes Unglück wiederfahren werde. Bäuerlein Wan zeigte dem Schicksal die Stirn, verdrückte sich an jenem Tag in die Berge und vertrieb sich mit Drachensteigenlassen die Zeit. Als der Bauer einen Tag später auf seinen Hof zurückkehrte, hatte eine Seuche sämtliches Leben dahingerafft.

Marco Polo importierte den Drachen nach Europa, wo er allerdings jahrhundertelang nicht recht flügge wurde. 1590 erwähnte Giovanni della Porta in seiner „Magiae Naturalis" mit einer bemerkenswert ausführlichen Beschreibung einen dieser traditionellen chinesischen Rechteckdrachen. Mitte des 16. Jahrhunderts gewann der Drache plötzlich wissenschaftliche Bedeutung. 1749 ließ der Schotte Alex Wilson ein halbes Dutzend steigen, um mit ihrer Hilfe die Temperaturunterschiede der Luft in verschiedenen Höhen messen zu können. Die größte bei diesem Experiment erreichte Höhe betrug 915 Meter. Kiter anno 1985 werden sich wehmütig an diese Zeiten erinnern. Das Auge des Gesetzes erlaubt heute nur eine maximale Flughöhe von 100 Metern.

1752 ließ Benjamin Franklin auf der Suche nach dem Blitzableiter den Drachen los. Franklins Viecher stiegen empor, um als riesige Kondensatoren den Beweis zu erbringen, daß im Blitz elektrische Energie steckt. Gut 70 Jahre später wurde der Drache als Transportmittel eingesetzt. Eine pfiffige Idee des englischen Lehrer George Pocock. Er spannte ein paar große Bogenspitzdrachen vor seine Kutsche. Mit dem 1826 patentierten Gefährt soll er eine „Höllengeschwindigkeit" erzielt haben. Pfiffig, wie gesagt, sparte der Schulmeister nicht nur Hafer für die Pferde, sondern auch noch die Weggebühren. Für Gespanne waren damals Straßengebühren zu entrichten. Aber so eifrig die Zoll-Einnehmer auch in ihren Verzeichnissen blätterten – von Drachenkutschen stand nichts darin. Freie Fahrt für Pocock.

Maßgeblich beeinflußt hat die Entwicklung des Drachens auch der 1864 nach Australien ausgewanderte Lawrence Hargrave. Er erfand den revolutionären Kastendrachen. Es war zwar allgemein bekannt, daß man mit zwei übereinanderliegenden Segeln zusätzlichen Auftrieb erzielen konnte, aber Hargrave erkannte als erster die stabilisierende Bedeutung von senkrecht einbezogenen Flächen. Kastendrachen nach dem Hargrave-Prinzip wurden bis weit in unser Jahrhundert hinein in der Meteorologie eingesetzt.

Der Amerikaner Samuel F. Cody verfeinerte das Prinzip des Hargrave-Kastendrachens, indem er ihm in Form von schrägstehenden Flügeln zusätzliche Auftriebselemente gab. Cody überquerte 1903 den Ärmelkanal in einem Boot, das von einem Drachen gezogen wurde. Hoch über den Wogen verwirklichte der Italiener Marconi 1901 die erste Funkverbindung zwischen Europa und den USA. Die Antenne wurde an einem Drachen 130 Meter in die Höhe gezogen.

Alle diese Drachentypen sind noch heute bei Kitern aktuell. Sie alle sind Kinder des Windes, Träume an der langen Leine.

Rund um die Uhr verbrennen in Genf die Seveso-Abfälle

IRENE ZÜCKER, Genf

Drei Tonnen Seveso-Abfälle, die mit 200 Gramm des giftigsten aller Dioxine TCDD verseucht sind, werden bis zum kommenden Freitag in der Sondermüll-Verbrennungsanlage des Basler Chemiekonzerns Ciba-Geigy in einem rund um die Uhr laufenden Verbrennungsprozeß endgültig vernichtet.

Mit diesem Angebot von Ciba-Geigy findet eine Seite des verhängnisvollen Dioxin-Unfalles ihres Abschluß. Wegen Überhitzung des Reaktorkessels war im Hoffmann-La Roche Tochterunternehmen Icmesa in Seveso im Jahre 1976 Dioxin freigesetzt worden, was für Betriebsangestellte, Anwohner sowie die Umwelt von Seveso katastrophale und anhaltende Folgen hatte. Die 41 Fässer mit Dioxinabfällen waren nach einer abenteuerlichen Odyssee in den letzten zwei Jahren im Basler Stammhaus gelagert worden.

Nach Testverbrennungen im November vergangenen sowie im März dieses Jahres hatten die eidgenössischen wie die lokalen Behörden grünes Licht gegeben für die Hauptverbrennung.

Der mit Schweröl befeuerte Hochtemperaturofen für Chemieabfälle entwickelt 1500 Grad. Bei dieser Hitze verdampft der in 2,5-Kilo-Pakete umgepackte Seveso-Abfall in 2,8 Sekunden. Das Dioxin zersetzt sich zu Wasserdampf, Salzsäure und Kohlendioxid. Auf den Verbrennungsprozeß folgt eine Rauchgaswaschung.

Bisher verläuft die Verbrennung programmgemäß. Sollte jedoch das Kurzintervall-Spurenanalyseverfahren unerwartet Meßwerte zeigen, würde die Verbrennung augenblicklich eingestellt. Für die Tests wie für die Hauptverbrennung sind nacb Aussage des Bundesamtes für Umweltschutz Sicherheitsvorkehrungen und wissenschaftliche Abklärungen getroffen worden, wie sie bisher in der Industriegeschicbte weltweit wohl noch nirgends erfolgt sind.

Bei der Basler Bevölkerung, die gewohnt ist, mit der chemischen Industrie zu leben, ist die Dioxinverbrennung, das weltweit Schlagzeilen macht, schon kein Thema mehr.

Für die Bevölkerung des oberitalienischen Seveso hingegen ist der Fall noch längst nicht abgeschlossen. Dioxin kann grundsätzlich lebenslängliche Krankheiten und genetische Veränderungen verursachen. Die Bevölkerung lebt weiterhin in Unruhe.



Modernes Wohnen: Glas und Stahl für die Orang-Utans im Kölner Zoo.
FOTO: WOLFGANG v. BRAUCHITSCH

Affen – vor oder hinter der Scheibe?

MARIA GROHME, Köln

Seit kurzer Zeit können Besucher des Kölner Zoos den Affen nahezu aufs Fell rücken. Nur eine Scheibe aus Panzerglas trennt Menschen von Menschenaffen, die im Urwaldhaus ein neues, geräumiges Domizil gefunden haben. Damit ist ein fast 15jähriges Provisorium für die sechs Gorillas, vier Bonobos (oder Zwergschimpansen) und die zwölf Orang-Utans zu Ende, wohnten sie doch seit 1970 im sogenannten Vogelhaus in sterilen Käfigen zur Untermiete.

Zwei Jahre dauerte der Neubau des Urwaldhauses, das an einer Stelle im Zoo erricbtet wurde, die schon 1957 für die Menschenaffen vorgesehen war. Damals ging der Verwaltung das Geld aus. 1982 startete der Förderverein „Freunde des Kölner Zoos" einen neuen Anlauf und legte durch Mitgliedsbeiträge sowie Spenden den Grundstock zur Finanzierung des 6,5 Millionen Mark teuren Projekts. Jetzt konnte das bezugsfertige Affenhaus eingeweiht werden.

Die Planer verwirklichten ein Konzept, das erstmals 1975 im Krefelder Zoo und 1982 im Zoo Hannover realisiert wurde: eine Art riesiges Treibhaus, in das der Lebensbereich der Tiere eingebettet wurde. Die Stahl-Glas-Konstruktion ist 70 Meter lang, 30 Meter breit, zehn Meter hoch und steht auf einer Fläche von rund 2100 Quadratmeter. 700 Quadratmeter bleiben für technische Einrichtungen und Bepflanzung. Den Rest teilen sich Affen und Menschen.

Üppige Vegetation und verschlungene Wege im Besucherbereich umgeben den Gast wie eine Dschungellandschaft. Auf Knopfdruck springt eine Nebelanlage an, die in dem Glashaus tropisches Klima erzeugt. Hier begegnen sich Besucher und Affe wie auf einer Urwaldlichtung: Im Gehege tummeln sich die „höheren Primaten", deren Bewegungen, Gestik, Mimik so verblüffend denen des „homo sapiens" diesseits der Scheibe gleichen.

Für die Affen, die in drei Gruppen untergebracht sind, wurde eine karge Landschaft von Hügeln aus harzbeschichtetem Beton, Baumstämmen und Holzlattenwänden aufgebaut. Da ist nicht viel kaputtzumachen. Wichtig, denn Menschenaffen neigen dazu, mit Hilfe ihrer enormen Körperkräfte alles in seine Einzelteile zu zerlegen. In die zwei Freigebege gelangen die Tiere durch verglaste Gänge hoch über den Köpfen der Zuschauer.

Das Ergebnis jahrelanger Vorarbeit für den großen Umzug ist jetzt zum Vergnügen der Besucher zu sehen: Da werden ganze Familien zusammengeführt. Vor den Augen der Besucher spielen sich „häusliche" Szenen ab. Mutter Lotti umarmt in sprichwörtlicher Affenliebe Tochter Sita. Die anderen Jungtiere toben an dicken Seilen, die wie Lianen von der Decke hängen, um den unbeweglich hockenden Veteranen Yogi herum und zwicken den rund 20 Jahre alten Riesen respektlos in die Bakkkenwülste. Gorilla Kim hingegen wäscht sich hingebungsvoll die Füße, während die Bonobo-Familie traute Gemeinsamkeit vorführt.

Die Menschenaffen fühlen sich in ihrer neuen Umgebung sichtlich wohl; die feucht-schwüle Luft bekommt nach Auskunft der Zooverwaltung auch ihrer Haut und ihrem Fell sehr gut. Letzteres glänze viel mehr. Das nahe Beieinander der Bewöhner des Affenhauses und ihrer diversen Gäste, der Zoobesucher, die sich die Nasen an der Scheibe plattdrücken. Die unmittelbare Begegnung von Angesicbt zu Angesicht zeigt einen Teil der Menschheitsgeschichte. Wer hält da wem den Spiegel vor die Augen?

LEUTE HEUTE

Auszug

„Lloyd on Lloyd", etwa Lloyd über Lloyd heißt das neueste Buch über das entfremdete Tennis-Duo **Chris Evert** und **John Lloyd**. Prominenter Autor ist die 31jährige **Carol Thatcher**, bisher hauptsächlich als Tochter der Premierministerin **Margret Thatcher** bekannt geworden. Carol bezweifelt, daß das Sportler-Paar sich wegen Chris' Beziehung zu dem Popsänger **Adam Faith** getrennt hat. Die tiefere Ursache für Johns Auszug war wohl sein Unterlegenheitsgefühl. Er hatte als Profi keinen Erfolg.

Einzug

Salutschüsse, Luftballons und Musik empfingen den französischen Tiefseeforscher **Jacques-Yves Cousteau** (75) beim Einzug in New York, wo er am Montag nach fünfwöchiger Jungfernfahrt mit dem Turbosegler „Alcyone" anlegte. Oberbürgermeister **Edward –„Ed" – Koch** (60) begrüßte den unermüdlichen Meeresforscher C., der die Atlantiküberquerung mit dem Experimentierschiff einen „Erfolg" nannte.

Ausschluß

Zwei Tage früher als angekündigt wurde **Marianne Bachmeier** bereits am Montag aus der Haft entlassen. Auf diese Art und Weise sollte die Presse ausgeschlossen bleiben, zu der die ehemalige Lübecker Gastwirtin früher stets ein flottes Verhältnis hatte. Ihr Persönlichkeitsrecht habe jetzt Vorrang vor dem Informationsbedürfnis der Presse, begründete ihr Anwalt den unerwarteten Schritt. Die wegen Totschlags an dem mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter zu sechs Jahren Freiheitsstrafe Verurteilte wurde schon vor der üblichen Zweidrittelverbüßung ihrer Haft auf freien Fuß gesetzt.

Einschluß

Er hat immer eine Sensation parat, der Pop-Papagei **Boy George** (24) von der Gruppe Culture Club. Nachdem der zarte Junge lange genug alle glauben ließ, er sei eher dem eigenen Geschlecht zugeneigt, ist er nun erstmals mit einem Mädchen zusammengezogen. Gleich so heftig, daß er sich mit der jungen Dame einschloß, um das traute Glück allein zu genießen, gleich standesgemäß auf der Fifth Avenue. Die blonde **Cornelia Guest** (21), eine der reichsten Erbinnen Amerikas, hat ihn im Sturm erobert. Sie lernten sich auf einer Party in New York kennen, wo sich auch **Andy Warhol, John F. Kennedy jun.** und die Sängerin **Madonna** tummelten.

Vier Gewinner teilen sich die 15 Millionen

dpa, Hamburg

Vier Gewinner in München, Hannover, Köln und Wiesbaden teilen sich den größten Lottogewinn aller Zeiten. Für sechs Richtige hatten sich in der 25. Ausspielung nach Angaben der Hamburger Lottozentrale genau 15 024 344 Mark im Jackpot angesammelt. Das ergibt 3 756 086 Deutsche Mark für jeden der vier Haupttreffer. Nähere Angaben über die Gewinner lagen gestern noch nicht vor. Der Supergewinn war möglich geworden, nachdem in der Vorwoche kein Teilnehmer sechs Richtige getippt hatte und diese Gewinnsumme diesmal zusätzlich auf dem Spiel stand. Der Gesamtzumsatz stieg auf über 117 Millionen Mark, bundesweit knapp 42 Prozent mehr als eine Woche zuvor. Nach Abschaffung der Gewinngrenzen im Lotto Mitte Mai hatte eine Spielergemeinschaft aus dem Raum Köln 6,2 Millionen Mark gewonnen.

Rauschgiftring gesprengt

dpa, Stuttgart

Unter dem Verdacht des Rauschgifthandels hat die Polizei 15 Personen in Freiburg, Lörrach, der Schweiz und Frankreich festgenommen. Nach Angaben des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg von gestern befinden sich unter den Beschuldigten drei Zollbeamte. Dem Rauschgiftring kam die Polizei auf die Spur, als bei Perpignan in Frankreich zwei Männer und eine Frau festgenommen wurden, die 18 Kilogramm Haschisch bei sich führten.

„Lili Marleen" geschützt

dpa, Karlsruhe

Die Presse darf den urheberrechtlich geschützten Text des Liedes „Lili Marleen" grundsätzlich nicht ohne Erlaubnis des Nutzungsberechtigten vervielfältigen und verbreiten. Nach einem gestern vom I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil erlaubt auch die Pressefreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz den Abdruck des Liedtextes ohne Zustimmung der Klägerin – eines Musikverlages – nicht. Sie wird laut BGH durch die allgemeinen Gesetze, zu denen auch das Urheberrechtsgesetz gehört, eingeschränkt. (Az: 1 ZR 70/82 vom 7.3.85)

32 über 100jährige

AFP, Berlin

32 Ostberliner sind mehr als 100 Jahre alt, die meisten davon Frauen. Dies berichtete gestern das „DDR"-Blatt „Berliner Zeitung". Die älteste Ostberlinerin ist 105 Jahre alt. Trotz steigender Lebenserwartung sei die Bevölkerung Berlins jedoch jünger geworden.

Flugzeugtür von oben

SAD, London

Mit 200 Stundenkilometer fiel dem Schüler Ian Sullivan aus 300 Meter Höhe eine Flugzeugtür auf den Kopf, doch der 14jährige trug nicht mehr als eine Beule am Kopf davon. Die zehn Pfund schwere Tür war der Notausgang einer zweimotorigen Partenavia 68, die in Southend an der Themsemündung aufgestiegen war.

Martin Wächtler sagte aus

dpa, Florenz

Der 20jährige Martin Wächtler ist gestern als Zeuge in dem Prozeß in Florenz gegen seine mutmaßlichen Entführer erschienen. Wächtler war im Sommer 1980 zusammen mit den beiden Töchtern des Fernsehjournalisten Dieter Kronzucker von Banditen in der Toskana verschleppt worden.

Münzstreit geht weiter

dpa, Kiel

Der Prozeß um die Besitzrechte an den etwa 300 Gold- und über 20 000 Silbermünzen im geschätzten Wert von 3,6 Millionen Mark, die der Baggerführer Jürgen Köpsell im Sommer 1984 in Lübeck fand, wird heute vor der II. Zivilkammer des Landgerichts Kiel fortgesetzt. Köpsell beansprucht die Hälfte des Schatzes. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gehört bei einem Schatzfund eine Hälfte dem Finder und die andere dem Grundstückseigentümer. Eigentümer ist das Land Schleswig-Holstein, das den ganzen Fund für sich fordert.

WETTER: Vorübergehend freundlich

Wetterlage: Nach vorübergehendem Hochdruckeinfluß greift zum Abend ein schwach ausgeprägter Tiefausläufer auf die nördlichen und westlichen Lan desteile üb



Vorhersage für Mittwoch:

Tagsüber wolkig mit zum Teil länger andauernden Aufheiterungen und trocken. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 21 Grad. Abends im Norden und Westen Aufzug stärkerer Bewölkung und nachfolgend Regen. Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag bei 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Einzelne Schauer bei wieder etwas zurückgehenden Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	14°	Kopenh.	17°
Dresden	12°	Las Palmas	25°
Essen	15°	London	14°
Frankfurt	12°	Madrid	24°
Hamburg	13°	Mailand	21°
List/Sylt	10°	Mallorca	27°
München	14°	Moskau	12°
Stuttgart	16°	Nizza	23°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	17°	Paris	21°
Athen	31°	Prag	12°
Barcelona	22°	Rom	23°
Brüssel	15°	Stockholm	19°
Budapest	15°	Tel Aviv	31°
Bukarest	14°	Tunis	26°
Helsinki	22°	Wien	14°
Istanbul	22°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 6.16 Uhr, Untergang: 23.55 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tempo allein macht die Bundesbahn nicht high

PETER ZERBE, Hamburg

Bei Testfahrten stellte ein Meßzug der Deutschen Bundesbahn jetzt einen deutschen Rekord für Schienenfahrzeuge auf: Erstmals wurden 283 Kilometer in der Stunde erzielt. Damit ist die Bahn bei der Erprobung von sogenannten Höchstgeschwindigkeiten in eine neue Dimension vorgestoßen. Die Techniker des Bundesbahn-Zentralamtes in Minden waren selber überrascht, als ihr Meßzug mit einer Lokomotive der IC-Baureihe 103 „so ganz nebenbei" auf der Strecke Bielefeld–Hamm zwischen den Bahnhöfen Brackwede und Neubeckum, wo der Schienenstrang auf 41 Kilometer Länge fast schnurgerade verläuft, die Spitzenleistung mit links schaffte.

Der Präsident des Zentralamtes, Johann Peter Blank, ist zwar stolz auf die erreichte Geschwindigkeit, betont aber: „Schnell fahren können viele, dabei aber auch wirtschaftlich bleiben ist eben nicht einfach." Zwar wurde im Herbst des vergangenen Jahres auf der Strecke zwischen Augsburg und Donauwörth mit der neuen Drehstromlokomotive der Baureihe 120 eine Geschwindigkeit von 265 Kilometer erreicht. Auf anderen Strecken der Bundesbahn schafften die bei IC-Zügen bereits eingesetzten Lokomotiven der Baureihe 103 bei Meß- und Versuchsfahrten mehr als 250 Kilometer in der Stunde. Mit 250 Stundenkilometern sollen von 1990 an auch die neuen Intercityzüge, deren Vorläufer vom Herbst an erprobt werden, über die Schienenstränge preschen.

Doch die Tempi werden ökonomisch geregelt, denn das will die Bundesbahn: Rekorde in „wirtschaftliche" Bahnen lenken. Von dem bloßen Prestigedenken oder Geschwindigkeitsrausch hält man bei der Bundesbahn nicht viel. Das zeigt sich darin, daß bei den Lokomotiven der Bundesbahn erst etwa alle 400 000 Kilometer die Räder nachgearbeitet werden müssen. Die neuen IC-Reisezugwagen können nur so wirtschaftlich sein, weil sich auch nach 600 000 Kilometern kaum Abnutzungserscheinungen zeigen. Die hier üblichen Laufleistungen von mehr als einer Million Kilometer ohne Nachbehandlung der Räder bedeuten eine sonst auf der Welt nicht erreichte Spitzenleistung an Wirtschaftlichkeit.

Die Franzosen müssen nach Angaben von Werkstattleitern etwa alle 70 000 bis 100 000 Kilometer die Räder ihres bis zu 270 Kilometer schnellen TGV nachprofilieren. Das kostet Zeit und Geld. Die Japaner, die seit 1964 ihre mehr als 200 Kilometer schnellen Shinkansen-Züge fahren, erzielen Laufleistungen von nur etwa 30 000 Kilometer. Dann müssen die Züge in die Werkstatt und die Räder überarbeitet werden.

Mit den gegenwärtigen Versuchsfahrten der Mindener Eisenbahner soll das Fahrverhalten der Reisezugwagen bei den hohen Geschwindigkeiten erprobt werden. Der „Rekordzug" – zwei Meßwagen und ein Großraumwagen der 2. Klasse – reist Anfang Juli zu Tests nach Frankreich. Vor den Zug spannt die französische Staatsbahn dazu einen Triebkopf ihres Rekordzuges TGV. Die Versuche sollen zeigen, ob deutsche Fahrzeuge auch zu Hochgeschwindigkeitsfahrten auf dem Streckennetz im Nachbarland eingesetzt werden können. Die Züge dort haben andere Radprofile. Aucb die Lage der Schienen ist anders.

Die Sicherheit der rasenden Züge ist überall auf der Welt gewährleistet. Ein 200 Kilometer schneller Zug braucht für eine Notbremsung etwa 1300 Meter und beim normalen Bremsen im Regelverkehr sind sogar 3000 Meter erforderlich.

Hohe Geschwindigkeiten waren schon immer Ziel der Konstrukteure und Eisenbahner; schließlich sollte den Kunden etwas geboten werden. Rekorde wurden bald erzielt. Schon am 27. Oktober 1903 erreichte ein AEG-Triebwagen mit Drehstromtechnik auf der Militärbahn Marienfelde – Zossen bei Berlin die Geschwindigkeit von 210,2 Kilometer. Der Zeppelin von Franz Kruckenberg durchraste die 258,4 Kilometer lange Strecke Hamburg-Bergedorf – Berlin-Spandau am 21. Juni 1931 mit einer Geschwndigkeit von bis zu 230,2 Kilometer. Eine Dampflok der ehemaligen Reichsbahn schaffte am 11. Mai 1936 mit Stromlinienverkleidung 200,4 Kilometer.

1955 erreichten zwei elektrische Lokomotiven der französischen Eisenbahnen zwischen Bordeaux und Dax das schwindelerregende Tempo von 331 Kilometer in der Stunde. Und am 5. Februar 1981 stellten wiederum die Franzosen bei einer Versuchsfahrt mit dem TGV einen noch ungebrochenen Rekord auf: Der Zug fuhr 380 Kilometer in der Stunde.

ZU GUTER LETZT

„Metternich, ist das nicht der gegenwärtige französische Präsident?" Frage italienischer Abiturienten, die sich zum Thema „Graf Metternich und die Grundlagen für ein gemeinsames Europa" zu äußern hatten. Eine Meldung des SAD.